



AIB

2V 20899 E

1,50 DM

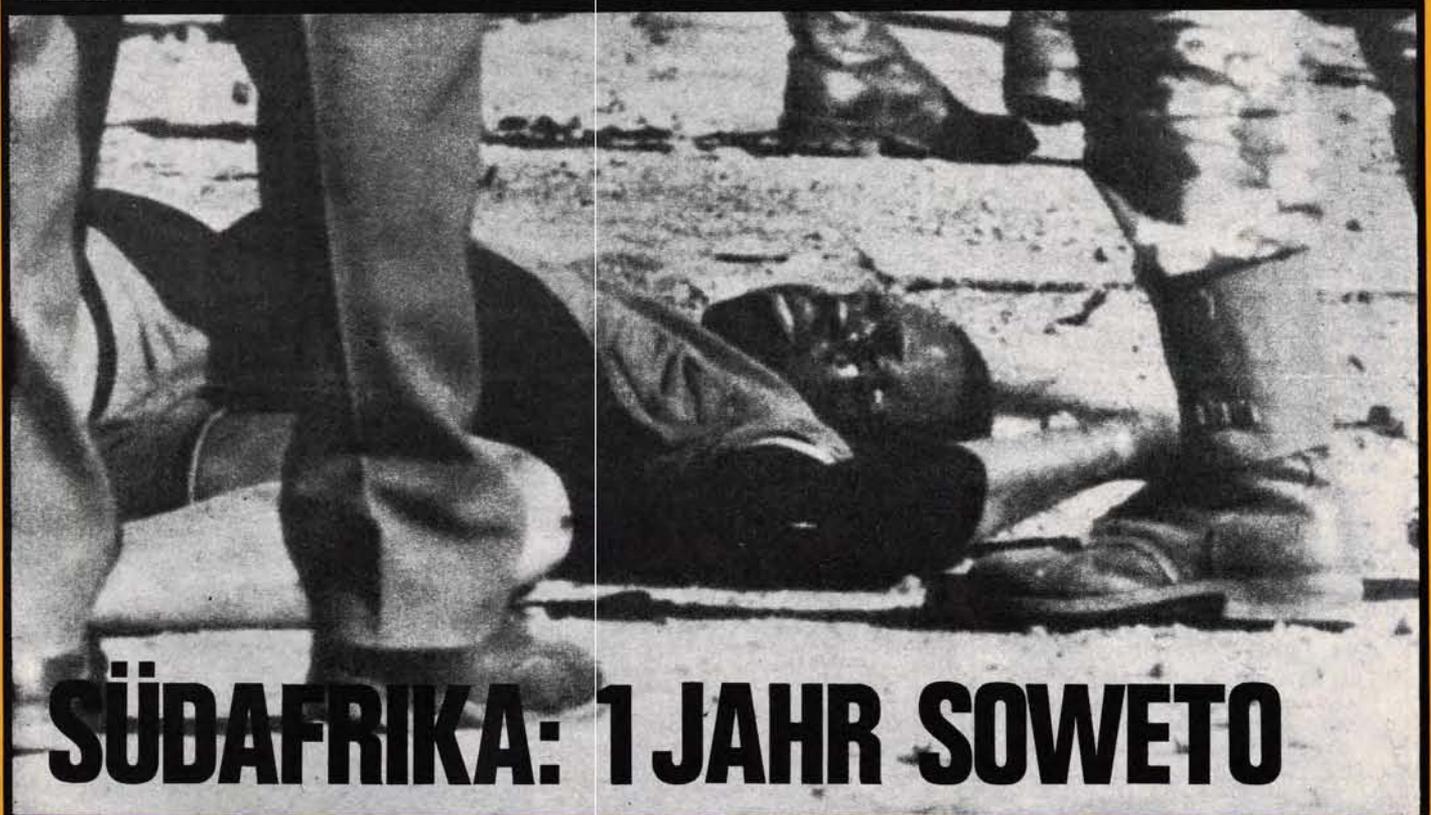
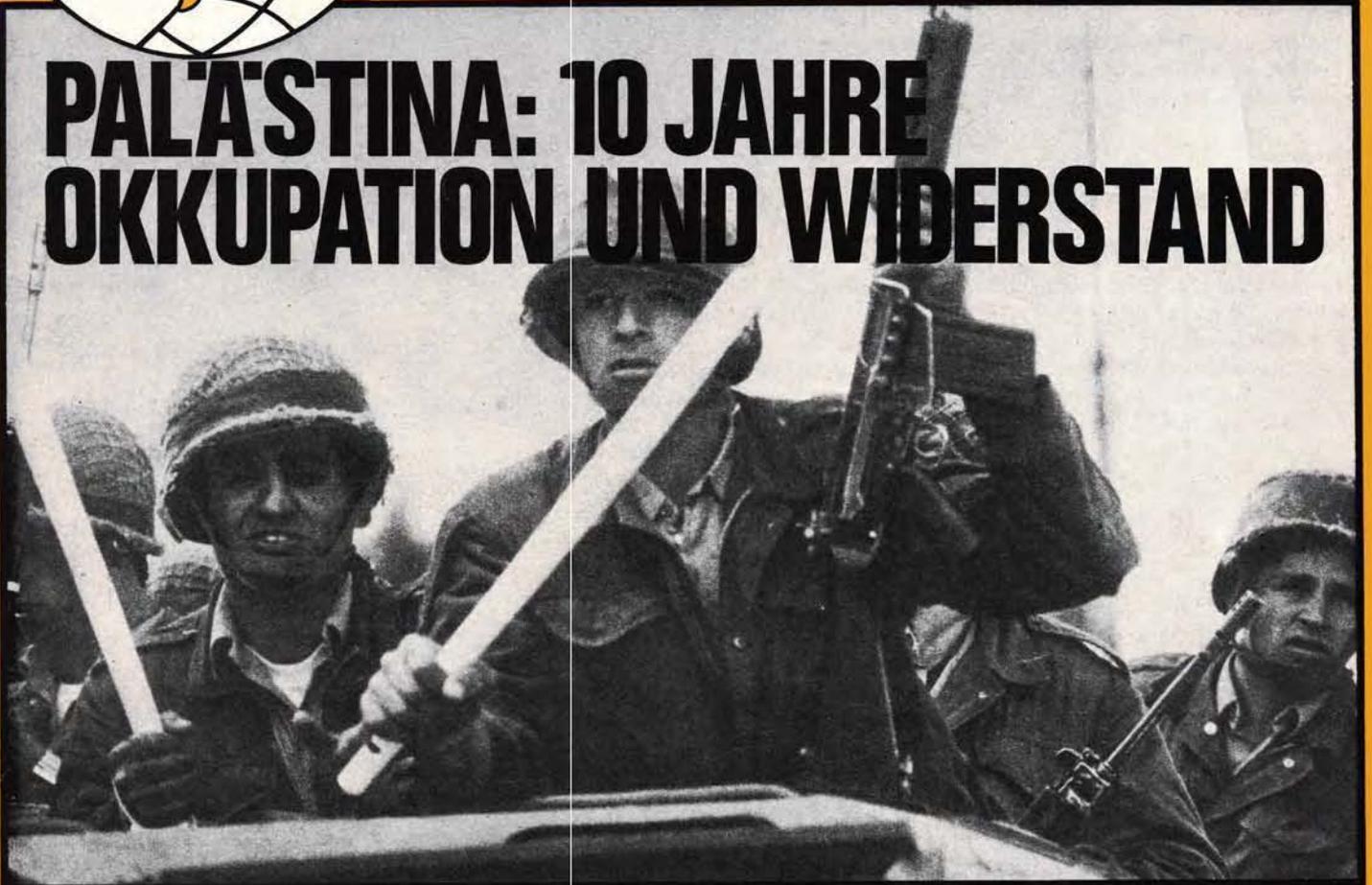
Juni

Nr. 6 / 1977

8. Jahrgang

Antiimperialistisches Informationsbulletin

PALÄSTINA: 10 JAHRE OKKUPATION UND WIDERSTAND



SÜDAFRIKA: 1 JAHR SOWETO

Inhalt:

AIB-Aktuell: Ein Jahr Soweto	S. 3
Südafrika	
Gespräch mit John Gaetsewe: Kampfeinheit von Südafrikas Arbeitern und ANC	S. 4-6
R. S. Nyamenko/G. Singh: Die Black Consciousness-Bewegung in der südafrikanischen Revolution	S. 6-12
Zimbabwe	
Interview mit Joshua Nkomo: Der Tag der Befreiung ist nicht fern	S. 12-14
Der Stand des bewaffneten Kampfes	S. 15
Grundsätze der Patriotischen Front	S. 16
Zaire	
Deklaration von Nathaniel Mbumba: Prinzipien der Nationalen Befreiungsfront des Kongo	S. 17-18
Naher Osten - Palästina	
Jakob Goldberg: Zehn Jahre Junikrieg - eine Bilanz des Nahostkonflikts	S. 19-23
Alfons I. Bresche: Der Tag des Bodens	S. 23-26
Der Plan König	S. 25
Memorandum des Weltfriedensrates: Menschenrechtsverletzungen Israels	S. 26-27
Naim el Ashhab: Die Entwicklung der PLO und der Kampf gegen die Okkupation	S. 28-31
Kommuniqué des 13. Nationalrats	S. 31-32
Vietnam	
Helga Quynh: Die Moral der Verlierer	S. 33-34
Gespräche USA - SR Vietnam	S. 33
Kurzinformation	
Brasilien, Äthiopien, Chile; Noch einmal: Kurdenfrage im Irak	S. 35-36



Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Breuer, Wolfram Brönner, Dr. Jutta von Freyberg, Wolfgang Gehrcke, Mechthild Jansen, Georg Kwiatkowski, Herbert Lederer, Steffen Lehdorff, Erich Rudolf, Peter Tanzmeier, Dr. Frank Werkmeister, Prof. Erich Wulff
Redaktionskollektiv: Gabriele Brönner, Wolfram Brönner (verantwortlich), Rainer Falk, Paul Maaskola, Jürgen Ostrowsky, Wolfgang Ritter

Anschrift von Redaktion und Vertrieb:
AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg 1;
Telefon 06421-24672
Konto: Weltkreis Verlags GmbH Postscheckkonto 31 2093-607, Postscheckamt Frankfurt/M.
Verlag: Weltkreis Verlags GmbH, Brüderweg 16, 4600 Dortmund
Druck: W. J. Becker, Marburg

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Abdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Das AIB erscheint monatlich. Jahresabonnement 15,- DM; Einzelheft 1,50 DM; bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33 % Ermäßigung.

Redaktionsschluß: 17. 5. 1977

Es arbeiteten mit: H. Billstein, G. Broeker, L. Brütt, D. Fendt, Th. Grunenberg, M. Hellmann, A. Hermanns, H. Merkelbach, E. Münscher, B. Pflug, M. Preuss, G. Ritter, U. Rupp, K. Wetzel

Beilagen, Anzeigen

- Südafrika-Plakat und Spendenaufruf des Antimperialistischen Solidaritätskomitees
- Anzeige der roten blätter
- AIB-Werbekarte zum Menschenrechts-Sonderdruck 2/77

Bonn wider die Menschenrechte

- Beziehungen der BRD zu Südafrika, Chile, Brasilien und dem Iran
- UNO und Menschenrechtsfrage

INHALT:

- Der Menschenrechtskreuzzug und die „Dritte Welt“-Politik der Bundesrepublik
- Bonns Kollaboration mit den südafrikanischen Rassisten und das Memorandum an die OAU
- Die Beziehungen der BRD zum Chile Pinochets
- BRD-Konzernexpansion und Atomkomplott mit Brasilien
- Die SAVAK-Affäre und Bonns „Freundschaft“ zum iranischen Schah-Regime
- UNO-Dokumente zu Südafrika und Chile

Umfang: 36 Seiten; Preis: 1,50 DM
Bestellungen: siehe beiliegende Werbekarte

AIB-Aktuell: Ein Jahr Soweto

In aller Welt bereiten sich die demokratischen Kräfte in diesen Tagen und Wochen auf Protestaktionen gegen das südafrikanische Rassisten-Regime und seine imperialistischen Hauptstützen vor. Die Zeichen stehen auf Solidarität mit dem legitimen Vertreter des südafrikanischen Volkes, dem Afrikanischen Nationalkongreß (ANC), und den Opfern des seit dem 16. Juni 1976 andauernden Terrors des Apartheid-Regimes gegen die Befreiungskämpfer.

Der 16. Juni 1976 – der Tag des Volksaufstandes von Soweto, der Vorstadt von Johannesburg, den das Regime in Pretoria mit einem in der südafrikanischen Geschichte beispiellosen Blutbad beantwortete (vgl. AIB, Nr. 7–8/1976) – ist zum Symbol geworden: Soweto ist das Synonym für die Niedermetzelung Unschuldiger, für zügellos sich gebärdenden Rassismus. Gleichzeitig ist Soweto zum Fanal geworden – zum Fanal für die Befreiungskämpfer im Süden Afrikas und einer entschiedenen Solidarität mit einem geknechteten Volk. „Durch Soweto hat der Kampf im gesamten südlichen Afrika neue Höhen erreicht, die bereits das Sprungbrett für den endgültigen Aufbruch darstellen.“ betonte Romesh Chandra, der Generalsekretär des Weltfriedensrates Ende 1976 vor dem Politischen Sonderausschuß der UN-Vollversammlung.

Soweto – ein Fanal für den Aufbruch

Trotz wachsenden Terrors gegen die Volksbewegung, trotz der rapiden Militarisierung des Regimes hat der Volkswiderstand gegen das Apartheid-System im vergangenen Jahr ständig zugenommen. Neue Schichten der schwarzen Mehrheit wurden in den Aktionen, die auf Soweto gefolgt sind und bis heute anhalten, mobilisiert. Unter den Schlägen der von der Befreiungsbewegung initiierten Massenstreiks und Demonstrationen tritt die Krise des Apartheid-Regimes immer deutlicher hervor. Die Inflationsraten in der RSA gehören zu den höchsten der Welt. Ein gerade seit Mitte des Jahres 1976 sprunghaft angestiegenes Handelsbilanzdefizit (um 40 %) und ständig rückläufige Wachstumsraten der Gesamtwirtschaft der RSA bringen den krisengerüttelten Zustand der Apartheid-Wirtschaft zum Ausdruck. Das Wichtigste aber: Der Zufluß von Auslandskapital, der bedeutendsten Stütze und wichtigsten Stimulus der südafrikanischen Wirtschaft, hat im letzten Jahr beträchtlich abgenommen. In den Hochburgen des internationalen Finanzkapitals hat sich die Sorge breitgemacht, nicht über den Terror und die Grausamkeit des Regimes, sondern über die damit provozierte Instabilität jener menschenunwürdigen Verhältnisse, die das „Investitionsparadies“ Südafrika bislang so attraktiv machten.

Auch in den internationalen Organisationen hat die Isolierung des Vorster-Regimes zugenommen. Entschiedener als zuvor geißelte die letzte Vollversammlung der UNO das Regime in Pretoria und seine Verbrechen gegen die Menschlichkeit. In aller Klarheit hat das Völkerforum die Kollaborateure der Rassisten, die Waffenlieferer, Hauptinvestoren und Handelspartner Vorsters angeklagt und verurteilt, insbesondere auch die Verantwortlichen der Bundesrepublik. Auf ihrer letzten Gipfelkonferenz vom 17.–18. April d. J. in Luanda haben die Frontstaaten Angola, Moçambique, Sambia, Tansania und Botswana sowie die drei Befreiungsbewegungen ANC, Südwestafrikanische Volksorganisation von Namibia (SWAPO) und Patriotische Front von Zimbabwe gegenüber westlichen Manövern klar Stellung bezogen. Sie sind nicht willens, die Hochburg der Rassisten, Südafrika,

aus der Diskussion um das südliche Afrika herauszuhalten. Das Luanda-Treffen bekräftigte: Es geht den fortschrittlichen Kräften Afrikas um die Intensivierung des bewaffneten Befreiungskampfes in **allen** drei Ländern, und die Frontstaaten haben den drei authentischen Befreiungsbewegungen ihre ungeteilte Unterstützung zugesagt, um die letzten Herde des Kolonialismus und des Rassismus mit den gebotenen Mitteln zu beseitigen. „Unsere Haltung“, so ANC-Präsident Oliver Tambo in Luanda, „ist natürlich, daß jede Übereinkunft voll den Bedürfnissen derer genügen muß, die ihr Leben im Kampf geopfert haben und opfern. Eine Lösung kann nicht dazu bestimmt sein, daß diejenigen gestärkt werden, die sich der Macht der Mehrheit bislang in den Weg gestellt und den bewaffneten Kampf notwendig gemacht haben.“

Unter dem Druck der Ereignisse in Südafrika und der ständig wachsenden internationalen Isolierung des Vorster-Regimes haben die imperialistischen Hauptmächte in der UN-Sicherheitsratsdebatte im März/April d. J. einen neuen Vorstoß unternommen, der die Ernsthaftigkeit ihres Drängens auf Korrekturen der häßlichsten Auswüchse der Apartheid unter Beweis stellen sollte. Ausgerechnet die BRD, die sich seit Anfang d. J. vergeblich um die Vertuschung ihrer Kollaboration mit dem Rassisten-Regime bemüht (vgl. AIB-Sonderdruck, Nr. 2/1977), machte sich dabei in Gestalt ihres UNO-Botschafters Rüdiger von Wechmar zum Protagonisten eines Südafrika-Lösungsvorschlages: „Wir schlagen vor, daß der Sicherheitsrat in einer feierlichen Erklärung diejenigen Prinzipien über das südliche Afrika proklamiert, über die Übereinstimmung besteht.“

Aufkündigung jeder Kollaboration gefordert

Übereinstimmung besteht jedoch gerade nicht in den entscheidenden Fragen des vollständigen Boykotts der Rassisten-Regimes. Schon die bisherigen UN-Bestimmungen werden von den Westmächten permanent verletzt. Nicht die Verwässerung der bisherigen UN-Beschlüsse, sondern die westliche Aufkündigung jeder Kollaboration mit den südafrikanischen Rassisten ist heute gefordert!

Die Verurteilung der BRD als einer Hauptstütze des Vorster-Regimes ist Grund genug dafür, daß – wie das Antiimperialistische Solidaritätskomitee (ASK) in einem Spendenauftrag unterstreicht – „die Solidaritätsbewegung mit dem Kampf des südafrikanischen Volkes gegen Kolonialismus und Apartheid gerade in unserem Land eine besondere Verantwortung trägt.“ Das ASK ruft für die Woche vom 11.–16. Juni d. J. zu Aktionstagen und Massenaktionen zum Jahrestag des Massakers von Soweto auf. Gleichzeitig beteiligt sich das ASK aktiv an der Vorbereitung der Weltkonferenz gegen Rassismus, Neokolonialismus und Apartheid im Südlichen Afrika, die vom 16.–19. Juni d. J. in Lissabon stattfinden wird. Die Lissaboner Konferenz steht unter Schirmherrschaft des Weltfriedensrates, der Organisation für Afro-Asiatische Völkersolidarität sowie der drei Befreiungsbewegungen ANC, SWAPO und Patriotische Front, deren Führer im Präsidium der Konferenz vertreten sein werden. Auf Wunsch des Vorbereitungskomitees ist das ASK auch im Ständigen Sekretariat der Konferenz vertreten, ein Zeichen für das gewachsene internationale Ansehen der Solidaritätsbewegung unseres Landes und der Bedeutung des Kampfes gegen den BRD-Imperialismus.

Gespräch mit John Gaetsewe

Kampfeinheit von Südafrikas Arbeitern und ANC

Zu Gesprächen mit Gewerkschaftsvertretern, Parlamentariern und dem Antiimperialistischen Solidaritätskomitee (ASK) hielt sich John Gaetsewe, Generalsekretär der illegalen Gewerkschaftszentrale SACTU (Südafrikanischer Kongreß der Gewerkschaften) Ende April/Anfang Mai d. J. in der Bundesrepublik auf. Wir geben hier Ausschnitte aus dem Gespräch des ASK-Sekretariats mit John Gaetsewe in Frankfurt wieder.

FRAGE: Welche Eindrücke verbinden Sie heute mit den Soweto-Ereignissen des 16. Juni und den nachfolgenden Kämpfen?

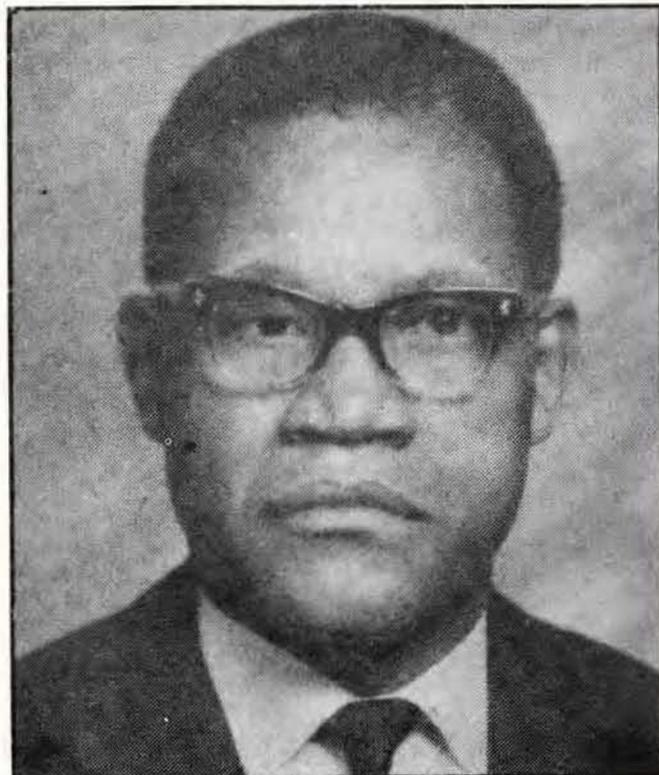
J. GAETSEWE: In Südafrika hat es bekanntlich ausgedehnte Demonstrationen, Streiks usw. schon seit Jahren gegeben, aber sie nahmen 1976 neue Ausmaße an. Die Jugendlichen der Oberschulen beehrten gegen die Einführung des Afrikaans auf. Streiks und andere Massenaktionen schlossen sich an. Bei diesen Protesten fanden 1976 mehr als 400 Afrikaner infolge des brutalen Einsatzes der Rassisten-Polizei den Tod. Tausende wurden verhaftet und inhaftiert. Während ich zu Ihnen spreche, sind viele noch in Untersuchungshaft in Pretoria und auch in Johannesburg.

Unter den Ermordeten des Jahres 1976: Führer der SACTU

Währenddessen sind einige unserer Kämpfer in den Händen der Polizisten gestorben. Ich möchte gern Masuembe erwähnen, der Mitglied unserer Leitung in Kapstadt war. Er wurde verhaftet und 2 Stunden später war er tot. Die Polizei ließ wissen, er habe sich aufgehängt. Auf die gleiche Art „starb“ eines unserer ständigen Leitungsmitglieder, Laurence Nzanga. Er war viele Jahre lang Mitglied der Nationalen Exekutive der SACTU. Er wurde 1963 und 1969 zweimal zusammen mit seiner Frau inhaftiert. Auch heute ist seine Frau noch in Haft.

Bei den Massenstreiks, die im September 1976 stattfanden, gab die Polizei selbst zu, daß sie 16 000 bewaffnete Kräfte mit der Order von ihren Schußwaffen Gebrauch zu machen, einsetzte. 16 000 Bewaffnete wurden gegen Leute eingesetzt, die keine Waffen, die nichts in ihren Händen hatten. Sie protestierten für die Herstellung ihrer elementarsten Rechte. Im Herbst 1976 streikten dafür und in Solidarität mit den Jugendlichen 500 000 Arbeiter in Kapstadt und Johannesburg. Und das verdient besondere Würdigung, geschah es doch obgleich in Südafrika besonders die afrikanischen Arbeiter kein Recht haben, sich zu organisieren. Sie verkündeten dennoch öffentlich, daß sie streiken werden. Im Augenblick heißt das Problem, daß wir unsere Leute organisieren müssen. Die Geschichte des letzten Jahres weckt in uns einerseits schmerzliche Erinnerungen, doch ist Soweto zugleich ein Signal ungebrochenen Massenwiderstandes.

FRAGE: Wo sehen Sie die unmittelbaren Verknüpfungspunkte



SACTU-Generalsekretär John Gaetsewe

zwischen den Protesten der Jugendlichen und den Kämpfen der Arbeiter?

J. GAETSEWE: Die Einheit der Schüler und Arbeiter hat ihre Bewährungsprobe bestanden. Ihr natürlicher Verknüpfungspunkt besteht ganz einfach schon darin, daß die in Soweto gegen die Einführung der Afrikaans-Sprache zu Streikmaßnahmen angetretenen Schüler die Söhne und Töchter der afrikanischen Industriearbeiter sind. Der Konflikt von Soweto ging um die künftigen Fähigkeiten der Arbeiterkinder schlechthin.

Die Einheit von Arbeitern und Schülern

Schüler und Arbeiter begriffen die Afrikaans-Einführung als neuerlichen Akt der Unterdrückung und Diskriminierung der Mehrheit durch die Rassisten-Administration. Die Arbeitermassen erkannten diese Auseinandersetzung als Teil des Kampfes gegen das Apartheidsystem in seiner Gesamtheit, die ebensowenig eine separate Angelegenheit ist wie die im rassistischen Südafrika von vornherein hochpolitischen Kämpfe um höhere Löhne. Umgekehrt erkannten die demonstrierenden Schüler: Die Kämpfe haben zu tun mit der Verweigerung des Rechtes für die Mehrheit auf freie Wahl und Entsendung ihrer eigenen Vertreter in ein Parlament. Und

sie haben zu tun damit, daß ihre Eltern in den Fabriken rechtlos und schutzlos der Willkür der Rassisten-Administration und der Unternehmer ausgeliefert sind.

Jugendliche und Arbeiter sind so natürliche Verbündete im Kampf gegen ein unmenschliches Unterdrückungssystem. Ganz gleich, ob es dabei um gewerkschaftliche Rechte, höhere Löhne, bessere Erziehung oder Wohnverhältnisse geht, alles läßt sich auf den einfachen Zusammenhang zurückführen: Das System hat dem schwarzen Mann alle dieser elementarsten Lebensrechte beraubt. Die protestierenden Kinder von Soweto wurden wegen ihrer Verteidigung des Rechts auf Bildung geradeso rücksichtslos hingemordet wie die 1960 in Sharpeville gegen die Paßgesetze demonstrierenden Frauen. Das alles hat die Einsicht des Industrieproletariats geschärft: In Soweto sollte ihre Zukunft hingemordet werden.

FRAGE: Sie sprachen die Rechtlosigkeit der südafrikanischen Arbeiter an. Wie sehen die gesetzlichen Grundlagen für diesen Zustand, wie die Forderungen der SACTU aus?

J. GAETSEWE: Nun, das erste für den Industriesektor geschaffene Gesetz war der Industrial Conciliation Act (Gesetz über den Arbeitsfrieden) von 1929. Nach diesem Gesetz wurden die afrikanischen Arbeiter vom Gesetzesschutz ausgeschlossen. Im Gesetzestext werden sie labourers (Arbeiter) genannt, nicht employers (Angestellte) und Angestellte sind ausschließlich die weißen Arbeiter, Inder und auch die Farbigen. Der neue Industrial Conciliation Act von 1956 brachte keine grundsätzliche Änderung. Deswegen mußten sich die afrikanischen Arbeiter schließlich daran gewöhnen, daß die gelernten Arbeiter es sind, die unter Gesetzesschutz stehen, die Gewerkschaften bilden, die von Regierung und Betrieben in Südafrika akzeptiert und anerkannt werden.

Die unverzichtbaren Forderungen der Arbeiter

Aus diesem Grund fordern wir bis heute die Anerkennung der afrikanischen Gewerkschaften. Daher kam es, daß sich die afrikanischen Gewerkschaften nur für bestimmte Zeit behaupten konnten und immer wieder eingingen. Die Ursache lag weniger daran, daß die Führungen dieser Gewerkschaften nicht fähig gewesen wären. Der Grund ist: Die Gewerkschaften hatten wie alle anderen Organisationen bestimmte Prinzipien, wofür sie kämpften. Eines dieser Prinzipien war es, daß die Gewerkschaften als Gewerkschaften im Interesse jedes Mitglieds verhandeln müssen. Das zweite ist, daß Arbeiter das Recht haben sollten, aussuchen zu dürfen, welcher Organisation auch immer sie sich anschließen wollen. Wenn sie der Metallgewerkschaft angehören wollen, dann doch wohl, weil sie im Metallindustriebereich arbeiten und nicht wegen ihrer Hautfarbe. Drittens müssen die Arbeiter streiken dürfen, um ihren Lohnforderungen Nachdruck zu



Kapstadt 1976: Antiapartheiddemonstranten im Getto Guguleto

verleihen. Das heißt in einer Gewerkschaft zu kämpfen und das ist eine Organisation, die die Arbeiter vertritt.

Auf eben die genannten Programm-Punkte stützte sich die 1955 geschaffene Südafrikanische Gewerkschaftszentrale (SACTU).

FRAGE: Was sind die politischen Prinzipien der SACTU?
J. GAETSEWE: Das Grundprinzip unserer Organisation ist, für die Aufhebung der Haupt-Paßgesetze zu kämpfen. Pässe sind die Papiere, die Afrikaner in Südafrika immer bei sich tragen müssen und das bewirkt, daß immerzu Leute verhaftet werden.

Ein anderer Punkt ist, daß die Afrikaner wie alle anderen Menschen eine Gewerkschaft haben müssen, die repräsentativ ist und von der Regierung durch Gesetz geschützt wird. Darüber hinaus müssen die Arbeiter das Recht haben, jeder Gewerkschaft beizutreten und Mitglied zu werden, wo sie wollen, ohne jede Diskriminierung, ohne Rassenschranke.

Weiterer Grundbestandteil unserer Politik ist die Auffassung, daß die Bewegung in Südafrika, die Arbeiterbewegung, nur erfolgreich sein kann, wenn wir als Arbeiter alle vereint sind ohne Rücksicht auf Rasse, Farbe oder Glaube. Das ist die Basis, auf der die SACTU gebildet wurde, die Einheit aller Arbeiter. Das wurde getan, nachdem Organisationen wie die TUC (Gewerkschaftsrat von Südafrika) sich gebildet und die afrikanischen Arbeiter ausgeschlossen hatten.

Die Gewerkschaftsbewegung als Teil der nationalen Befreiungsbewegung

FRAGE: Wie ist die Gewerkschaftsbewegung der nationalen Befreiungsbewegung konkret zugeordnet?

J. GAETSEWE: Ich möchte besonders hervorheben, daß wir uns mit voller Unterstützung des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) zusammenschlossen. Der ANC verkörpert die Befreiungsorganisation aller Menschen in Südafrika. Als Gewerkschaften meinten wir uns dafür einsetzen zu müssen, diese Organisation zu unterstützen, und das tun wir bis heute. Die SACTU hat sich mit dem ANC in vielen Kampagnen zusammengetan als wir in Südafrika noch öffentlich agieren konnten; beispielsweise hatten wir eine gemeinsame Erklärung zu den Paßgesetzen abgegeben und zusammen Demonstrationen organisiert wie den Marsch der 20 000 auf Pretoria.

Überdies gehörte die SACTU zu den fünf Mitgliedern der sogenannten „Kongreßallianz“, zu der sich in den 50er Jahren der Kongreß der Inder, der Kongreß der Farbigen, der Kongreß der Demokraten, SACTU und der ANC zusammengeschlossen hatten. Die SACTU zählte auch zu den Organisationen, die die Freiheitscharta des Jahres 1955 unterzeichnet haben. Ich möchte unterstreichen, daß wir als Gewerkschaft das Recht zwar nicht haben, die Befreiungsbewegung anzuleiten, aber als ihr fester Bestandteil am Befreiungskampf in Südafrika teilhaben.

Der Kampf der Arbeiter ist auch der Kampf des Volkes. Dieser Befreiungskampf muß von den Arbeitern vorwärts getrieben werden. Es ist der Befreiungskampf, dem es obliegt, dieses unterdrückte Volk und nicht nur die unterdrückten Arbeiter Südafrikas zu befreien. Die Arbeiter aber müssen den Kampf um die nationale Befreiung führend mittragen, weil sie die einzigen sind, die nichts zu verlieren haben als ihre Ketten, die sie fesseln. Sie haben kein Eigentum, keine Häuser, keine Geschäfte. Sie besitzen nichts. Sie haben keine Rechte. Man kann noch nicht einmal sagen, daß sie ein Streikrecht und dieses oder jenes Recht verlieren. Deshalb müssen sie sich am Befreiungskampf beteiligen, damit sie den Kampf des südafrikanischen Volkes vorwärtsbringen, den Kampf aller Unterdrückten, den Kampf, der es allen Arbeitern, allen Menschen in Südafrika ermöglicht, in harmonischem Frieden zu leben. Dafür kämpfen wir.

FRAGE: Was halten Sie von Stimmen, die darauf abheben, Gruppierungen wie der Black Allied Workers Union (BAWU – Schwarze Vereinigte Arbeiterunion) seien die eigentlichen Führungskräfte des heutigen Widerstandes in Südafrika?

J. GAETSEWE: Ganz ohne Zweifel war der Massenstreik der 500 000 im Herbst 1976 ein voller Erfolg, wozu er nur werden konnte, weil er maßgeblich aus dem Untergrund angeleitet wurde. Natürlich ist es wichtig, daß man die afrikanischen Arbeiter organisiert, aber nicht – wie das die BAWU tut – ohne ihnen eine gesellschaftspolitische Perspektive zu weisen. Ich kenne keine derartige Zielvorstellung der BAWU. Die SACTU hat diese hingegen mit der Unterstützung der Freiheitscharta deutlich benannt.

Kämpferische Aktionen sind nur illegal zu organisieren

Auch ist die SACTU keine Organisation nur für schwarze Arbeiter. Sie steht auch farbigen und weißen Arbeitern und Angestellten offen und sie lehnt einen umgekehrten Rassismus strikt ab. An einer Verengung des Kampfpotentials auf die schwarzen Arbeiter – wie das die BAWU tut – kann ich daher nichts positives finden. Weiter muß ich feststellen: Jede kämpferische Aktion kann unter den gegenwärtigen Bedingungen der Apartheidpolitik allein aus dem Untergrund organisiert und angeleitet werden.

„Gewerkschaften“, die von Regierungsseite noch nicht einmal für Lohnverhandlungen zugelassen werden, was für eine Art von Gewerkschaftsorganisation ist das? Was sind das für „Gewerkschaften“, die keine Streikkämpfe für Lohnerhöhungen geschweige denn für darüber hinaus gehende Arbeiterinteressen zu führen suchen? Organisationen, die nicht für derartige Grundrechte kämpfen, verdienen nicht das Prädikat Gewerkschaften. So etwas liegt allenfalls im Sinne der Propagandamethoden der Rassisten, um die internationale Arbeitersolidarität auf falsche Gleise zu lenken.

FRAGE: Worin sehen Sie wertvolle Beiträge internationaler Solidarität?

J. GAETSEWE: Natürlich kann das Apartheidsystem nicht von außen beseitigt werden, nicht durch die Deutschen oder Briten oder Australier. Es ist das afrikanische Volk, das zusammen mit anderen Gruppen in Südafrika, dieses rassistische Herrschaftssystem beseitigen und eine Mehrheitsregierung errichten muß. Aber sie können diese Aufgabe nur erfolgreich lösen, wenn die Arbeiter in anderen Teilen der Welt sich zu ihrer Unterstützung zusammentun. Von daher müßte es an erster Stelle der Tagesordnung in ihrem Land stehen, durch ihre Organisation in der Bundesrepublik die Waffenunterstützung zu verhindern, d. h. jener Waffen, durch die unsere Leute getötet werden. Zweitens ist es lebenswichtig, eine weltweite Bewegung zu mobilisieren. Protest muß laut werden, wo immer es möglich ist für die Afrikaner und andere Bevölkerungsschichten in Südafrika.

R.S. Nyameko / G. Singh

Die Black Consciousness - Bewegung in der südafrikanischen Revolution

Im Anschluß an die Aufstandsbewegung von Soweto nach dem 16. Juni 1976 wurde in zahlreichen Publikationen die Auffassung vertreten, daß in Südafrika eine neue Generation Schwarzer die Führung des Befreiungskampfes übernommen habe: die Organisationen der Schüler und Studenten, die ihrerseits Gruppen der Bewegung des „Schwarzen Selbstbewußtseins“ (Black Consciousness) sind. Die „traditionelle“ Befreiungsbewegung, insbesondere der Afrikanische Nationalkongreß Südafrikas (ANC), habe faktisch abgedankt und werde kaum mehr akzeptiert. Wie weit dies von der Wahrheit entfernt ist, wurde im AIB durch zwei Interviews mit führenden Repräsentanten der Schülerbewegung bereits dokumentiert (vgl. AIB Nr. 2 und 4/1977).

Der gegenwärtige Entwicklungsstand der Black Consciousness-Bewegung reflektiert in der Vielfalt der darin vertretenen politischen und ideologischen Positionen den Tatbestand, daß im Zuge der Verschärfung der Widersprüche des rassistischen Systems der RSA neue Schichten in die Volksbewegung einbezogen werden. Zweifellos stellt dies erhöhte Anforderungen an die Politik des ANC, der als einzige Kraft eine umfassende gesellschaftspolitische Alternative für ein freies, nicht-rassistisches Südafrika sowie eine ausgearbeitete Strategie und Taktik zu bieten vermag. So unbezweifelbar es ist, daß die Strömung des Black Consciousness ein Teil der Widerstandsbewegung in Südafrika ist, so deutlich muß auch sein, daß eine Ideologie des Selbstbewußtseins noch keine Befreiungsstrategie ausmacht. Dazu bedarf es einer klaren Analyse der realen Verhältnisse, der Möglichkeiten und Methoden des Befreiungskampfes. Die Hervorhebung, teils gar das Ausspielen der Black Consciousness-Bewegung gegenüber dem ANC soll von diesen Grunderfordernissen ablenken und dient der Strategie des Imperialismus. Umso notwendiger ist die in dem folgenden Beitrag gebotene Klarheit bei der Einschätzung der positiven Tendenzen, aber auch der Schwächen und negativen Aspekte der Ideologie und Politik der Black Consciousness-Bewegung.

(. . .) Von der Black Consciousness-Bewegung (BC) in den letzten Jahren kann zu Recht gesagt werden, daß sie ihre Wurzeln im Anwachsen des afrikanischen Nationalismus hat, wie er sowohl vom ANC als auch von seiner Jugendliga verstanden wird.

Sie half, neue Organisationen wie die SASO (Südafrikanische Studentenorganisation), die BPC (Konvent des schwarzen Volkes), die ASM (Afrikanische Studentenbewegung)

und ein Netz kultureller Organisationen zu schaffen, durch die die Vorstellung des afrikanischen Nationalismus und die Befreiung von der Herrschaft des weißen Mannes ausgedrückt werden konnte.

Wie die Jugendliga von 1948 verlangt die Allianz SASO-BPC die Abschaffung aller Formen von Diskriminierung und fordert die vollständige Gleichheit zwischen Südafrikanern aller Rassen gegenüber der Verfassung und in allen übrigen Be-

reichen sozialen Handelns.

Das neue Element in der Black Consciousness-Bewegung ist das große Gewicht, das dem geistigen Erwachen zugemessen wird, der Wiederentdeckung oder der Schaffung einer „schwarzen“ Identität. Diese Identität ist nicht auf Afrikaner beschränkt. Die Führer und Darsteller der Bewegung bestehen darauf, daß die Gemeinschaft der „Schwarzen“ alle Unterdrückten umfaßt. Black Consciousness, wie es von den jungen Intellektuellen verstanden wird, wird tatsächlich oder potentiell von allen Südafrikanern geteilt, die wegen ihrer Rasse oder Hautfarbe unterdrückt werden.

Black Consciousness als geistiges Erwachen

Die Black Consciousness-Bewegung betrachtet jedoch letztlich die Schaffung einer nichtrassistischen Gesellschaft freier und gleicher Südafrikaner als Ziel, ganz wie es das Manifest der Jungendliga des Kongresses von 1948 und die Freiheitscharta von 1955 taten. Sie weist das System der Unterdrückung insgesamt zurück. Sie strebt danach, die Afrikaner von der geistigen Haltung, den Gewohnheiten der Unterwürfigkeit, der Furchtsamkeit und des fehlenden Selbstvertrauens zu emanzipieren, die ihnen absichtlich und systematisch von den weißen Südafrikanern eingepflegt werden. Sie sagt: „Wir sind besser als die Weißen, weil wir ein höheres moralisches Empfinden als diese haben. Wir haben die Gerechtigkeit auf unserer Seite. Obwohl die Weißen eine Minderheit sind, benutzen sie ihre politische Macht, um uns, die Mehrheit, zu unterdrücken.“

Um ein klares Bild über den Grad der Annäherung, die die Black Consciousness-Bewegung mit dem Programm der nationalen Befreiungsbewegung erreicht hat, zu gewinnen, brauchen wir uns nur die Erklärung und die Resolutionen der Konvention der Schwarzen Wiedergeburt anzusehen, die im Dezember 1974 in Hammanskraal stattfand: „Wir, das schwarze Volk von Südafrika . . . erklären, daß wir die Politik der getrennten Entwicklung und alle ihre Institutionen verurteilen und daher ablehnen; daß wir ebenso alle Formen von Rassismus und Diskriminierung ablehnen. Wir widmen uns dem Kampf für

1. ein vollständig geeintes und demokratisches Südafrika, frei von allen Formen der Ausbeutung und Unterdrückung;
2. eine Gesellschaft, in der alle Menschen voll an der Regierung des Landes nach dem Prinzip: ein Mann – eine Stimme, teilnehmen;
3. eine Gesellschaft, deren Reichtümer gleichmäßig verteilt werden,
4. eine antirassistische Gesellschaft.“

Annäherung an die nationale Befreiungsbewegung

Erst vor kurzer Zeit, im Dezember 1975, bestätigte der Konvent des schwarzen Volks (BPC) die zentralen Ideen, die in der Freiheitscharta enthalten sind, als die einzige Basis für ein zukünftiges Südafrika. Ein Beispiel: Nachdem die Konferenz alle von der Regierung geschaffenen Institutionen einschließlich der Bantustans abgelehnt und verurteilt hatte, bekräftigte sie ihre Überzeugung von der Einheit des schwarzen Volkes „in einem einheitlichen Staat, in dem alle Bürger das Wahlrecht erhalten sollen, unabhängig von ihrer Hautfarbe, Rasse, Religion . . . ; in dem sie ebenso mittels einer Nationalversammlung aus gewählten Repräsentanten des Volkes an der Schaffung von Gesetzen, unter denen sie leben werden, mitwirken sollen.“

Die Führer von BPC und SASO sagten: „BPC und SASO wollen in allen Teilen der schwarzen Bevölkerung Bewußtsein über die Gemeinsamkeiten herstellen, die ihnen durch



Trotz der Härte des Polizeiterrors hält der Aufschwung des schwarzen Selbstbewußtseins an

die Struktur der rassistischen Gesellschaft aufgezwungen wurde.“

Die Vorstellung des Black Consciousness drückt die Wachsamkeit aus und hat eine praktische Bedeutung. Sie ist ein Mittel, die verschiedenen Teile der schwarzen Bevölkerung für soziale Veränderungen zu mobilisieren, . . . „den Weg zu bereiten für das Selbstbewußtsein des Menschen mit Würde und Stolz, das Bedürfnis zu wecken, diese Würde zu verteidigen, das Begehren hervorzurufen, sowohl gegen psychologische als auch gegen physische Unterdrückung zu kämpfen.“¹ (. . .)

Besinnung auf traditionelle Werte

Die SASO erklärt, daß „Weiße von allen Angelegenheiten, die sich auf den Kampf für die Verwirklichung unserer Bestrebungen beziehen, ausgeschlossen werden müssen“.² Sie erklärt dies damit, daß es nicht mehr und nicht weniger sei als die Ausführung der gerichtlichen Verfügung, die Schwarzen die Einmischung in die Angelegenheiten der Weißen, oder was die Herrschenden darunter verstehen, verbietet.

Die BPC stellt fest: „Der Kapitalismus schließt die Mehrheit der Bevölkerung wie die weiße Minderheit es tut, vom Genuß des wirtschaftlichen Reichtums aus. Wirtschaftsgesetze sind so formuliert, daß sie den weißen Kapitalisten und seine Ausbeutung der farbigen Arbeiter und Verbraucher schützen. Die materiellen wirtschaftlichen Werte vergöttern den persönlichen Reichtum und Erfolg und sind nicht dem Wohlergehen des Volkes verpflichtet“.³

Die BPC stellt weiterhin fest: „Als ein Ergebnis der repressiven Maßnahmen, die seit den frühen 60er Jahren gegen schwarze politische Organisationen und Führer ergriffen wurden, hat das Volk ‚auf die Gemeinschaft gerichtete Ziele‘ aufgegeben und sich einen Individualismus angeeignet, der schädlicher ist als der der weißen elitären, kapitalistischen Gesellschaften. Der Aufstieg der individualistischen und materialistischen Ethik ist im wesentlichen den bestimmenden Merkmalen der Schwarzen fremd“.⁴

Das oben Gesagte befindet sich mit den Ansichten anderer afrikanischer Staatsmänner in Übereinstimmung, die in ähnlicher Weise die materiellen, profitorientierten Wirtschaftssysteme importierter sozialer Formationen abgelehnt und eine Besinnung auf die gesellschaftlichen Werte ihrer traditionellen sozialen Systeme gefordert haben.

Die BPC beruft sich auf das Konzept der schwarzen Dorf-

gemeinschaft: „Die Philosophie unserer Vorfahren, in der ‚der heilige Wert des Individuums‘ die Grundlage der Gemeinschaft ist. Den Schwarzen gibt es nicht isoliert; er gehört in eine Familie, Großfamilie, einen Stamm und ein Volk. Jeder einzelne und die Gesellschaft als ganzes ist verpflichtet dafür zu sorgen, daß jeder seinen Lebensunterhalt hat.“⁵

Der Inhalt der schwarzen Dorfgemeinschaft ist die Gemeinschaftlichkeit. „Der Staat gehört dem Volk“; „die Regierung ist für den Wohlstand des ganzen Volkes da“; der Boden „gehört dem Volk als Ganzem und kann nicht veräußert werden“; der Staat hat die Pflicht, allen seinen Mitgliedern die Gelegenheit zu geben, sich produktiv zu betätigen, zu wirksamer Produktion fähig zu sein und den Lebensunterhalt zu ihrem eigenen und dem gesellschaftlichen Nutzen zu verdienen.“⁶

Ziel eines sozialen Wohlfahrtsstaates

Das hier dargestellte Programm ist das eines sozialen Wohlfahrtsstaates. Trotz ihrer Ablehnung des kapitalistischen Materialismus denkt die BPC nicht an die Einführung des Sozialismus, sondern verlangt „eine egalitäre Gesellschaft, in der jeder gerecht behandelt wird“, ein „gerechtes Wirtschaftssystem, das auf den Grundsätzen und der Philosophie der schwarzen Dorfgemeinschaft aufgebaut ist“.⁷

Die SASO hat engere Ziele. Auch sie lehnt „Wertsysteme“, die die Schwarzen entfremdet und ihre „grundsätzliche Menschenwürde“ vermindert, ab. Aber ihr Hauptanliegen ist die Wiederbelebung kultureller Werte (gemeinschaftliche Wohnung, tiefe religiöse Bindung, Gastfreundschaft, Achtung des Lebens) und ihre Ausweitung auf bestehende Beziehungen zwischen Mitgliedern der schwarzen Gemeinschaft.⁸

Black Consciousness ist ein Bewußtseinszustand, die schwarze Dorfgemeinschaft die Vorstellung eines idealen Gesellschaftszustandes. Beide drücken Vorstellungen aus, die für alle Teile der entfremdeten Bevölkerung, für Afrikaner, Mischlinge und Inder, von Bedeutung sind.

Aus diesem Grunde und wegen Ungleichheiten im Status der rassistischen Ordnung unterscheidet die BPC zwischen ihrer Rolle und den Bedingungen, die nationale Befreiungsbewegungen anderswo vorfinden.

„In anderen Teilen der Welt hat das starke Anwachsen des Nationalgefühls zur Beseitigung der Fesseln des Kolonialismus und der Unterdrückung geführt.“ Aber die schwarzen Südafrikaner stehen anderen Problemen gegenüber: „Solchen wie der Auflösung unserer Gemeinschaft in verschiedene ethnische Gruppen, von denen behauptet wird, sie seien notwendig voneinander verschieden“ und die unter einem „überwältigenden Gefühl der Minderwertigkeit und großer Unsicherheit“ leiden“.⁹

Wie der Afrikanische Nationalkongreß (ANC) lehnen sie die Bantustans und die sie für ihre Arbeit nutzen wollen ab.

Das Black Consciousness wird von schwarzen Dichtern, die den Willen zur Veränderung zeigen, deutlich ausgedrückt: „Ich bin der Befreier, kein Weißer kann mich befreien, nur ein Schwarzer kann sich befreien.“

Das erinnert an die Erklärungen von Mitgliedern der Kommunistischen Partei wie Johnnie Gomas und James La Guma, die in den 20er und 30er Jahren ähnliche Aufrufe an die Afrikaner, Mischlinge und Inder gerichtet haben.

Während des 2. Weltkrieges hat Moses Kotane als Generalsekretär der Kommunistischen Partei das Volk davor gewarnt, seine Hoffnungen nicht in die Japaner zu setzen, deren Siege im Pazifik die Vorstellungen vieler Afrikaner und Mischlinge beflügelten: „Südafrika ist das, was wir Nicht-Europäer (dieser Ausdruck wird nicht mehr anerkannt) zugelassen haben“ und „in Zukunft wird es das sein, was wir daraus machen werden“.¹⁰



Mit der Solidarität der Völker

Also ist ihre Sprache nicht neu. Neu dagegen sind die Veränderungen im Weltmaßstab, in Afrika, Asien und Lateinamerika.

Die vernichtende Niederlage der Naziarmee und des Nazireiches mit seiner Ideologie der Rassenvorherrschaft im 2. Weltkrieg, die Bildung neuer sozialistischer Regierungen, der Aufstand der Unterdrückten und die Errichtung neuer unabhängiger Staaten in Asien und Afrika, schwächte die alten imperialistischen Mächte. In jüngster Vergangenheit wurden wir Zeugen der Niederlage der US-Militärmacht in Kuba, Zeugen des großen Sieges der Vietnamesen und – direkt an unseren Grenzen – Zeugen des Zusammenbruchs des portugiesischen Kolonialreiches. Die Rolle der UdSSR und der sozialistischen Staaten im Befreiungskampf wird klar erkannt.

Die Lektionen Moçambiques und Angolas

Die Unabhängigkeit Moçambiques zeigte unserem Volk das erfolgreiche Ergebnis des bewaffneten Kampfes gegen eine alte Kolonialmacht, die von dem weißen Rassisten-Regime Südafrikas und den NATO-Mächten unterstützt wurde.

Einige unserer jungen Leute sind über die Grenzen gegangen, um Zeugen der Unabhängigkeitsfeier zu werden. Sie sahen den großartigen Empfang der Oliver Tambo, dem amtierenden Generalsekretär des Afrikanischen Nationalkongresses bereitet wurde. Sie haben seine Aufforderung an die Südafrikaner, sich zu erheben und für ihr Land zu kämpfen und seinen Ausruf „Viva FRELIMO“ und die Antwort der Massen „Viva ANC“ gehört.

Die BPC und die SASO haben die Aufforderung im Land aufgegriffen. Sie organisierten Demonstrationen zur Unterstützung der FRELIMO. Die Losung Viva FRELIMO war auf Wände und Straßen gemalt. Diese Aktionen waren eine direkte Herausforderung an das Regime, das die ganze Zeit über für die Zerstörung der FRELIMO gearbeitet hat.

Die Regierung griff die Führung und die Organisationen an und nahm im September 1974 Hunderte fest, sperrte sie ein und folterte sie. Nach einem Jahr Haft wird einigen Führern seit 1975 der Prozeß gemacht. Während einer Massendemonstration im März 1976 gegen den Prozeß – wurden Flugblätter des ANC verteilt. Die Regierung verlegte den Prozeß nach Pretoria.

Unsere Jugend hat die Lektion des angolanischen Bürgerkrieges gelernt. Dort hat das rassistische Südafrika mit der Hilfe der USA und anderer Westmächte die Verräterorganisationen FNLA und UNITA unterstützt, um der einzigen wirklichen angolanischen Befreiungsbewegung, der MPLA, eine Niederlage zu bereiten.

Die MPLA hat mit der Hilfe der sozialistischen Länder, Kubas, der UdSSR und anderer gesiegt. Die rassistische Armee Südafrikas wurde vertrieben. Der Mythos der weißen Unbesiegbarkeit wurde für immer zerstört.

All dies sind Tatsachen, die dafür verantwortlich sind, daß die Kriegsgefahr zunimmt, daß die Entschlossenheit und das Selbstbewußtsein der unterdrückten schwarzen Mehrheit für die Zerschlagung des Regimes in Pretoria und die Gewinnung der Macht für das Volk zunimmt.

Der Aufruf des ANC und Umkhonto we Sizwe (Speer der Nation) zum bewaffneten Kampf gegen das Regime findet Ausdruck in dem Gedicht: „He, schwarzer Mann, Weine nie, He, schwarzer Mann, Nimm die Waffe in die Hand“.¹¹

Was erfordert revolutionäres Bewußtsein?

Dieses Black Consciousness-Bewußtsein hat einen bedeutenden Einfluß auf die Kampfbereitschaft der Jugendlichen und Studenten ausgeübt und hat große Beachtung im Prozeß des Widerstands gewonnen. Während der jüngsten Aufstände in Soweto und anderswo sind Trotz und Aufwallung des Volkes reichlich bewiesen worden.

Die Entwicklung revolutionären Bewußtseins erfordert unter dem national unterdrückten schwarzen Volk ein Bewußtsein über die Position, die sie einnehmen und über die Rolle, die sie in dieser Stellung als Kollektiv spielen. Ist jedoch ein Bewußtsein dieser Art ausreichend? Mit anderen Worten: Ist ein nach innen gerichtetes Bewußtsein eine ausreichende Bedingung für revolutionäres Handeln?

Die Antwort darauf muß ganz sicher „Nein“ heißen. Der Kampf seitens der schwarzen Bevölkerung in unserem Lande sowie die Richtung und das soziale Bewußtsein dieses Kampfes in allen seinen Formen hängt letztendlich davon ab, ob die Massen sich ihrer Aufgabe und ihrer Interessen als einer unterdrückten Gruppe bewußt sind.

In Einschätzung der Black Power-Bewegung in den USA in den frühen 60er Jahren (und viel der Rhetorik der Black Consciousness-Bewegung geht aus den Schriften dieser Gruppe hervor) sagte Angela Davis, hervorragende Kämpferin und Mitglied des ZK der Kommunistischen Partei der USA unlängst: „Zunächst sollten wir uns absolut klar darüber sein, daß Selbstbewußtsein und Identität zu erlangen, ungeheuer wichtig für das schwarze Volk ist. Es ist etwas, das die herrschende Klasse uns wegzunehmen versucht . . . und es ist ungeheuer wichtig für uns, unsere Identität zu behaupten . . . Aber gleichzeitig müssen wir uns klar darüber sein, daß das allein keine Strategie zur Befreiung liefern kann . . .“¹²

Revolutionäres Bewußtsein bedeutet nicht nur Bewußtsein über die Stellung, die die unterdrückten Schwarzen im rassistischen Südafrika einnehmen. Sondern es bedeutet ebenso Bewußtsein über die Interessen und Zielsetzungen der schwarzen Massen, ausgedrückt in ihrer eigenen Ideologie zu erlangen, die für ein wissenschaftliches Verständnis des Weges sorgen wird, der im Hinblick auf das Erreichen definierter Ziele eingeschlagen werden soll.

Wenn wir also von revolutionärem Bewußtsein sprechen, geht es uns nicht nur um die Ideen der Bewegung, die sich in politischen Programmen ausdrücken (dies ist zweifellos wichtig und wesentlich), sondern um die Organisation, die Strategie und Taktik und die Natur des Staates, gegen den der Kampf geführt werden muß und die Gruppierung der sich gegenüberstehenden sozialen Kräfte.

Der Mangel an revolutionärer Theorie ist in diesem Zusammenhang die größte Schwäche der Black Consciousness-Bewegung. Solange gilt, daß die Bewegung als eine legale Bewegung nicht die Revolution und die bewaffnete Ergreifung der Macht befürworten kann, ist es für die Black Consciousness-Bewegung absolut notwendig, wenn sie weiterhin ihren Massencharakter entwickeln will, ihre Anhänger in den Hauptstrom revolutionärer Ideen und Handelns inner-

halb der revolutionären Bewegung zu bringen, die vom Afrikanischen Nationalkongreß geführt wird. Dies erfordert enormes Verständnis und Geschicklichkeit und ist dennoch eine sehr wichtige Aufgabe. Keine Organisation kann es sich leisten, den Massen nicht die Notwendigkeit des bewaffneten Sturzes des weißen Herrschaftsstaates zu erklären. Jegliches Näher der Illusion, daß bedeutende Veränderung durch „Handeln durch Zeigen der Stärke“ mit Gewaltlosigkeit möglich ist, heißt Verwirrung und Enttäuschung stiften.

Zusammengehalten durch den Wunsch, unter den schwarzen Völkern ein Maximum an Einheit aufrechtzuerhalten, ist es der Black Consciousness-Bewegung gelungen – entgegen dem Versuch des Rassisten-Regimes, die schwarze Einheit so weit wie möglich zu spalten und zu zerstören – einer Vielfalt von Tendenzen und Kräften innerhalb der schwarzen Gemeinschaft sowohl organisatorische als auch ideologische Gestalt zu geben. Aber diese Einheit kann nicht unter dem Begriff eines vagen „Kommunalismus“ geschlossen werden, der die Menschen verbindet. Es muß eine bewußte Identifikation der Art der Einheit und der Bestimmung von Bewußtsein und Handeln geben. Die Einheit, die der Afrikanische Nationalkongreß während der entscheidenden Periode des Massenkampfes in den 50er und frühen 60er Jahren erreichte, duldete mit einer gewissenhaften, geduldigen Geltendmachung seines politischen Programms, der Organisation, der Strategie und Taktik für die nationale Befreiung, keinen Kompromiß.

Das Sekretariat der Kommunistischen Partei zeigte in einer Erklärung durch seinen Vorsitzenden Dr. Yusuf Dadoo anläßlich einer Versammlung des Zentralkomitees im Jahr 1974 auf: „Dem schwarzen Nationalismus ein bloßes Lippenbekenntnis zu zollen ist nicht dasselbe wie die wahre nationale Angelegenheit zu entwickeln und kann manchmal im tatsächlichen Kampf zur Tarnung für schädliche Positionen benutzt werden. Zweifelsohne bekennen sich viele zum Black Consciousness als Entgegnung auf die von der Regierung gelenkten Bemühungen, die schwarze Bevölkerung zu spalten, als ehrliche Reaktion auf den verwässernden Einfluß der weißen liberalen ‚Wohltäter‘, und auch als Teil einer Suche nach zusätzlichen organisatorischen Formen, die Sache des unterdrückten Volkes vorwärtszutreiben. Solche Elemente können und müssen für das gemeinsame Programm der Befreiungsbewegung gewonnen werden. Aber gleichzeitig handeln diese Organisationen gegen die Politik und Programme unseres Befreiungsbundes oder stellen sich selbst als Alternativen dar . . . man muß ihnen entgegentreten und wenn möglich sie von solch einem Weg abbringen.“¹³

Schwächen der Black Consciousness-Bewegung

Aus der Black Consciousness-Bewegung sind besonders folgende alte Tendenzen und Trends hervorgegangen:

a) Die „geh es allen“-Tendenz, die Basis, auf der der PAC (Panafrikanischer Kongreß) versuchte, das afrikanische Volk zu organisieren und mobilisieren. Dies ist eine Schwäche, die geändert werden muß. Das Argument, „weil Weiße ein Teil des Problems sind, können sie nicht Teil seiner Lösung sein“, ist politisch unkorrekt, aber wichtiger ist, daß es die Hand des rassistischen Regimes stärkt. Es besteht kein Zweifel darüber, daß die Zusammenarbeit zwischen dem schwarzen Volk und demokratischen Teilen der weißen Gemeinschaft, unabhängig von ihrer zahlenmäßigen Schwäche, nicht auf paritätische Weise vonstatten gehen kann. Trotzdem würde die Möglichkeit der Teilnahme weißer Demokraten am Kampf für nationale Befreiung unzweifelhaft die Fähigkeit des Rassisten-Regimes untergraben, einem revolutionären Angriff des Volkes Widerstand zu leisten. Jene weißen Revolutionäre, von denen einige, wie Bram Fischer, den höchsten Preis für die Sache der nationalen Befreiung bezahlt haben, sind dem ANC schon immer als Verbündete will-

kommen gewesen. So sagte Oliver Tambo:

„Wer sind die Schwarzen? Sie sind die Leute, die man ‚Kaf-fern, Kulis und Hottentotten‘ nennt, zusammen mit jenen Südafrikanern, deren totale politische Identität mit den afrikanischen Unterdrückten sie in allem schwarz macht bis auf die zufällige Hautfarbe“ (ANC-Neujahrsbotschaft 1971).

b) Der extreme Subjektivismus, der aus der engen Art und Weise stammt, in der das Black Consciousness-Konzept in der Praxis angewandt wird. Dieses Charakteristikum wird auf verschiedene Arten veranschaulicht. So hat Mr. Drake Koka, erster Generalsekretär des BPC, in der Diskussion über die Ziele der Bewegung folgendes zu sagen: „Darum sind wir keine Bewegung der Konfrontation, sondern der Innenschau – unser Ziel ist es, Black Consciousness zu wecken.“¹⁴ Und ebenso führt Adam Small, einer der führenden Fürsprecher und Schriftsteller des Black Consciousness aus:

„Der Protest selbst ist eine Form des Bittens, und wir haben wirklich beschlossen, daß wir das weiße Südafrika nicht länger bitten werden . . . Stattdessen müssen wir einfach unseren Stolz auf das Schwarzsein wieder und wieder demonstrieren.“¹⁵

c) Ebenso besteht die Gefahr, daß die von der Black Consciousness-Bewegung weit verbreitete Black Power-Lösung, wenn ihr nicht bewußt und kontinuierlich ein politischer Inhalt gegeben wird, eine Waffe in der Hand der Reaktionäre sein kann, um die Ausschließlichkeit der Bewegung zu fördern. Black Power geht in Wirklichkeit auf die 30er Jahre zurück, als die Black Republic-Lösung der Kommunistischen Partei vertreten wurde. Sie war zwar auch ein Programmpunkt der ANC-Jugendliga. Sie war jedoch immer eine politische Strategie und nie – wie beim PAC – ein Versuch, im Interesse eines Teils der schwarzen Gemeinschaft auf beschränkte, chauvinistische und nationalistische Positionen zurückzuweichen. Von jetzt an vertritt der PAC gehässig antikommunistische und deshalb gegen die schwarze Arbeiterklasse gerichtete Positionen (obwohl dies natürlich nie in so vielen Worten festgestellt worden ist.)

Anzeichen einer revolutionären Situation

Alle Teile der Südafrikanischen Gesellschaft deuten auf eine revolutionäre Situation hin, d. h. eine tiefgreifende sozial-ökonomische Krise, die ihre Wurzeln in der objektiven Situation hat, die auf Klassen- und Rassenunterdrückung basiert. Die Reife des subjektiven Faktors, während des tatsächlichen Verlaufs des Kampfes, wobei prinzipiell die Frage der Organisation, des revolutionären Bewußtseins, der revolutionären Theorie und Praxis steht, wird sich als entscheidend bei der Bestimmung des Tempos und des Charakters der Veränderung erweisen. Das Verhältnis von legalen Massenorganisationen und ihrer revolutionären Vorhut, des ANC und seines Verbündeten SACP (Südafrikanische Kommunistische Partei) basiert hauptsächlich auf der Einheit des Ziels. Unser Kampf ist in eine neue und entscheidendere Phase getreten und der Bedarf nach vollständiger Klarheit in allen Fragen, denen die revolutionären Kräfte gegenüberstehen, ist lebensnotwendig.

d) Zur gleichen Zeit da der Ausbruch des Volksaufstandes der schwarzen Massen stattfand, begann die Entwicklung der Black Consciousness-Bewegung sich zu entwickeln. Eine bezeichnende Entwicklung dieser Periode war und ist auch weiterhin ein Erwachen unter den Arbeitern, die mit einer rapiden Verschlechterung ihres Lebensstandards konfrontiert, ihre Forderungen nach Gewerkschaftsrechten, dem Recht auf Tarifverhandlungen außerhalb der von der Regierung eingerichteten Fabrikkomitees, und nach Streikrecht verknüpften.

Innerhalb der südafrikanischen Gesellschaft können diese

Forderungen nicht von ihrem politischen Gehalt getrennt werden, da die Arbeiter unmittelbar in einen Kampf verwickelt sind, der nicht nur die Produktionsmittelbesitzer betrifft, sondern auch den Staat, der gewöhnlich mit allen ihm zur Verfügung stehenden Repressionorganen eingreift. Die Streikwelle, die seit 1973 das Land überflutete, zeigte den Arbeitern die Kraft der kollektiven Klassenaktion und drückte sich gleichermaßen in organisierten Formen aus, die ihre Triebkraft über eine lange Zeitdauer in Anbetracht von Polizeibrutalität, Einschüchterung, Folterung, Haft und Tod bewahrten.

Das ANC-Programm für Strategie und Taktik geht während es die nationale Befreiung der am meisten unterdrückten Gruppe klar als den „Hauptinhalt des gegenwärtigen Stadiums der südafrikanischen Revolution“ charakterisiert, in der Definition des Zusammenhangs, in dem der Kampf stattfindet weiter:

„Der nationale Charakter des Kampfes muß deshalb unser Herangehen bestimmen. Aber es ist ein nationaler Kampf, der unter veränderten historischen Bedingungen stattfindet. (. . .) Er findet auch in einem neuen Südafrika statt: einem Südafrika, in dem es eine große und gutentwickelte Arbeiterklasse gibt, deren Klassenbewußtsein und unabhängiger Ausdruck des arbeitenden Volkes – die politischen Organisationen und Gewerkschaften – sehr stark an der Befreiungsfront beteiligt sind. Somit darf unser Nationalismus nicht mit Chauvinismus oder beschränktem Nationalismus einer früheren Epoche verwechselt werden.“

Und weiter: „Diese Perspektive eines raschen Fortschreitens von der formalen Befreiung zu einer echten und wirklichen Emanzipation wird realer durch die Existenz einer starken Arbeiterklasse in unserem Lande, deren Klassenbewußtsein Nationalbewußtsein einschließt.“

Der nationale und Klasseninhalt des Befreiungskampfes

Zentral ist deshalb für die Strategie des ANC und der Kommunistischen Partei als der Klassenorganisation der Arbeiter von Südafrika die klare Erkenntnis, daß der Kampf beides ist, ein Klassenkampf und nationaler Kampf, mit dem nationalen Aspekt als der treibenden Kraft für die Gründung eines Staats der nationalen Demokratie, der auf der Freiheitscharta (im Wortlaut in AIB-Sonderdruck „Befreiung im Süden Afrikas“, Nr. 1/1977) basiert. Womit sich die Black Consciousness-Bewegung auseinandersetzen muß, ist genau dieser objektive Faktor. Das Konzept des Black Consciousness verunklart dieses dialektische Verhältnis und zum Slogan gemacht, tendiert es dazu, den Charakter und die Interessen der am Kampf für die nationale Befreiung beteiligten sozialen Kräfte zu ignorieren und den Kampf ausschließlich unter nationalen Gesichtspunkten zu betrachten. Wie vorher erwähnt, drückt sich innerhalb der Black-Consciousness-Bewegung wie innerhalb ihrer Hauptteile jedoch eine klare Unterscheidung des politischen und ideologischen Bewußtseins aus. Die Tendenz, den nationalen Befreiungskampf gleichermaßen als nationalen und als Klassenkampf zu erkennen, obwohl beurteilt nach den Schriften dieser Bewegungen nicht die hauptsächlich bestimmende Tendenz in den Vordergrund rückt wie z. B. in der folgenden Passage eines SASO-Rundschreibens: „Das schwarze Volk dieses Landes leidet nicht nur unter der Herrschaft einer fremden weißen Minderheitsrasse, deren Ankunft in diesem Land den Beginn der Verfolgung des schwarzen Volkes markierte, sondern sie erleiden Unterdrückung und Ausbeutung durch den Kapitalismus . . .“ Im selben Artikel argumentiert der Verfasser: „. . . ist es für uns wichtig, die Tatsache zu akzeptieren, daß jede bedeutende Änderung der sozialen, politischen und ökonomischen Situation des Landes durch das Proletariat herbeigeführt wird – den Menschen, die wirklich die Spitze der weißen Herrschaft, der Ausbeutung

und Unterdrückung spüren.“¹⁶

Es ist entscheidend, daß diejenigen, die im Kampf für die Befreiung engagiert sind, den unlösbaren Zusammenhang zwischen nationalem und Klassenkampf erkennen insbesondere zu einer Zeit, da sich die Arbeiterbewegung als integralen Teil der Volkskräfte der nationalen Befreiung geltend macht.

Black Consciousness-Bewegung: Führer der nationalen Befreiungsbewegung?

Reaktionäre und konterrevolutionäre Personen und die Presse in Südafrika versuchen, Uneinigkeit unter das Volk zu bringen, indem sie von der BPC reden, als „der Organisation“, die den Kampf für die Befreiung führe. Die Regierung gibt die Schuld allem, was sie „Black Power“ nennt. Ohne in irgendeiner Weise die Bedeutung der Black Consciousness-Bewegung schmälern zu wollen, muß doch darauf hingewiesen werden, daß BPC und SASO eine intellektuelle Elite darstellen, mit einer starken Vorliebe für ein Erziehungs- und Propagandaprogramm, aber ohne Strategie und Taktik zur Eroberung der Macht. Die Vorstellung zu erwecken, daß die BPC „die Organisation“ an der Spitze der Befreiungsbewegung ist, heißt Verwirrung und am Ende Enttäuschung unter das Volk zu bringen.

Es sind der in Südafrika im Untergrund arbeitende ANC, seine Auslandsorganisation und die Kommunistische Partei, die jahrelang das Volk durch Worte und Taten, Radiosendungen von Tansania und Sambia aus, Untergrundflug-

blätter, Zeitungen und so weiter mobilisiert haben, indem sie immer wieder das unterdrückte Volk aufgerufen haben, sich zur Zerstörung des weißen Regimes zu organisieren, um die Macht für das Volk zu gewinnen.

Jugendliche sind eingesperrt worden, weil sie diesen Radiosendungen zugehört haben, weil sie ANC- oder KP-Flugblätter verteilt haben oder weil diese Flugblätter besaßen. Jahrelang gab es eine Folge von Prozessen gegen Kader des ANC, Umkhonto we Sizwe und der Kommunistischen Partei, die nach Hause zurückgekehrt waren, um zu kämpfen und das Volk zu organisieren.

Trotz aller Verluste, die die Frontkämpfer hinnehmen mußten, wurden im ganzen Land illegale Organisationen eingerichtet und Untergrundeinheiten formiert, und der Einfluß ihrer Arbeit auf die Förderung des Bewußtseins der Massen und ihre Organisation zum Kampf, kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Seit Soweto hat eine wachsende Zahl von Jugendlichen und Kämpfern Kontakte mit dem ANC und der KP innerhalb und außerhalb des Landes für politische Ratschläge und militärisches Training gesucht.

Entfaltung des Guerillakampfes

Die nationale Befreiungsbewegung innerhalb des ANC hat jetzt die Hauptaufgabe, durch ihren militärischen Flügel Umkhonto we Sizwe den Guerillakampf als Teil des politischen Kampfes zu entfalten, um der Gewalt des Staates mit der Gegengewalt des Volkes zu begegnen.

Die Kommunistische Partei als ein integrierter Bestandteil



Demonstranten in Soweto



Aufkleber des ASK

der nationalen Befreiungsbewegung und als Partei der Arbeiterklasse führt ihre historische Aufgabe aus, indem sie die arbeitende Bevölkerung für den gemeinsamen Kampf für den Sturz des rassistischen Apartheid-Regimes und zur Erringung der Macht des Volkes mobilisiert. Sie nimmt ihren rechtmäßigen Platz im bewaffneten Kampf ein.

BPC, SASO, BPA und andere ähnliche Organisationen müssen als wichtige Beiträge des „großen Stromes“ der Befreiungsbewegung gesehen werden, die durch den ANC ange-

führt wird, Beiträge, die neue Quellen erschließen und dem Hauptstrom neue Kraft zuführen werden. Sie werden helfen, ihn zu einer unwiderstehlichen Kraft anschwellen zu lassen, die fähig sein wird, das weiße Rassisten-Regime zu stürzen und die nationaldemokratische Revolution zu gewinnen, die dem Volk von Südafrika Freiheit und Demokratie bringen wird.

Anmerkungen:

- 1) A Brief Review of the Black Struggle for Liberation in South Africa, Juni 1973
- 2) 2nd General Students' Council, Juli 1971
- 3) BPC Minutes, Juli 1972
- 4) BPC Historical Background
- 5) BPC Minutes, Juli 1972
- 6) Ebenda
- 7) BPC Historical Background
- 8) Minutes of 2nd General Students' Council, Juli 1971
- 9) BPC Historical Background
- 10) M. M. Kotane, Japan. Friend or Fol.?, CP pamphlet, 1942
- 11) Das Gedicht las M. L. auf der SASO-Versammlung nach dem rassistischen Meuchelmord an Onkgopotse Tiro in Gaborone vor, Februar 1974
- 12) African Communist, London, Nr. 61, S. 33-34
- 13) Ebenda, Nr. 56, S. 43-44
- 14) Sechaba, London, Nr. 1/Januar 1973
- 15) African Communist, Nr. 51, S. 80
- 16) SASO Newsletter, Bd. 5, Nr. 1, Mai/Juni 1975

(Quelle: African Communist, London, Nr. 68, 1977, S. 34-47)

Zimbabwe

Nach dem definitiven Scheitern der Genfer Rhodesienkonferenz Anfang d. J. haben sich die Fronten zwischen dem Smith-Regime und den Westmächten einerseits und den Befreiungskämpfern Zimbabwes andererseits in den letzten Wochen deutlicher denn je geklärt. Ein Vorschlag für eine neue Verfassungskonferenz unter der Schirmherrschaft Großbritanniens und der USA, zu dessen Fürsprecher sich der britische Außenminister David Owen machte, ist von der Patriotischen Front Zimbabwes zurückgewiesen worden. Sie nannte es eine neuerliche Variante, die Macht der weißen Siedler und die Ausbeutung der afrikanischen Mehrheit zu erhalten. Einhellig haben die fünf „Frontstaaten“ Angola, Moçambique, Tansania, Sambia und Botswana sowie die Befreiungsbewegungen Afrikanischer Nationalkongreß von Südafrika (ANC), Südwestafrikanische Volksorganisation von Namibia (SWAPO) und die Patriotische Front von Zimbabwe auf ihrer gemeinsamen Gipfelkonferenz am 17. und 18. April d. J. in Luanda, der Hauptstadt der VR Angola, den Owen-Plan als Projekt charakterisiert, „um Zeit für Smith zu gewinnen und die Vereinigten Staaten in ein koloniales Problem hineinzuziehen, das einzig und allein uns und Großbritannien angeht.“ Denn nach wie vor schalten die führenden imperialistischen Staaten in der entscheidenden Frage des vollständigen Boykotts der Rassistenregimes im südlichen Afrika auf stur. „Wir können das System nicht von einem auf den anderen Tag verändern. Das wird Jahre erfordern,“ erklärte Owen. „Ich bin dagegen (gegen einen vollständigen Boykott der Rassisten-Regimes, d. Red.), denn ich schütze die Wirtschaftsinteressen Großbritanniens, und ich habe daraus niemals einen Hehl gemacht.“

Die Patriotische Front hat indessen einen weiteren entscheidenden Schritt zur dauerhaften Vereinheitlichung des Befreiungskampfes gegen das Smith-Regime gemacht. Nach der Konstituierung eines gemeinsamen Koordinationskomitees der Patriotischen Front (bestehend aus je fünf Repräsentanten des ANC/ZAPU und der ZANU) auf einem Treffen vom 15.-17. 1. d. J. ist am 12. April d. J. Übereinstimmung über die Schaffung eines einheitlichen Oberkommandos für die Volksarmee von Zimbabwe (ZIPA) erzielt worden. Über die Probleme, die einem einheitlichen bewaffneten Kampf gegen das Smith-Regime (bislang) im Wege standen, sowie über die Kampfziele der Befreiungsbewegung Zimbabwes geben das in vollem Wortlaut vorgestellte Grundsatzdokument der Maputu-Konferenz der Patriotischen Front, das Interview mit dem ANC/ZAPU-Präsidenten und Führer der Patriotischen Front Joshua Nkomo und unser redaktioneller Beitrag zum bewaffneten Befreiungskampf Auskunft.

Interview mit Joshua Nkomo Der Tag der Befreiung ist nicht fern

FRAGE: Wie sehen Sie die Lage in Rhodesien insgesamt?

J. NKOMO: Wir gehören zu den wenigen afrikanischen Völkern, die noch immer unter dem Kolonialjoch stehen. Wir halten Rhodesien für eine britische Kolonie. Viele behaupten zwar, Rhodesien sei ein besonderes Land mit besonderen Problemen, doch gibt es keine besonderen Probleme, vielmehr besteht eine Republik, die von der weißen Minderheit

rechtswidrig und einseitig ausgerufen wurde. 270 000 Europäer möchten ihre Herrschaft über 6 Mio Afrikaner für alle Zeiten aufrechterhalten. Die britischen Behörden haben die „Rebellen gegen das Empire“ in keiner Weise bestraft. Wir allein führten und führen den Kampf gegen das rassistische Regime.

FRAGE: Wie ist die Patriotische Front Zimbabwes ent-

standen, was stellt sie dar?

J. NKOMO: Sie vereinigt die Afrikanische Volksunion von Zimbabwe (ZAPU) und die Afrikanische Nationalunion von Zimbabwe (ZANU). Die beiden Parteien sind übereingekommen, daß sie ihre Eigenart bewahren, doch zusammenarbeiten wollen, um ihre gemeinsamen Ziele zu erreichen: das Land zu befreien und eine Verfassung auszuarbeiten. Wir haben auf der Genfer Rhodesien-Konferenz eng miteinander zusammengearbeitet; wir sind bestrebt, unsere Streitkräfte in der Volksarmee von Zimbabwe (ZIPA) zu vereinigen. In den letzten Monaten ziehen Hunderte junger Männer aus Rhodesien nach Botswana, Sambia, denn sie wollen in unsere Kampftruppen eintreten. Sie werden abgefangen, eingekerkert, getötet, schlagen sich aber durch, um die Reihen der Kämpfer aufzufüllen.

Muzorewa: Trumpf des Westens

FRAGE: Der Patriotischen Front ist Bischof Abel Muzorewa mit seinen Anhängern nicht beigetreten. Wie beurteilen Sie seine Rolle?

J. NKOMO: Muzorewa schloß sich der Befreiungsbewegung Anfang der 70er Jahre an, als er dem Afrikanischen Nationalrat (ANC) vorstand. Diesen Schritt tat er keineswegs um der Bewegung willen. Muzorewa ist nämlich der Meinung, unser Volk leide aus Verschulden der Freiheitskämpfer und will unseren Kampf torpedieren. Er sagte z. B.: „Das Volk ist dumm und braucht eine gescheite Leitung.“ Westeuropäische Berater haben ihm eine politische Plattform aufgestellt. Auf diese Weise wurde der Bischof zu einem „gescheiten Leiter“. Zuerst schien es, als hätte er eine glückliche Hand. Im ANC hatten sich fast alle patriotischen Organisationen zusammengeschlossen, wenn das auch eine Einheit war, die uns von außen aufgezwungen worden war, also eine Art Falle. Aber auf dem ANC-Kongreß in Salisbury wurde Muzorewa nicht in die Leitung gewählt. Wir sehen, daß der Westen ihn doch einsetzen möchte und in diesem Sinne verschiedenes versucht. Zuerst wollten sie ihn in der Patriotischen Front haben, dann mit N. Sithole, der die Unterstützung seiner Partei ZANU verloren hatte, und den weißen Liberalen vereinigen.

FRAGE: Wie beurteilen Sie die Genfer Konferenz?

N. NKOMO: Sie ist eingegangen. Das war eine Konferenz der Briten mit Ian Smith. Ihre Einberufung war dem Druck der Weltöffentlichkeit und den Erfolgen der Befreiungsbewegung zu verdanken. Die Engländer legten auf der Konferenz „ihre Wünsche“ dar. Smith hat sie zurückgewiesen. All das geschah ohne uns. Selbst davon, daß die Verhandlungen abgebrochen wurden, erfuhren wir aus Rundfunkmeldungen. Von einer Wiederaufnahme der Genfer Konferenz in ihrer früheren Gestalt zu sprechen ist sinnlos.

Nun, wir werden weiterkämpfen, auch mit Waffengewalt. Sollte eine neue Genfer Konferenz stattfinden, dann werden Afrikaner das Heft in der Hand haben. Verhandelt wird dann nicht mit Muzorewa und Sithole, sondern mit den Befreiungsbewegungen.

FRAGE: Die westliche Presse spielte Vorster als Friedensstifter und Vermittler bezüglich Rhodesiens hoch . . .

J. NKOMO: Ja, das tat sie. Ich fragte Kissinger: „Was haben Sie Vorster versprochen?“ Er antwortete: „Nichts.“ Darauf ich: „Des glaube ich nicht.“

Wenn über Vorster gut gesprochen wird, muß ich an das Märchen vom Wolf, Löwen und Schaf denken. Wer ist schlimmer für das Schaf, der Wolf oder der Löwe? Nun, der eine wie der andere würde das Schaf fressen. Warum sollte Vorster uns helfen? Warum sollte er gegen Smith kämpfen? Das Ausspielen des rhodesischen Führers gegen den südafrikanischen ist ein weiteres Manöver der Kolonisatoren, genauso wie die

Art, aus Smith den bösen Mann zu machen, der die englischen Vorschläge abgelehnt hat. Und wenn er sie annimmt, wird man ihn uns als einen Prachtkerl verkaufen? Es kommt auf die Vorschläge an, und sie sind für uns unannehmbar.

FRAGE: Wie leben die Afrikaner unter dem Rassisten-Regime?

J. NKOMO: Faktisch leben wir seit mehr als 80 Jahren in der Sklaverei. Die Kolonialherren wollten uns zwingen, unsere Sklavenexistenz hinzunehmen und im weißen Mann den Übermenschen zu sehen. In einer unserer Sprachen heißt jeder Europäer Nkoso, „König“. Die Frau eines Weißen ist demgemäß „Königin“, sein Haus ein „Königreich“. Wir haben kein Recht, uns Häuser in den Vierteln der Weißen zu bauen, wir dürfen sie nur mieten. Selbst um sich in einem solchen Viertel niederzulassen, muß unser-keiner zuerst eine Erlaubnis einholen. Und dabei ist es doch unser Land.

Ohne jedes Gerichtsverfahren werden Afrikaner festgenommen, gefoltert, von Hubschraubern hinuntergestoßen. Gefoltert werden selbst Menschen, die bereits zu lebenslänglichem Freiheitsentzug verurteilt sind. Jeden Morgen hört man in den Gefängnissen von Salisbury die Schreie der gemarterten Menschen – die Henker sind pünktlich. Jedermann kann zur Polizei kommen und sagen, der und der habe einen Freiheitskämpfer bei sich aufgenommen, oder er habe mit ihm gesprochen, oder er habe ihn gesehen und nicht denunziert. Das reicht, damit die Polizei das ganze Dorf umzingelt. Es ist den Strafrupps völlig gleichgültig, wen sie vor sich haben, alte Leute, Frauen oder Kinder. Das ist eine echte Genozidpolitik. Deshalb mutet es für mich seltsam an, wenn ich im Westen das Gerede von den Menschenrechten höre. Die Afrikaner im Süden kennen sie einfach nicht.

Ich möchte betonen: Wir kämpfen gegen das Regime in Salisbury, nicht weil Weiße an der Macht sind. Wir sind keine Rassisten. Wir kämpfen gegen ein Rassisten-Regime, gegen Faschisten, gegen Menschen, denen alles Menschliche ab-



Joshua Nkomo (M.)

geht. Was verfechten sie? Das System der Herrschaft der Weißen über die Schwarzen. Wir sagen ihnen nicht: Geht von hier weg. Wir sagen: Wir wollen gleiche Rechte wie ihr haben. Wir zweifeln nicht, daß Zimbabwe frei sein wird. Ich bin überzeugt: Der Tag ist nicht mehr fern.

Das Gerede von den Menschenrechten

FRAGE: Sie haben nicht wenige Jahre im Gefängnis verbracht. Wie waren die Bedingungen?

J. NKOMO: Ich war elf Jahre im Gefängnis, davon viele Jahre in der Einzelhaft. Die ersten fünf Jahre hatte ich Besuchsverbot – allerdings betraf es die Polizisten nicht. Ich durfte auch nicht ins Krankenhaus. Um 9.00 abends wurde das Licht stets abgeschaltet. Das Essen war miserabel. Dabei war ich besser dran als die anderen Häftlinge, denn ich hatte z. B. so etwas wie eine Matratze auf dem Boden. Die anderen schliefen einfach auf dem nackten Boden, und auch jetzt, schon in Freiheit und zu Hause, schlafen sie aus alter Gewohnheit weiterhin auf dem Boden.

FRAGE: Was war für Sie der Anfang?

J. NKOMO: Ich war ein Dorfjunge. Im Dorf ging ich auch zur Schule.

Später arbeitete ich bei der Eisenbahn. Dort wurde ich Gewerkschaftsaktivist und trat dem Afrikanischen Nationalkongreß von Südrhodesien, unserer ersten politischen Organisation bei.

FRAGE: Wie leben Sie jetzt?

J. NKOMO: Gegenwärtig lebe ich in Salisbury. In meinem Haus verrichten mehrere Kameraden aus meiner Partei stets Dienst. Nun haben Sie aber keine andere Waffe als ihre Augen, und diese sind eine gute, aber nicht die stärkste Waffe.

Ich mache kein Paket auf, selbst wenn ich auf meinen Reisen etwas von meiner Frau zugeschickt bekomme. Wahrscheinlich wissen Sie, daß ein ZAPU-Führer (Jason Moyo, vgl. AIB, Nr. 2/1977, d. Red.) durch ein explodierendes Paket getötet wurde. Als ich vor kurzem im Ausland war, rief meine Frau mich an und sagte, zu Hause sei es noch gefährlicher geworden, und es wäre ratsamer für mich, noch eine Weile im Ausland zu bleiben. Trotzdem will ich nach Salisbury zurück.

Wer produzierte die „Greuelthaten“?

FRAGE: Wie erklären Sie sich die Beharrlichkeit, ja Sturheit, mit der sich die weiße Ausbeuterminderheit an die Macht klammert?

J. NKOMO: Wenn man wie sie in großen und bequemen Villen, mit zahlreichen Bediensteten und einem Swimmingpool lebt, verzichtet man nur ungern darauf. Dabei hat die herrschende Minderheit auch noch ihre Krankenhäuser und Schulen nur für Weiße, ganze Gebiete, insgesamt das halbe Land, die nur ihnen gehören. Da ist es begreiflich, daß sie sich schon vor dem Wort Sozialismus fürchten und ein ums andere Mal wiederholen, das wären „fremde Ideen“. Unterhalte ich mich mit Weißen, so sage ich: Je länger und sturer Ihr das schützen werdet, was Ihr habt, um so schlimmer ist es für Euch, um so mehr werdet ihr verlieren. Aber ich glaube, auf diesem Ohr sind sie taub.

FRAGE: Vor kurzem machte die westliche und rhodesische Presse viel Lärm um den Mord einiger Missionare, der Partisanen unterstellt wurde. Wie ist Ihre Meinung dazu?

J. NKOMO: Es ist ein Werk von Smith und seinen Söldnern. Das waren als Partisanen gekleidete Afrikaner. Auch Bildreporter fanden sich sofort zur Stelle, die die „Greuelthaten der Aufständischen“ verewigten. Eine Bildunterschrift lautete: „Das tun und lehren die Kommunisten“. Auf diese

Weise wollen die Rassisten sich von der Verantwortung für den Krieg auf unserem Boden, für ihre Verbrechen reinwaschen.

FRAGE: Wie verhält sich der Westen, wo man sich ja so gerne über die Freiheit der Persönlichkeit ausläßt, zum Kampf des Volkes von Zimbabwe?

J. NKOMO: Die meisten Befreiungsbewegungen Afrikas siegten dank der Solidarität der fortschrittlichen Kräfte und der sozialistischen Länder. Kein einziges westliches Land dagegen hilft den Befreiungskräften.

Dafür gibt es mehrere Gründe. Erstens hat der Westen Afrika ja selbst kolonisiert, und wenn ein westliches Land nicht an der Aufteilung des Kontinents beteiligt war, ist und bleibt es eng mit den Kolonialherren verbunden. Zweitens sind die Weißen, die in Afrika noch geblieben und da und dort sogar an der Macht sind, ebenfalls einstige Westeuropäer. Drittens will der Westen uns nicht helfen, weil das der RSA und Rhodesien schaden würde, und diese beiden Länder schützen ja seine und ihre gemeinsamen Interessen. So kommt es, daß diese Regimes zwar von der ganzen Menschheit und der UNO verurteilt werden, aber die westlichen Länder helfen ihnen trotzdem und finanzieren Rhodesien, so daß das Land für beliebige Währung alles im Westen kaufen kann, was es braucht, in erster Linie Waffen.

Zu gleicher Zeit wird uns vorgehalten, wir bekämen Mittel von den Kommunisten. Das sind lachhafte Vorwürfe. Die Sowjetunion unterstützt uns ohne Schwankungen; sollte der Westen uns eine ebensolche Hilfe anbieten, werden wir sie annehmen. Aber der Westen tut das nicht.

Wir sind für einen sozialistischen Staat

Außerdem wird behauptet, die Sowjetunion und ihre Verbündeten hälften uns aus ihren eigennützigen Motiven heraus. Ich antworte darauf: Das ist eine Dummheit. Niemand von den verantwortlichen sowjetischen Staatsmännern zwang mir je etwas auf. Niemand sagt uns, welchen Staat wir in der Zukunft zu bauen haben. Das ist unsere Angelegenheit. Im Westen wird behauptet, die Kommunisten inspirierten die Befreiungsbewegungen. Darauf antworte ich: Was uns inspiriert, ist der Freiheitsdrang unseres Volkes.

FRAGE: Wie schätzen Sie die Beziehungen zwischen den patriotischen Kräften Zimbabwes und der Sowjetunion ein?

J. NKOMO: Unsere Freundschaft mit der Sowjetunion beruht darauf, daß sie stets gegen den Imperialismus und Kolonialismus gekämpft hat. Ich bin erst zum zweiten Mal in Ihrem Lande und kenne die sowjetischen Menschen noch wenig. Wenn ich höre, wie die Sowjetunion kritisiert wird, muß ich mich fragen, warum es denn in den Straßen keine Arbeitslosen gibt. Mehr noch, Sie haben Mangel an Arbeitskräften. Im Westen also haben sie zu viele Arbeiter, und Sie haben zu wenig. Das beeindruckt mich wohl weit mehr als alle Ihre anderen Errungenschaften.

Das Problem Beschäftigungslosigkeit ist auch für uns sehr ernst. Wenn die Revolution Ihnen eine solche Lösung der inneren Probleme brachte und zur Befreiung der Menschen in der ganzen Welt beitrug, so müssen wir wohl nach Erzielung der wahren Unabhängigkeit darüber nachdenken, was wir von Ihren Erfahrungen auswerten können. Wir in der ZAPU wären für einen sozialistischen Staat, den fortschrittlichen Entwicklungsweg.

Während dieses letzteren Besuches hatten wir ausgiebige Diskussionen mit sowjetischen Leitern. Sie wissen sehr wohl, wie unsere Probleme aussehen, und gehen auf unsere Bitten ein. Die Geschieke und Hoffnungen aller Völker sind miteinander verbunden, denn wir alle leben auf dem gleichen Erdball.

(Quelle: Neue Zeit, Moskau, Nr. 12/1977, S. 14/15)

Solidarität mit dem Freiheitskampf in Südafrika

Unterstützt den
African National Congress ANC
die Befreiungsbewegung
Südafrikas

Spendenkonto: 527 065 - 602 PechA Ffm
Sonderkonto Prof. Erich Wulff
Kennwort: Südafrika

Verkaufsstelle: Antiquarische Solidaritätsgesellschaft

SPENDENAUFBRUF zur Unterstützung des Befreiungskampfes in Südafrika



ANTIIMPERIALISTISCHES
SOLIDARITÄTS
KOMITEE
FÜR AFRIKA, ASIEN
UND LATEINAMERIKA

Sprecher: Prof. Dr. ERICH WULFF
Eichwaldstraße 32 · 6000 Frankfurt/Main
Telefon: 06 11/45 23 23

Mehr als tausend Tote, zahllose Verletzte und Verhaftete, darunter vor allem Jugendliche und Kinder, – das war die Bilanz der brutalen und blutigen Unterdrückung des Aufstandes von Soweto im Juni 1976, an dessen Beginn eine friedliche Demonstration von schwarzen Schülern und ihren Eltern gegen die Einführung der Burensprache Afrikaans in den Schulen gestanden hatte.

Die Ereignisse von Soweto waren der Beginn eines neuen Aufschwungs des Befreiungskampfes des Volkes von Südafrika gegen die Herrschaft des weißen Rassisten-Regimes. Soweto wurde zum Signal für den Willen des Volkes, dem Terror des Apartheid-Regimes Widerstand zu leisten.

Die Jugendlichen und die Massen des Landes haben sich gegen die Unterdrückung erhoben. Sie trotzen den Polizeikugeln, der Ausbeutung und dem Rassismus, sie kämpfen für ihre Rechte, für Freiheit und Selbstbestimmung. Der Widerstand hat heute vielfältige Formen angenommen, sie reichen von den Aktionen der schwarzen Schüler und Studenten gegen ihre Diskriminierung in den Schulen und Universitäten über den Boykott von Alkohol-Ausschank in den Vorstadtgettos bis hin zu großen Demonstrationen und zu Streiks der Arbeiter.

Die Antwort des Apartheid-Regimes darauf ist die Verschärfung der brutalen Unterdrückungsmaßnahmen gegen die schwarze Bevölkerung. Die Gefängnisse des Landes sind voll von Menschen, die ohne Prozess und ohne Kontakt zu Verwandten und Verteidigern gefangengehalten werden. Allein in den letzten Monaten sind 18 Menschen unter mysteriösen Umständen in der Haft oder während des Verhörs umgekommen.

Die Verflechtung westdeutscher Kapitalinteressen mit denjenigen Südafrikas macht das westdeutsche Kapital zu einer wichtigen Stütze des Rassistenregimes. Gerade in unserem Land trägt die Solidaritätsbewegung mit dem Kampf des südafrikanischen Volkes gegen Kolonialismus und Apartheid deshalb eine besondere Verantwortung.

In einer „Botschaft an Westeuropa“ bittet der African National Congress von Südafrika (ANC), die Befreiungsbewegung des Landes, um materielle Unterstützung für die humanitären Aufgaben, die es als Folge der brutalen Unterdrückung durch das Regime zu bewältigen gilt. Dazu gehört sowohl die Hilfe für die Familien der politischen Gefangenen im Lande selbst, als auch die Unterstützung für die vielen Kinder und Jugendlichen, die das Land verlassen mußten, um der Verhaftung zu entgehen. Sie benötigen finanzielle Mittel zur Beendigung ihrer Schulausbildung, Nahrungsmittel und Kleidung.

Das Antiimperialistische Solidaritätskomitee ruft deshalb dazu auf, dem Volk von Südafrika und den Freiheitskämpfern des ANC verstärkte materielle Solidarität zu erweisen.

**SPENDET FÜR DIE OPFER DES APARTHEID-REGIMES IN SÜDAFRIKA!
SPENDET FÜR DEN AFRICAN NATIONAL CONGRESS VON SÜDAFRIKA UND SEINEN KAMPF
FÜR NATIONALE BEFREIUNG UND SOZIALE GERECHTIGKEIT!**

**Sonderkonto Prof. Erich Wulff, PschA Ffm., Konto-Nr. 5270 55-602
KENNWORT: „SÜDAFRIKA“**

Im Antiimperialistischen Solidaritätskomitee arbeiten mit:

Christliche Friedenskonferenz, Demokratischer Kulturbund der Bundesrepublik Deutschland, Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner, Deutsche Friedens-Union, Deutsche Kommunistische Partei, Kampagne für Demokratie und Abrüstung, Liberaler Hochschulverband, Marxistischer Studentenbund Spartakus, Naturfreundejugend Deutschlands, Palästina-Komitee München, Service Civil International, Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend, Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken, Sozialistischer Hochschulbund, Verband Deutscher Studentenschaften, Vereinigung Demokratischer Juristen, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten, Werkkreis Literatur der Arbeitswelt, Westdeutsche Frauen-Friedensbewegung ● Antiimperialistisches Informationsbulletin, Asso-Verlag, Blätter für deutsche und internationale Politik, Deutsche Volkszeitung, Extra-Dienst, Jugendmagazin „elan“, Junge Kirche, Kürbiskern, Kritischer Katholizismus, Kultur und Gesellschaft, Sozialistische Korrespondenz, Stimme-Verlag, Unidoc-Film, Verlag Marxistische Blätter, Verlag „pläne“ ● Prof. Wolfgang Abendroth, Prof. Hans Werner Bartsch, Prof. Dieter Bors, Helmut Bublitz (Betriebsrat), Peter Dietzel, Herbert Lederer (Rechtsanwalt), Willi Malkomes (Betriebsrat), Walter Meyer (Gewerkschaftssekretär), Peter Mühle (Jugendvertreter), Pastor D. Martin Niemöller, Herbert Pietsch (Jugendvertreter), Prof. Jürgen Redhardt, Dr. Erika Runge (Autorin), Stefan Schardt (Gewerkschaftssekretär), Hans Schulte (Betriebsrat), Prof. Dorothee Sölle-Steffenski, Pfarrer Horst Stuckmann, Martin Walser, Prof. Erich Wulff, Dr. Jochen Zimmer (Sekretär der Naturfreundejugend Internationale).

Der Stand des bewaffneten Kampfes

Daß die Patriotische Front von Zimbabwe am 12. April d. J. Einigkeit über die Schaffung eines einheitlichen Oberkommandos für die Volksarmee von Zimbabwe (ZIPA) erzielte, ist sicherlich von historischer Tragweite für den Kampf gegen das illegale Smith-Regime. Er kam zustande, weil es erklärtes Ziel der Patriotischen Front war, eine Reorganisation der ZIPA unter einheitlicher politischer Leitung zu erreichen (siehe die Grundsatzerklärung in diesem Heft). Das neugeschaffene ZIPA-Oberkommando besteht aus Kadern der Revolutionären Volksarmee von Zimbabwe (ZPRA), dem militärischen Flügel des ANC/ZAPU, und der Afrikanischen Nationalen Befreiungsarmee von Zimbabwe (ZANLA), dem bisherigen militärischen Flügel der ZANU.

Schon im November 1975 war auf Drängen der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) und besonders der heutigen Frontstaaten eine Vereinigung der beiden militärischen Abteilungen von ZAPU und ZANU versucht worden, jedoch an schwerwiegenden Differenzen schon im April 1976 wieder aufgegeben worden. Von diesem Zeitpunkt an intensivierte die ZPRA in eigenständigen Operationen den bewaffneten Kampf gegen das rassistische Smith-Regime. Anfang d. J. hatte der Oberkommandierende der ZPRA, Alfred Nikita, in einer Botschaft an das Volk von Zimbabwe grundsätzlich zu den Aufgaben des bewaffneten Befreiungskampfes Stellung bezogen (siehe Zimbabwe Review, Lusaka, Jahrgang 6/Februar 1977): „Es ist klar für uns, daß die Manipulation einiger Elemente der ZIPA durch gewisse äußere Kräfte, die ZIPA in eine neue Organisation von Zimbabwe umzufunktionieren, indem sie die politische Führung, die die ZIPA gebildet hat, untergraben, noch anhält. Diese Manöver waren die maßgeblichen Gründe für die Spannungen in der ZIPA. Die ZIPA bleibt in der Frage der nationalen Einheit und der Befreiung von Zimbabwe ein militärischer Flügel und sonst gar nichts.“

Ihre Verantwortung für die Sache der nationalen Befreiung Zimbabwes veranlaßt die ZPRA auch angesichts dieser Probleme und der durch die imperialistischen Hauptmächte angepeilten neokolonialen „Verhandlungslösung“ in der zweiten Hälfte des Jahres 1976 zur Ausdehnung der militärischen Aktionen gegen das Regime von Salisbury. „Wir alle wissen,“ heißt es in der Botschaft Nikitas, „daß wir wahre Unabhängigkeit nicht erringen können, wenn wir mit den Kolonialisten und Imperialisten von einer Position der Schwäche aus verhandeln. Wir können die wahre Unabhängigkeit für Zimbabwe nicht erlangen, wenn wir mit ihnen auf der Grundlage ihrer eigenen Richtlinien, so wie sie es wollen, verhandeln . . . Wenn der Feind irgendeine Absicht zeigt, mit uns zu verhandeln, so tun wir das, aber indem wir gleichzeitig mit der Intensivierung des bewaffneten Kampfes fortfahren.“

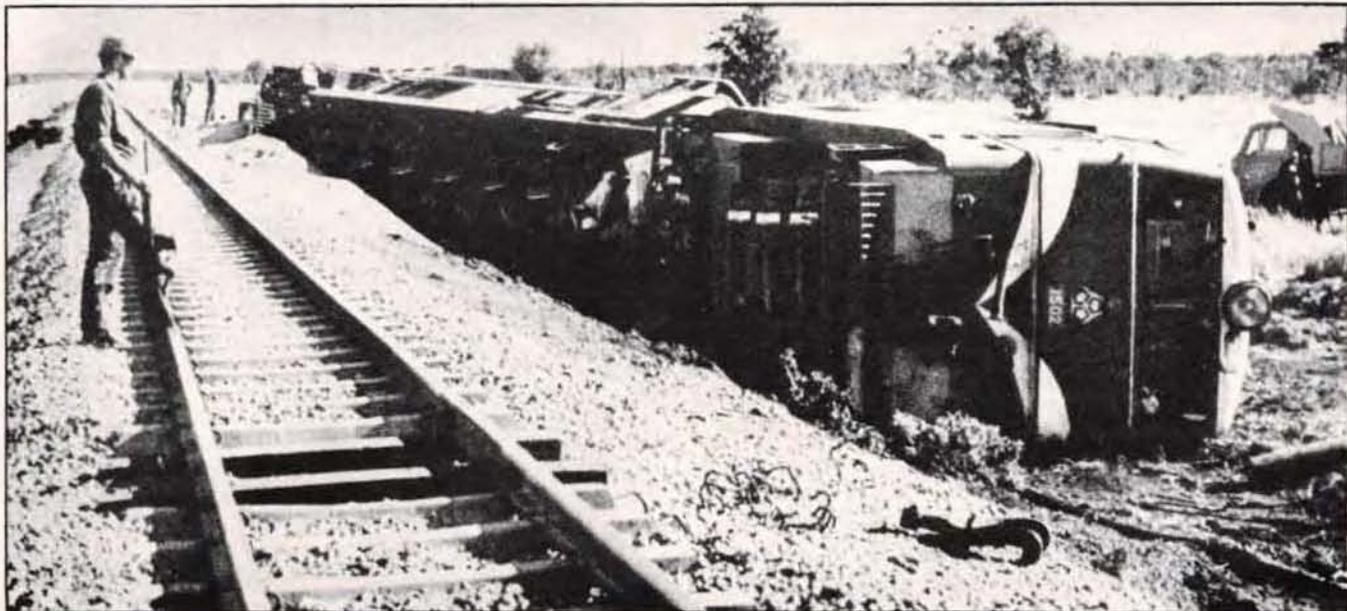
Eine klare Bestimmung der Rolle des bewaffneten Kampfes in der jeweiligen Phase des Befreiungskampfes ist für den Sieg der Befreiungskämpfer ebenso entscheidend wie die Bestimmung des Verhältnisses der vielfältigen und unterschiedlichen Kampfformen zu

einander. Es bedarf des ständigen Ausbaus der Massenbasis der Kampfaktionen. Alfred Nikita: „Wir müssen unsere Kampffronten auf allen Gebieten ausweiten. Wir müssen kämpfen, um den Feind zu schlagen. Unser Krieg muß umfassend sein. Und mit Eurer Zusammenarbeit und Entscheidung – der Zusammenarbeit und der Entscheidung des gesamten Volkes: der Arbeiter, der Bauern, Lehrer, Studenten und aller anderen – können wir dem Feind schwere Verluste zufügen. Dann und nur dann wird unser Sieg sicher sein. Demonstrationen, Streiks, Boykotte, Unterstützung für die Kämpfer sind alle Teil des bewaffneten Kampfes. Unser größtes Bedürfnis ist, wie auch immer, die Reihen der Armee des Volkes von Zimbabwe anschwellen zu lassen.“

Dieser Orientierung entsprechend hat der ANC/ZAPU und sein militärischer Flügel ZPRA die bewaffneten Kampfaktionen ständig ausgeweitet, ohne das Ziel der politischen Mobilisierung der Volksmassen für die Befreiung Zimbabwes aus dem Auge zu verlieren. Demgemäß richtete sich die Kampfhandlungen stets gegen strategische Ziele, die für das Funktionieren des Machtapparates und der wirtschaftlichen Infrastruktur des rassistischen Systems von entscheidender Bedeutung sind. Die Militärbilanz der ZPRA 1976 illustriert dies ebenso wie sie die Propaganda des Smith-Regimes, der Guerilla-Kampf bestünde aus Überfällen gegen die Zivilbevölkerung, aus Kindesentführungen und ähnliche Greueltaten, widerlegt. Die Zerstörung von Verwaltungszentren der Rassisten, die Kontrolle bzw. Vernichtung von Transport- und Nachschubwegen und die Zerstörung gegnerischer Militärbasen stehen im Mittelpunkt der militärischen Operationen der Befreiungskämpfer der ZPRA, die 1976:

- 426 feindliche Soldaten, Polizisten und Agenten töteten;
- 32 gegnerische Camps und Militärlager vernichteten;
- 5 Eisenbahnbrücken sowie 6 Straßenbrücken zerstörten;
- 26 Sabotageakte gegen strategisch bedeutsame Eisenbahnlinien verübten;
- 12 gegnerische militärische Anlagen und Depots vernichteten;
- mehr als 5 Radiostationen eroberten;
- 56 große Waffen- und Munitionsvorräte erbeuteten;
- 52 Militärfahrzeuge der Rassistenarmee zerstörten;
- 1 Hubschrauber und 5 feindliche Flugzeuge vom Himmel holten und
- mehrere bedeutende militärische Pläne des Gegners erbeuteten und somit zunichte machten.

Der Wiederzusammenschluß der militärischen Flügel von ZAPU und ZANU auf der klaren antiimperialistischen Grundlage der Grundsätze der Patriotischen Front und unter einem einheitlichen Oberkommando schafft zweifellos neue Voraussetzungen für die weitere Erhöhung der Zielgerichtetheit und Schlagkraft des bewaffneten Kampfes für ein freies und unabhängiges Zimbabwe. Es ist ein weiterer Meilenstein auf dem einzig gangbaren Weg zu dem gemeinsamen Ziel.



Zwischen Sambia und Botswana von Guerillas zum Entgleisen gebrachter rhodesischer Zug. Die Streitkräfte der ZIPA operieren in diesem Frontabschnitt unter Führung der ZAPU.

Grundsätze der Patriotischen Front

Die Afrikanische Volksunion von Zimbabwe (ZAPU), geführt von Joshua Nkomo, wurde 1961 gegründet; eine unter der Führung von Ndabaningi Sithole stehende Abspaltung schuf 1963 die Afrikanische Nationalunion von Zimbabwe (ZANU). Ihr versuchter Zusammenschluß mit den um Bischof Muzorewa gruppierten Kräften 1974 in einem organisatorisch einheitlichen Afrikanischen Nationalrat (ANC), in dem J. Nkomo 1975 Präsident wurde, scheiterte letztlich. Nach der Ausschaltung Sitholes aus der ZANU-Führung und der Wiederintensivierung des bewaffneten Kampfes konstituierten die nun von Robert Mugabe repräsentierte ZANU und der ANC/ZAPU Nkomos im September 1976 anläßlich der Genfer Rhodesienkonferenz die Patriotische Front. Mit dem nachstehenden Grundsatzdokument der Patriotischen Front vom Januar d. J. wurde eine wichtige Voraussetzung für eine dauerhafte Vereinigung der wichtigsten Kräfte der nationalen Befreiungsbewegung Zimbabwes auf klarer antiimperialistischer Grundlage geschaffen.

Die Patriotische Front ist ein Bündnis zwischen ZANU und ANC-ZAPU. Sie ist der Kern einer breiteren nationalen Einheit, die alle demokratischen Kräfte (Arbeiter, Bauern, Intellektuelle usw.) in Zimbabwe umfaßt, die für die nationale Befreiung gegen die Kräfte des Imperialismus, Kolonialismus und Rassismus kämpfen.

Ziele

1. Das vorrangige Ziel der Patriotischen Front ist es, Kolonialismus, Imperialismus, Kapitalismus und Rassismus zu beseitigen – folglich das rassistische Minderheitsregime zu stürzen;
2. einen unabhängigen nationaldemokratischen Staat des Volkes von Zimbabwe zu schaffen;
3. eine sozialökonomische Ordnung zu errichten, die alle Formen der kapitalistischen Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ausschließt – also Bedingungen für eine umfassende soziale Revolution zu schaffen;
4. nationalen Frieden, Sicherheit, gleiche Rechte und Glück für alle in einem freien Zimbabwe zu garantieren.

Formen des Kampfes

- A. Die Hauptform des Kampfes unter den gegenwärtigen Bedingungen Zimbabwes ist der revolutionäre bewaffnete Kampf.
- B. Alle anderen Kampfformen (Streiks, Sabotage, diplomatische und politische Aktionen usw.) ergänzen und unterstützen den revolutionären bewaffneten Kampf.

Aufgaben der Patriotischen Front

- A. Ein ausführliches Programm der politischen Erziehung zu formulieren, um alle Zimbabwer strikt auf die nationaldemokratische Revolution und die nationale Einheit zu orientieren;
- B. Programme zu fördern, die darauf gerichtet sind, die Arbeitsbeziehungen zwischen unseren beiden politischen Orga-

nisationen bewußt zu verbessern und ein gemeinsames Vorgehen in den außenpolitischen Beziehungen zu begünstigen;

- C. ein Koordinationskomitee der Patriotischen Front einzusetzen, das ermächtigt ist:
- a) Untersuchungen anzustellen und Schritte zu empfehlen,
 - harmonische Arbeitsbeziehungen zu schaffen;
 - wie unsere beiden politischen Organisationen am besten endgültig zu vereinen sind;
 - b) gemeinsam beschlossene Programme zu koordinieren und durchzuführen;
 - c) Probleme, die die ZIPA betreffen, mit der Stoßrichtung zu untersuchen, die ZIPA zu reorganisieren;
 - d) sicherzustellen, daß regelmäßige Treffen der Führungsorgane beider Parteien der Patriotischen Front stattfinden, um Gegenstände beiderseitigen Interesses zu diskutieren und zu lösen;
 - e) regelmäßig auf den Sitzungen der vereinigten Exekutive der beiden Parteien Bericht zu erstatten.

(Quelle: The Zimbabwe Review, Lusaka, Jahrgang 6/Februar 1977, S. 9)



Der Verlauf der konzertierten Stützungsaktion der Westmächte im Verein mit neokolonialistischen Stellvertreterregimes in Afrika für den abgewirtschafteten Diktator Mobutu zeigt inzwischen immer deutlicher, daß die an die Aktion geknüpften Absichten über die Niederschlagung der FLNC-Aufstandsbewegung hinausreichen. Die demokratischen Kräfte — so der Weltfriedensrat — warnen insbesondere davor, daß die Ereignisse in Zaire für eine neue Intervention gegen die Volksrepublik Angola ausgenutzt werden. Inzwischen liegen harte Hinweise vor, die zur Wachsamkeit mahnen: Eines der wichtigsten Indizien, das ernstgenommen werden sollte, ist die gemeinsam von René Journiac, dem Berater des französischen Präsidenten Giscard d'Estaing, und Kolonel Dlimi, einem Generalstabschef von König Hassan von Marokko, erhobene Forderung nach einem „Verfolgungsrecht“ für die zairischen Truppen und die marokkanischen Hilfsstreitkräfte, das auch die Verletzung der Grenze Angolas einschließen müsse, wenn es um die Verfolgung von Guerillas gehe. Journiac geht sogar davon aus, daß „für die Zairer das einzige Mittel, die Invasoren zu vernichten, wäre, harte Schläge ins Innere von Angola selbst zu führen.“ Dlimi zeichnete in einem Bericht an den marokkanischen König gar folgende Vision: „In diesem Fall (wenn Mobutu und seinen Hilfstruppen ein ‚Verfolgungsrecht‘ zugestanden würde, d. Red.) scheint die Perspektive eines Konflikts zwischen Angola und Zaire von nur schwer vorherzusehenden Ausmaßen unausweichlich.“ (Zit. nach *Afrique Asie*, Paris, Nr. 131/2. 5. 1977)

Dies alles erinnert nur zu deutlich an historische Parallelen: Mit der „Politik der heißen Verfolgung“ von Guerilla-Kämpfern begann auch das Aggressionsabenteuer der südafrikanischen Rassenarmee gegen die unabhängig gewordene Volksrepublik Angola. Einzelne Grenzverletzungen der Vorsterarmee waren damals nur die Vorstufe jener Intervention, die erst 40 km vor den Toren Luandas gestoppt werden konnte (vgl. *AIB*, Sonderdruck Nr. 1/1976). Ein neuerlicher „Schlag ins Innere von Angola“ würde aber zweifelsohne die friedlichen

Aufbauanstrengungen der VR Angola mit einer Ernsthaftigkeit gefährden, die unabsehbare Auswirkungen auf den Prozeß der Befreiung des gesamten südlichen Afrika nach sich zöge. Schwerwiegende Folgen für das südliche Afrika hat auch die mit der Internationalisierung des Zaire-Problems von den imperialistischen Staaten intendierte Spaltung der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU): Die Westmächte suchen derweil angesichts ihres schwindenden Einflusses im südlichen Teil des Kontinents ihre neokolonialen Bastionen (Marokko, Gabun, Senegal, Elfenbeinküste etc.), die ausnahmslos an den Anschlägen der letzten Zeit gegen fortschrittliche afrikanische Staaten beteiligt waren (siehe *AIB*, Nr. 5/1977), fester um sich zu scharen. Demgegenüber bestanden die Frontstaaten Angola, Mocambique, Tansania, Sambia und Botswana auf ihrer letzten Gipfelkonferenz im April d. J. in Luanda ausdrücklich auf der Befreiung des südlichen Afrika als dem Hauptanliegen der fortschrittlichen Kräfte des Kontinents. Überdies wählten sie die Hauptstadt der VR Angola nicht zufällig zu ihrem Tagungsort. Sie unterstrichen so ihre Wachsamkeit gegenüber den Attacken auf einen souveränen Bruderstaat.

Im Innern Zaires ist es im Zuge des Eingreifens der marokkanischen Interventionstruppen zu Veränderungen auf dem Kampfschauplatz gekommen. Um der flexiblen Guerillataktik der FLNC zu begegnen, ist Mobutu zu Flächenbombardements und zum Einsatz von Napalm gegen die Zivilbevölkerung übergegangen, um der Aufstandsbewegung den Boden zu entziehen. Die FLNC bereitet sich nach Aussagen ihres Präsidenten Mbumba indessen „auf einen lang andauernden Krieg vor, mit der Verantwortung für eine Bevölkerung, die uns vertraut und die ihre Hoffnungen auf uns setzt.“ Die nachfolgende Grundsatzklärung des Präsidenten Mbumba stellt die zairische Aufstandsbewegung als eine heterogene Kraft unterschiedlicher sozialer und politischer Strömungen vor, die das Ziel eint, das korrupte und abgewirtschaftete Mobutu-Regime durch eine von den Volksmassen getragene Regierung abzulösen.

Deklaration von Nathaniel Mbumba

Prinzipien der Nationalen Befreiungsfront des Kongo



(. . .) Jetzt sind es bald zwölf Jahre her, daß wir der Unterdrückungsmaschinerie, die das faschistische, neokoloniale und tribalistische Regime Mobutus darstellt, unterworfen sind. Die Kämpfer der Nationalen Befreiungsfront des Kongo (FLNC) haben die Waffen ergriffen, um die Ketten der Sklaverei zu zerbrechen, die uns das imperialistische System mit dem Ziel, uns gründlich auszubeuten, aufgezwungen hat. Seit dem 24. November 1965, dem Datum der Machtergreifung Mobutus, hat sich die politische, soziale und ökonomische Situation ständig verschlechtert (. . .). Es ist geradezu

paradox, daß unser Land das am stärksten verschuldete der Welt sein dürfte, während es doch potentiell eines der reichsten ist.

(. . .) Das kongolesische Volk kann nicht hinnehmen, daß sein Land ein Land der Bettler, der Armut, Korruption und Verschleuderung geworden ist.

Das kongolesische Volk kann nicht länger zugestehen, daß die kapitalistischen Mächte, die heute Mobutu zu Hilfe eilen, unsere Volkserhebung abgewartet haben, um zu versuchen, Lösungen für eine scheinbare Versöhnung zu finden.



Nein zu Mobutu und der neokolonialen Ausbeutung

Das kongolesische Volk muß wissen, daß die Kapitalisten an unserem Land lediglich unsere Bergbauprodukte interessieren. Die Lebensbedingungen der körperlich und geistig Arbeitenden, sowie der Bauern interessieren sie in keiner Weise. Deshalb zögern sie nicht, ihrem Lakai Bomben und Munition zu schicken. So wollen sie auch weiterhin dem kongolesischen Volk ein System ihrer Wahl aufzwingen, um sich die billige Ausbeutung unseres Mineralreichtums zu sichern.

Heute sagen die Kongolesen und Kongolesinnen Nein zu Mobutu. Der Kongo, unser Land, muß seine ökonomische und politische Unabhängigkeit, seine Würde, wiedergewinnen (...).

Ich wende mich hier besonders an die Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten, die gegen ihren Willen in den Kampf geschickt werden (...). Ihr sollt wissen, daß Mobutu Euch künftig nicht mehr braucht, und deshalb rufe ich Euch auf, Eure Waffen den Kämpfern der FLNC zu übergeben. Sie werden Euch brüderlich empfangen (...).

Im Laufe der Kampfhandlungen bei Mutshatsha haben wir mehrere Panzerfahrzeuge erbeutet, deren gesamte Besatzung im Innern des Fahrzeugs eingeschlossen war. Die Luke war absichtlich mit einem außen angebrachten Stahlschloß verriegelt worden, damit sie keine Möglichkeit hatten, sich lebend zu ergeben. Sie haben uns versichert, daß sie sich nahezu einmütig weigern, mit der zairischen Armee zu kämpfen. Darüber hinaus haben sich bereits mehr als drei Kompanien früherer Mobutu-Soldaten den Kämpfern der FLNC ergeben und sind gut behandelt worden.

(...) Die Nationale Befreiungsfront des Kongo ist entschlossen, für den Schutz aller Landeskinder zu kämpfen. Sie ruft alle wahren Kongolesen auf, sich würdig zu verhalten; sie haben keinen Grund zur Beunruhigung: Welche Hilfe die Imperialisten dem Regime Mobutu auch zukommen lassen, die Kämpfer der nationalen Befreiung bürgen für die Sicherheit des kongolesischen Volkes; alle diese Materialposten erlangen wir nämlich nahezu intakt wieder.

Die FLNC braucht für ihren Befreiungskampf keine Söldner: überall werden wir mit einer unbeschreiblichen Begeisterung empfangen. (...) Unser Ziel ist allen Kongolesen bekannt: Unser Land vollständig von einem despotischen und neokolonialen Regime zu befreien, um ein neues System zu errichten, in dem die Interessen des kongolesischen Volkes absolute Priorität haben werden.

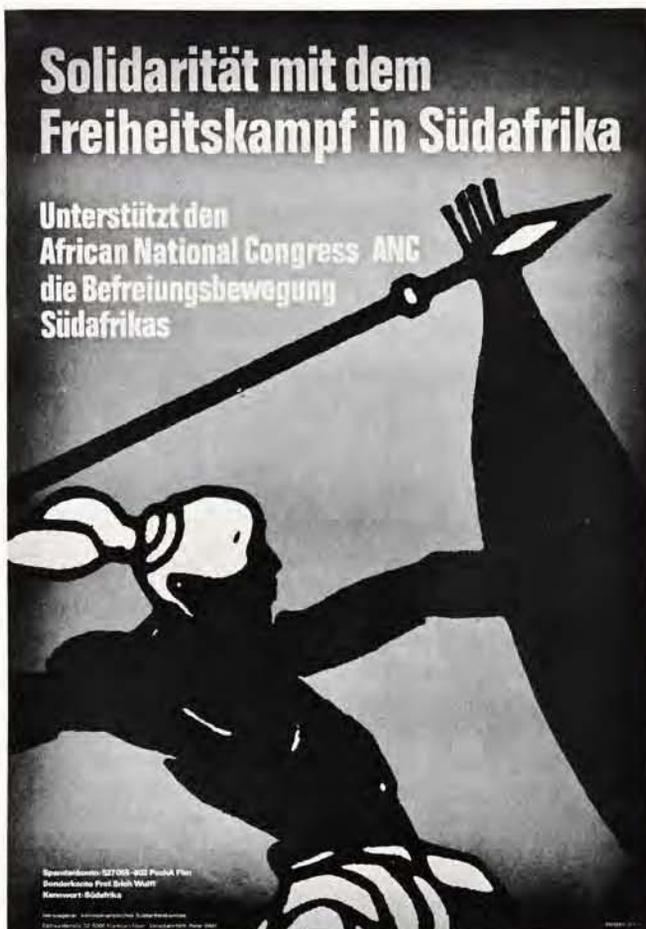
(...) Bezüglich der ausländischen Repräsentanten und

Staatsangehörigen, der ausländischen Gesellschaften und Missionen, die sich im Kongo niedergelassen haben, haben unsere Kämpfer im Verlauf der Erfüllung ihres Befreiungsauftrages bereits wiederholt ihre Integrität unter Beweis gestellt. Es wurden mehrere Ortschaften befreit, in denen sich religiöse Missionen und Gesellschaften und auch ausländische Bürger befinden. Niemand von ihnen hat irgendwelche Mißhandlungen zu erleiden gehabt: wir respektieren strikt die Prinzipien der Menschenrechtsdeklaration (...).

Die FLNC hat bereits ihrem Willen Ausdruck verliehen, mit den in unserem Land wohnenden Ausländern guten Willens für den tatsächlichen Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft zusammenzuarbeiten (...).

Der Kongo, unser Land, muß ein unabhängiges, sozialistisches, fortschrittliches Land sein. Der Sieg der Kinder des Landes, der kongolesischen Revolution, ist gewiß. Unser Kampf geht weiter! Siegen oder Sterben!

(Quelle: Afrique Asie, Paris, Nr. 133/17. 4. 1977)



Südafrika-Solidaritätsplakat des ASK (Eichwaldstr. 32, 6 Frankfurt/M.); DIN A 1; Preis 1,30 DM, bei Abnahme von 50 und mehr Exemplaren 1,10 DM.

Jakob Goldberg

Zehn Jahre Junikrieg - eine Bilanz des Nahostkonflikts

Zehn Jahre sind seit dem Junikrieg 1967 vergangen, der zur widerrechtlichen Besetzung ägyptischer, syrischer und jordanischer Territorien, zur Unterdrückung ihrer Bevölkerung, zur Zerstörung von Wohnstätten, zu Enteignungen von Boden und zu neuen brutalen Akten der Vertreibung führte. Im Junikrieg 1967 übernahmen die herrschenden Kreise Israels die Rolle des Erfüllungsgehilfen besonders der USA, ohne deren Unterstützung sie nicht in der Lage gewesen wären, die arabischen Länder zu überfallen.

Konfliktursache: imperialistisches „Teile und herrsche“ . . .

Wer an die Lösung des Nahost-Konflikts denkt, wird seine zwei Komponenten vor Augen haben müssen:

1. Die sofortige Beendigung der seit dem Junikrieg 1967 widerrechtlich besetzten arabischen Territorien durch Israel.
2. Die Herstellung der nationalen Rechte des palästinensisch-arabischen Volkes. Sie schließen die Bildung eines palästinensisch-arabischen Staates ein.

Beide Probleme wurden vom Imperialismus verursacht, der in seinem Interesse die bürgerlich-nationalistische, pro-imperialistische zionistische Bewegung stets gefördert hat, um sie gegen die arabische nationale Befreiungsbewegung einzusetzen. Dem Imperialismus geht es um die natürlichen Reichtümer des Nahen Ostens, um Erdöl und billige Arbeitskräfte, um einen Raum, „von dem aus man einen großen Teil der Weltbevölkerung und der natürlichen Hilfsquellen der Welt kontrollieren kann“¹.

Die zionistische Bewegung wiederum verfolgte ihre eigenen expansionistischen Ziele und begnügte sich nicht mit der UN-Resolution über die Teilung Palästinas vom 29. November 1947. Diese sah die Bildung von zwei demokratischen Staaten, einem jüdischen und einem arabischen Staat sowie deren Wirtschaftsunion vor. Jerusalem sollte einen internationalen Status erhalten. Die UN-Resolution trug der objektiven Situation im damaligen Palästina Rechnung, das sich zu einem binationalen Land entwickelt hatte. Sie sicherte beiden nationalen Gruppen das Selbstbestimmungsrecht, die Befreiung vom imperialistischen Vormund Großbritannien zu, der 30 Jahre lang in Palästina nach der Devise „teile und herrsche“ regiert hatte.

Nach der Proklamation des Staates Israel im Mai 1948 marschierten die Truppen des Feudalregimes Transjordanien, die von dem Engländer Glubb Pascha kommandiert wurden, in das von der UNO vorgesehene Territorium des arabischen Staates in Palästina ein.

Der offene Kriegsausbruch zwischen Israel und mehreren Staaten der Arabischen Liga wurde von der zionistischen Bourgeoisie dazu benutzt, die Araber Palästinas zu terrorisieren und 870 000 von ihren Wohnsitzen zu vertreiben. Israel annektierte das von der UNO den Arabern zugesprochene Westgaliläa sowie die Neustadt von Jerusalem. Da-



Abgeschossene Panzer im Oktoberkrieg 1973

mit entstand eines der gravierenden Probleme, das die Spannungen im Nahen Osten weiter verschärfte, besonders nachdem sich Israel weigerte, der UN-Entscheidung von 1948 nachzukommen und es den Vertriebenen zu gestatten, in die Heimat zurückzukehren bzw. jene Vertriebenen, die davon Abstand nähmen, für alle verlorenen und beschädigten Güter zu entschädigen.

. . . und der Expansionskurs der zionistischen Bourgeoisie

Das Feudalregime Transjordanien annektierte schließlich am 24. April 1950 im Einverständnis mit Großbritannien und den USA, entgegen den Beschlüssen der UNO, Gebiete westlich des Jordans. Diese widerrechtliche Maßnahme und der israelische Gewaltakt verhinderten die Gründung eines selbständigen arabischen Staates in Palästina. Der Kampf des palästinensisch-arabischen Volkes um sein Recht auf Selbstbestimmung ist deshalb ein gerechter Kampf und fand von Anbeginn die Unterstützung der antiimperialistischen Kräfte in aller Welt.

Die Kriege von 1956 und 1967 waren eindeutig imperialistische Aggressionskriege, vor allem darauf angelegt, nach der Revolution von 1952 in Ägypten, die sich als Beispiel für progressive Veränderungen auch in anderen arabischen Ländern erwies, den Uhrzeiger der Geschichte wieder zurückzudrehen. Dabei begannen die herrschenden zionistischen Kreise Israels, ihren Part zu spielen und zugleich ihre eigenen Ziele zu verfolgen. Nicht lange nach der Gründung des Staates Israel erklärte Ben Gurion: „Es muß jetzt gesagt werden, daß nur in einem Teil des Landes Israel errichtet wurde. Selbst jene, die der Wiederherstellung der historischen Grenzen – feststehend und klar umrissen seit dem Beginn unserer Zeit – skeptisch gegenüberstehen, werden die Anomalität der Grenzen des neuen Staates kaum leugnen.“²

Als Ägypten 1956 die Suezkanalgesellschaft nationalisierte, kam es zur Dreieraggression Englands, Frankreichs und Israels.

Der ehemalige britische Staatsminister Anthony Nutting, der

aus Protest gegen den Krieg zurücktrat, stellte später fest, daß die Aggressionsabsichten der Briten den französischen Imperialisten gelegen gekommen seien: „Den Franzosen ging es gar nicht so sehr um den Suezkanal, sondern in erster Linie um Algerien. Sie waren überzeugt, der algerische Widerstand werde zusammenbrechen, sobald Nasser vernichtet sei.“³ Über Israels Kriegsziele schreibt Nutting: „Wie General Dayan nur zu deutlich erklärt hat, war jetzt die Gelegenheit . . . mit den Arabern abzurechnen. Für Israel eröffneten sich verlockende Aussichten: die Vernichtung der ägyptischen Armee, die Besetzung Sinais . . .“⁴

Als 1966 die vom linken Flügel der Baath-Partei gebildete syrische Regierung gesellschaftliche Umgestaltungen einleitete und von der Iraq Petroleum Company wie von der amerikanischen Aramco höhere Tantiemen für deren Pipelines beanspruchte, versuchten zunächst Strohmänner der Gesellschaften die Regierung zu stürzen. Nach einer Unterbrechung der Beförderung des Öls durch Syrien kam es zu einem neuen Vertrag, in dem die Forderung nach einer erhöhten Transitgebühr von knapp 50 % akzeptiert wurde. Die rückwirkenden Forderungen der syrischen Regierung für die vergangenen zehn Jahre wurden jedoch nicht anerkannt. Über sie sollte weiter verhandelt werden.

Am 13. Mai 1967 drohte der israelische Generalstabschef Rabin: „Solange die hitzigen Revolutionäre in Damaskus nicht gestürzt sind, kann sich keine Regierung im Nahen Osten in Sicherheit fühlen.“⁵ Fünf Tage vor Ausbruch des Krieges schrieb die New York Times: „Der Nahe Osten stellt die Drehscheibe der Welt zwischen Europa und Asien dar . . . Die Vereinigten Staaten haben dort seit dem Ende des 2. Weltkrieges den Platz Frankreichs und Großbritanniens eingenommen und das Gebiet ist jetzt für sie von einer entsprechenden strategischen Bedeutung . . . Schließlich lagern dort 60 % der Erdölreserven der Welt.“⁶

US-Militärhilfe an Israel von „höchster Qualität“

Nach dem Junikrieg eröffnete General Chaim Herzog, der erste Militärgouverneur im okkupierten Westjordanien, in seinem in Israel verlegten halbamtlichen Album „Der Sieg“ der Weltöffentlichkeit: „Die Ölreichtümer des Persischen Golfes und von Saudi Arabien waren in Gefahr . . . Mit dem Sieg der israelischen Armee war die politische Karte auf einmal geändert. Wenn Israel den 1967er Krieg nicht eröffnet hätte, wären der gesamte Mittlere Osten, West- und Südasien und ein großer Teil des amerikanischen Kontinents unter sowjetischen Einfluß geraten. Das Spiel ging nicht nur um Israel, es ging um einen großen Teil der Welt . . .“⁷

David Nes, vor und während des Junikrieges Geschäftsträger der USA in Kairo, bestätigte am 9. Februar 1971 in der Londoner Times: „Während der Monate vor den Feindseligkeiten im Juni“ sei „alles, was Washington an militärischen

Geheiminformationen von den amerikanischen Botschaften, von der CIA und von den militärischen Geheimdienststäben im Mittleren Osten anforderte, in weitem Umfange an den Bedürfnissen Israels orientiert“ gewesen. „Die Effektivität der israelischen Luftangriffe hatte ihren Grund zumindest teilweise in den Informationen, die amerikanische Quellen Israel im Hinblick auf die Lage der ägyptischen Militärflugzeuge geliefert hatten.“ Zuvor hätten die USA Israel „Flugzeuge, Raketen und elektronische Systeme von qualitativ höherem Entwicklungsstand und größerer Schlagkraft zur Verfügung gestellt“, als es „bei den an die NATO- und SEATO-Verbündeten gelieferten Waffen der Fall“ sei.

Durchsichtige Kriegsziele 1956 und 1967

Unterstützt von den USA und anderen imperialistischen Ländern wie der Bundesrepublik, ignorierten die herrschenden Kreise Israels die UN-Entschlüsse zur Befriedung des Nahen Ostens, so die des Sicherheitsrats (Nr. 242) vom 22. November 1967. Sie verlangte den Rückzug der israelischen Streitkräfte aus den während des letzten Krieges besetzten Gebieten, den Verzicht auf jedes Kriegsziel, die Respektierung und Anerkennung der Souveränität, der territorialen Integrität und der politischen Unabhängigkeit aller Staaten und ihres Rechts, in Frieden innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen, frei von Drohungen oder von Gewaltakten zu leben. Zugleich unterstrich der Sicherheitsrat die Notwendigkeit, die Freiheit der Schifffahrt in den internationalen Gewässern zu gewährleisten, das Flüchtlingsproblem gerecht zu lösen, die territoriale Unverletzlichkeit und politische Unabhängigkeit jedes Staates durch geeignete Maßnahmen einschließlich der Einrichtung von entmilitarisierten Zonen zu gewährleisten.⁸

Die Vollversammlung der UNO forderte am 13. 12. 1971 erneut die Verwirklichung der Resolution des UN-Sicherheitsrats. Sie bekräftigte, daß die gewaltsame Aneignung von fremden Territorien nicht gestattet werden darf und erneuerte die Prinzipien, auf denen ein gerechter und dauerhafter Frieden zwischen Israel und den arabischen Ländern beruhen muß. In der Resolution wurde mit Genugtuung die positive Antwort Ägyptens auf die Friedensinitiative des UN-Beauftragten Gunnar Jarring zur Kenntnis genommen und Israel aufgefordert, sie ebenfalls positiv zu beantworten. Im Antwortschreiben Israels an Jarring hieß es dann: „Israel wird nicht zu den Grenzen vor dem 5. Juni (1967) zurückgehen.“ Diese Haltung konnten seine herrschenden zionistischen Kreise nur einnehmen, weil sie dazu ermutigt wurden. Die imperialistischen Interessengruppen, vornehmlich der USA, wollen sich mit dem nationalen Befreiungskampf der arabischen Völker und den daraus resultierenden Veränderungen in nächstlichem Raum nicht abfinden. Deshalb mißachteten sie die Entschlüsse der UNO für eine Lösung des Kon-



6. US-Flotte im Mittelmeer: Rückendeckung für Israels Expansionskurs

flikts.

Diese Haltung führte zum Oktoberkrieg 1973, der von den betroffenen arabischen Ländern mit dem begrenzten Ziel geführt wurde, ihre widerrechtlich besetzten Territorien wiederzuerlangen.

Der Oktoberkrieg 1973

Der Krieg zerstörte den Mythos von der Unbesiegbarkeit der israelischen Armee. Erstmals wurde das Öl als Waffe im Kampf gegen die den Aggressor unterstützenden imperialistischen Staaten erfolgreich eingesetzt. Die EG-Staaten sahen sich genötigt, die Notwendigkeit für Israel anzuerkennen, „die territoriale Besetzung zu beenden“ und die „legitimen Rechte der Palästinenser“ zu berücksichtigen. So schuf der Oktoberkrieg günstigere Voraussetzungen für eine umfassende Lösung des Konflikts. Besonders die Sowjetunion machte nach dem Oktoberkrieg ihren Einfluß geltend, um eine grundlegende gerechte politische Lösung durchzusetzen. Im Ergebnis ihrer Bemühungen nahm die unterbrochene Genfer Konferenz ihre Arbeit auf.

Die allseitige Unterstützung der arabischen nationalen Befreiungsbewegung einschließlich des Kampfes der Palästinensischen Befreiungsorganisation durch die antiimperialistischen Kräfte, die sozialistischen Staaten, besonders die Sowjetunion – die in allen Phasen des Konfliktes gegen die imperialistische Aggressionspolitik und für die nationalen Rechte des palästinensisch-arabischen Volkes eintrat – bewirkte ein weltweites Umdenken zugunsten einer umfassenden politischen Lösung des Konflikts.

Das zeigte sich am 14. Oktober 1974, als 99 Staaten in der UN-Vollversammlung einer Resolution zustimmten, in der bekräftigt wurde, daß „alle von Israel unternommenen Maßnahmen zur Ausbeutung der menschlichen, natürlichen und anderen Ressourcen in den okkupierten arabischen Territorien illegal“ sind. Die Versammlung forderte den Aggressor auf, diese Maßnahmen sofort rückgängig zu machen. Das Weltforum stellte darüber hinaus fest, daß die von Israel betriebene Politik des Terrors und der Annexion der okkupierten arabischen Gebiete „nicht nur eine direkte Verletzung der Grundsätze und Ziele der UN-Charta, sondern auch ein Hindernis für die Herstellung eines gerechten und dauerhaften Friedens darstellt“.

Die Vollversammlung forderte Israel auf, diese Politik unverzüglich einzustellen. Gegen diese Resolution stimmten zusammen mit Israel auch die USA, während der Vertreter der Bundesrepublik sich der Stimme enthielt.

Y. Arafats Auftritt vor der UNO

Die veränderte Situation wurde besonders deutlich, als am 14. Oktober 1974 105 Staaten eine Einladung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) zur UN-Vollversammlung befürworteten.

Spätestens auf ihrer 29. Tagung im November 1974, auf der Yasser Arafat in seiner Rede Israel aufforderte, gemeinsam mit den Palästinensern einen einheitlichen, demokratischen und fortschrittlichen Staat zu schaffen, „in dem Christen, Juden und Mohammedaner in Gleichheit, Gerechtigkeit und Brüderlichkeit leben könnten“, wurde vor aller Welt die zionistische These von der angeblichen „Unversöhnlichkeit“ des palästinensischen Widerstandes und seinem angeblich ausschließlich „terroristischen“ Charakter entlarvt. Arafat: „Als Vorsitzender der PLO und als Führer der palästinensischen Revolution erkläre ich hier, daß wir keinen einzigen Tropfen jüdischen oder arabischen Blutes vergießen wollen und daß wir uns auch nicht eine Minute lang über die Fortdauer des Krieges freuen werden, wenn ein gerechter Friede



herrscht, der auf den nationalen Rechten, Bestrebungen und Hoffnungen unseres Volkes aufbaut.“⁹

Zum Abschluß der Palästina-Debatte nahm die UNO-Vollversammlung am 22. November 1974 die Resolution Nr. 3236 an. Sie bestätigt „die unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes, darunter a) das Recht auf Selbstbestimmung ohne äußere Einmischung, b) das Recht auf nationale Unabhängigkeit und Souveränität; 2) bestätigt abermals auch das unveräußerliche Recht der Palästinenser auf Rückkehr in ihre Heimat und auf ihr Eigentum, . . . 4) anerkennt, daß das palästinensische Volk ein Hauptpartner bei der Herstellung eines gerechten und dauerhaften Friedens im Nahen Osten ist . . .“¹⁰

Weiterentwicklung der PLO-Position seit 1974

Mit dem gleichzeitig angenommenen Beschluß Nr. 3237 der UN-Vollversammlung, der PLO den Status eines Beobachters bei den Vereinten Nationen zu geben und ihr die Teilnahme an internationalen Konferenzen unter der Schirmherrschaft der UNO zu ermöglichen, wurde die Anerkennung der PLO als legitime Vertreterin des arabischen Volkes von Palästina generell bestätigt.

Die Palästina-Frage war viele Jahre in erster Linie unter dem Gesichtspunkt der palästinensischen Flüchtlinge behandelt worden. Mit ihren Resolutionen machte die Vollversammlung deutlich, daß die Regelung des Nahost-Konflikts ohne Beachtung des Selbstbestimmungsrechts des arabischen Volkes von Palästina unmöglich ist.

Das Politische Etappenprogramm der PLO¹¹, das bereits im Juni 1974 von der 12. Tagung des Palästinensischen Nationalrats angenommen worden war, wies den Weg zu einer dauerhaften Lösung des Nahost-Problems. Die Feststellung in Punkt 2 des Etappenprogramms, daß die PLO dafür kämpfe, in jedem Teil des von der israelischen Okkupation befreiten Palästinas eine nationale palästinensische Macht zu errichten, läßt der PLO einen breiten Spielraum für die künftige Gestaltung ihres Verhältnisses zu Israel. Auch die Möglichkeit von Beziehungen der friedlichen Koexistenz zwischen Israel und einem arabischen Palästina-Staat für einen langen Zeitraum wurde nicht ausgeschlossen. So erklärte Arafat am 11. November 1974 in einem Interview gegenüber dem amerikanischen Nachrichtenmagazin Time, daß ein geeintes demokratisches Palästina erst Wirklichkeit werden könne, „wenn eine neue Generation von Israel aufwächst und die Fehler der älteren Generation greift“.

Die PLO nimmt selbstverständlich das Recht für sich in Anspruch, den Kampf für das Selbstbestimmungsrecht des palästinensisch-arabischen Volkes mit allen Mitteln, unter ihnen auch mit dem bewaffneten Kampf, zu führen. Akte individuellen Terrors lehnt sie jedoch ab. Sie hat sich wiederholt von ihnen distanziert. Die Grüppchen, die sie begehnen, stehen außerhalb der Befreiungsorganisation.

Kissingers „kleine Schritte“: vom Sinai-Abkommen zum Libanonkonflikt

Die günstiger gewordene Situation für eine Lösung des Gesamtkonflikts wurde nach dem Oktoberkrieg 1973 durch den Alleingang Ägyptens, der einer Kapitulation vor dem Aggressor gleichkommt, nicht genutzt. Um von der Verwirklichung der UN-Beschlüsse abzulenken, nahm der damalige amerikanische Außenminister Kissinger unter Umgehung der Genfer Konferenz seine Pendeldiplomatie auf. Sie verfolgte von Anbeginn das Ziel, durch Separatabkommen, denen die Konferenz der arabischen Staatsoberhäupter 1974 in Rabat eine Absage erteilt hatte, ein einheitliches Vorgehen der arabischen Länder zu verhindern und die Lösung des Nahost-Konflikts einzufrieren.

Dem leistete das Sinai-Abkommen zwischen Israel und Ägypten vom September 1975 Vorschub. Sowohl die fortschrittlichen Kräfte in der arabischen Welt als auch die progressiven Kräfte in Israel haben es heftig kritisiert, weil es die Gesamtlösung des Konflikts nicht berücksichtigt. Ägypten erhielt lediglich einen unbedeutenden Teil seines Gebietes zurück. Die Frage der Befreiung der unter israelischer Okkupation verbleibenden Gebiete – fast 90 % des Sinai und der von Israel besetzten Gebiete anderer arabischer Staaten – stand nicht zur Diskussion. Auch den Anstrengungen, die auf die Gewährleistung der legitimen und unabdingbaren Rechte des arabischen Volkes Palästinas gerichtet sind, wurde ein Schlag versetzt. Die Stationierung von amerikanischem Militärpersonal in der Entflechtungszone erinnert an Vietnam, wo die Eskalation des Krieges mit der Entsendung amerikanischer „Kontrolleure“ begann. Während der Verhandlungen über das Teilabkommen intensivierte Israel zudem seine Aggressionsakte gegen den Libanon und speziell gegen die Lager der Palästinenser.

Die ägyptische Haltung ist die Konsequenz der von den herrschenden Kreisen seit dem 15. Mai 1971 verfolgten Politik, als der Nasserschen Linken ein Schlag versetzt wurde. Der weitere Verlauf der Entwicklung führte dazu, daß der unter Nasser beschrittene nichtkapitalistische Weg unterbrochen wurde. Immer stärker wurde zugleich der Trend, die im Rahmen des gemeinsamen Kampfes der arabischen Völker gegen Zionismus und Imperialismus übernommenen Verpflichtungen nicht zu erfüllen.¹²

Kaum Unterschiede bei Carter

Der tragische Konflikt im Libanon, der die Jahre 1975 und 1976 überschattete, war der Versuch der herrschenden reaktionären Parteien des Landes, mit massiver Unterstützung der USA und Israels unter dem Mantel eines Religionskrieges die PLO und die ihr verbundenen Parteien der fortschrittlichen Nationalen Front des Landes zu schwächen, einmal, um von der Lösung des Nahost-Konflikts abzulenken, und zum anderen, um überfällige demokratische Veränderungen im Libanon zu hintertreiben. Auch aus dem Eingreifen Syriens in den Konflikt profitierten objektiv die USA und Israel, das nach wie vor syrisches Territorium besetzt hält und keine Anstalten macht, es zu verlassen.

Am 26. Januar 1976 bekräftigte der UN-Sicherheitsrat in einer nur durch das Veto der USA blockierten Entschließung:

„a) daß das palästinensische Volk in die Lage versetzt werden sollte, sein unveräußerliches, nationales Recht auf Selbstbestimmung auszuüben, einschließlich des Rechtes, einen unabhängigen Staat in Palästina in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen zu errichten;

b) das Recht der Palästina-Flüchtlinge, soweit sie dies wünschen, zu ihren Wohnstätten zurückzukehren und in Frieden mit ihren Nachbarn zu leben, sowie das Recht derjenigen, die nicht zurückkehren wollen, Entschädigung für ihr Eigentum zu erhalten;

c) daß Israel aus allen seit Juni 1967 besetzten arabischen Gebieten abziehen soll; . . .“¹³

In einem Interview der Newsweek mit dem israelischen Kriegsminister Shimon Peres vom 17. 1. 1977 wird die Haltung der Rechtskräfte Israels erneut unterstrichen. Peres erklärte: „Ich bin fest davon überzeugt, daß wir mit König Hussein verhandeln sollten und das Westufer weder annektieren sollten noch auf ihm einen palästinensischen Staat zulassen sollten . . . Mein Vorschlag wäre entweder eine Föderation Israels mit dem Westufer oder eine Konföderation Jordaniens, des Westufers und Israels.“

Die Regierung Carter hat im April d. J. den sogenannten Brzezinski-Plan vorgelegt. Danach sind die Vereinigten Staaten „am ungehinderten Ölfluß aus dem Nahen Osten für sich selbst, für ihre europäischen und den japanischen Alliierten interessiert.“ Sie haben des weiteren „ein wachsendes Interesse am Handel mit, an Investitionen in und an Verbindungen im gesamten arabischen Raum.“ Deshalb wird im Plan eine langfristige, über Jahre dauernde, Lösung vorgeschlagen, ein etappenweiser Rückzug Israels „aus besetzten arabischen Gebieten“. Wohl gemerkt, nicht aus allen. Von einem unabhängigen Palästina ist nicht die Rede. Die PLO wird als rechtmäßige Vertreterin des palästinensisch-arabischen Volkes in Frage gestellt: „Viele Jordanier glaubten, Jordanien hätte ein größeres Recht, sie zu vertreten.“¹⁴ Damit ist bereits gesagt, welche Lösung seitens der USA angestrebt wird, die sich allerdings der weltweiten Diskussion über die Einberufung der Genfer Nahost-Friedenskonferenz nicht länger entziehen können und sie deshalb befürworten.

Der Verbalismus Bonns

Die Sowjetunion und die anderen Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft sind dagegen stets von den unveränderten Voraussetzungen ausgegangen, daß die Aggression entschlossen unterbunden werden muß, daß den Ländern, die einer Aggression ausgesetzt waren, die ihnen rechtmäßig gehörenden Gebiete wiedergegeben werden müssen und daß jeder Staat das Recht auf eine freie und unabhängige Entwicklung hat. Das ist eigentlich nicht nur eine Frage des Nahen Ostens. Das ist eine prinzipielle internationale Frage. Gerade deshalb ist die Sowjetunion weiterhin der Auffassung, daß ein dauerhafter und gerechter Frieden im Nahen Osten auf der Grundlage erstens des vollständigen Abzugs der Truppen Israels von allen 1967 besetzten arabischen Gebieten, zweitens der Erfüllung der legitimen nationalen Rechte des arabischen Volkes von Palästina einschließlich seines Rechts auf die Gründung eines eigenen Staates und drittens der Gewährleistung einer selbständigen und unabhängigen Existenz und Entwicklung aller Staaten und Völker des Nahen Ostens erreicht werden kann und muß.

Auch die Sowjetunion spricht in ihren jüngsten Vorschlägen von einem etappenweisen Rückzug der israelischen Truppen, allerdings innerhalb von einigen Monaten und unter der Voraussetzung einer von allen Beteiligten im Rahmen der Genfer Nahost-Konferenz vereinbarten Gesamtlösung des Konflikts. Gleichermaßen unterstützt sie die Forderungen der Palästinensischen Befreiungsorganisation, „die PLO als Vertreterin des palästinensischen Volkes an allen Bemühungen,

Erörterungen und Konferenzen zur Nahost-Frage unter der UN-Ägide auf gleichberechtigter Grundlage mit allen anderen teilnehmen zu lassen.“ So wurde es auf der 30. Tagung der UN-Vollversammlung beschlossen. Der Standpunkt Israels und der USA laufen der Meinung der gesamten Weltgemeinschaft zuwider.

Auch die fortschrittlichen Kräfte in Israel, ihnen voran die Kommunistische Partei des Landes, unterstützen eine umfassende Lösung des Konflikts und befürworten eine Zusammenarbeit mit den Anhängern der PLO in den okkupierten Gebieten wie umgekehrt die PLO auf ihrer jüngsten, der 13. Tagung des Nationalrats eine Zusammenarbeit mit den fortschrittlichen und demokratischen Kräften unter der jüdischen Bevölkerung des Staates Israel befürwortete (siehe Politisches Kommuniqué der PLO in diesem Heft). Diese Zusammenarbeit liegt im Interesse einer friedlichen Regelung des Konflikts.

Wie ihre Vorgängerinnen, die Israel politisch und finanziell unterstützten und mit Waffen für seine Kriege gegen die arabische Befreiungsbewegung ausgerüstet haben, nimmt auch die jetzige Bundesregierung eine einseitige Haltung im Nahost-Konflikt ein. Obwohl die unterbrochenen diplomatischen Beziehungen zu den arabischen Ländern wiederaufgenommen wurden, begünstigt die Bundesregierung nach wie vor den Aggressor, die Unterdrückung der Menschenrechte in den von ihm widerrechtlich besetzten arabischen Gebieten. Verbal hat sie sich für den Rückzug der israelischen Truppen ausgesprochen, erklärt sie, daß auch das palästinensische Volk ein Recht auf Selbstbestimmung habe. Sie fand sich jedoch wie Israel und die USA bisher nicht bereit, die PLO

als die einzig legitime Vertreterin des palästinensisch-arabischen Volkes anzuerkennen.

So leistet sie der Aufrechterhaltung der explosiven Situation in diesem Raum Vorschub. Es ist an der Zeit, daß die Bundesregierung ihre Haltung revidiert und ihre engen Beziehungen zu Israel in den Dienst des Friedens stellt. Als Mitglied der UNO hat sie die Verpflichtung, den Beschlüssen der Weltorganisation Geltung zu verschaffen. Das macht es besonders erforderlich, die PLO anzuerkennen. Dies sollten die Friedenskräfte unseres Landes nachdrücklich von ihr verlangen.

Anmerkungen:

- 1) US-Präsident Nixon in einem Fernseh-Interview am 1. Juli 1970
- 2) Jahrbuch der Israelischen Regierung 1951-1952, S. 64
- 3) A. Nutting, Die Suezverschwörung 1956, Wien 1967, S. 122
- 4) Ebenda, S. 146
- 5) Ba'mahaneh. Israelische Armeezeitung, 13. 5. 1967
- 6) New York Times, 31. 5. 1967
- 7) Informationsbulletin der KP Israels, Tel Aviv, Nr. 3-4/1969, S. 14
- 8) Vgl. Resolution des UN-Sicherheitsrates 242 vom 22. November 1967, in: J. Goldberg, Der Nahost-Konflikt, Frankfurt/M. 1972, S. 107/108
- 9) Rede Yasser Arafats vor der UNO am 13. November 1974, in: Palästina Dokumentation Nr. 1, hrsg. von der Liga der Arabischen Staaten, Bonn und AIB, Nr. 1/1975
- 10) zit. nach: Blätter für deutsche und internationale Politik, Köln, Nr. 12/1974, S. 1310
- 11) Wortlaut in: AIB, Nr. 7-8/1974
- 12) Vgl. Beiträge in: AIB, Nr. 11-12/1975, Nr. 3/1976 und Nr. 3/1977
- 13) zit. nach: Vereinte Nationen, Bonn, Nr. 1/1976, S. 33
- 14) Events. The Magazine on the Middle East, Beirut, Nr. 14/8. 4. 1977

Palästina

Alfons I. Bresche

Der Tag des Bodens

Unsere Mutter – die Erde

Die Worte und das Echo sind vergangen
Die Redner und Dichter gehen.
Doch dein Herz schlägt weiter,
In deinem großen Herzen bleiben
unsere gefallenen Brüder
und der Schwur des geflossenen Blutes
hält uns weiter zusammen.
Oh unsere Mutter Erde freue dich.
Deine Söhne verteidigen immer noch deine Ehre.
Aus unseren Adern löschen wir deinen Durst
und mit unseren Leibern bekleiden wir dich.
Unser Blut und unsere Tränen sind der Erde Mitgift.
Dumme Arroganz protzt.
Während wir dem Frieden eine reine Hand reichen,
sticht uns ein giftiger Speer
und die Märschen der Diebe entlarven sich
als Lügen: brutal, blutig und gewaltsam.
Oh Gott, wenn es stimmt,
daß dies Land ihr Erbe ist,
befreie ich mich von dir.
Schau doch in mein Gesicht!
Schau!
Siehst du nicht ein Feld darin?

Sieh:
Ich bin ein grüner Olivenbaum.
Ich bin eine Heimat.
Mein Rumpf ist die Ibnu Arner Ebene,
der Negev und das AI – Aghwar.
Ich bin die Sehnsucht der Flüchtlinge
und eine Revolution, die die Welt füllt
– eine rote Fahne.
Ich bin ein standhaftes Volk
im Gefängnis der Sünde.
Blut ist geflossen
und die Gefangenen haben gemeutert.
Laß einen Panzer niederwalzen
und laß die Klapperschlange schleichen
– uns schützt ein Staudamm.
Im Kampf sind unsere Hände waffenlos.
Doch stärker als die mächtige Armee ist ein Wille
und die dunkelhäutige Front entstanden.
Von Galiläi bis zum Dreieck ist ein Schrei.
Von Ozean bis zum Golf ist ein Aufruf.
Arabisch war unser Boden
und arabisch wird er bleiben!

Samil el Kassim schrieb dieses Gedicht unter den Olivenbäumen von Arabe. Dieses Gedicht las er 17 000 Menschen vor, die am Tag des Bodens, am 30. 3. 1977 zu einer Großkundgebung nach Arabe kamen. Dieses Gedicht ist zu Ehren und zum Gedenken der Opfer des 30. 3. 1976 geschrieben.

Die Opfer heißen Mohammed, Ali, Naila, Mustafa und Suleiman. Sie sind Araber. Ihre Peiniger und Mörder heißen Abraham, Rachel, Isak und Moses. Sie sind Israelis -- jüdische Israelis. Ihr Denken und Handeln ist rassistisch.

Am Tag des Bodens, am 30. 3. 1976 erschossen sie Chadija Shawachneh. Der Schuß kam von hinten und traf sie in den Rücken. Sie erschossen Raffat Au Soheiri in Ateibe. Sie erschossen den 15jährigen Mohsen Hassan Said Taha aus

Kafr Kanna.

Raya Hussein Abu Raya starb an den Folgen einer Schußverletzung, weil ein Spital sich weigerte ihn zu behandeln. Während er zum Krankenhaus transportiert wurde ein Soldat zu Said Mohammed Abu Raya: „Macht nichts, wenn er stirbt“. „Das machen wir extra damit Ihr was lernt.“ Und bei Folterungen immer wieder: „Du schmutziger kommunistischer Hund“, zu Radi Salim Horani aus Deir Hanna. „Man sollte euch schon als Kinder töten, so daß wir jetzt nicht unsere Hände mit Blut beflecken müssen. Ihr Terroristen, Kommunisten“, zu Abdel Kader Daher aus Ateibe.

Die „Ausschreitungen“ am Tag des Bodens 1976

Die Spuren der Folterungen sind heute, ein Jahr später noch sichtbar. Die Wunden der Schußverletzungen wie bei Subhei Ebrahim Badarne aus Sachnin offen und nicht verheilt.

„Die Israelis benutzten Giftpatronen. Da genügt nur ein Streifschuß“, so Jussuf Darrash aus Deir Hanna. Sein Freund Naif Hadjo, 29 Jahre, hat ein 3 cm kürzeres Bein und kann sein Knie nicht mehr richtig bewegen. Er ist arbeitslos. „Niemand gibt mir einen neuen Arbeitsplatz. Die Regierung lehnt jeue Unterstützung ab. Sogar die Krankenkasse, der wir monatlich 250 Lira zahlen, verweigert jede Hilfe. Sie sagt: ‚Wir sind für nichts verantwortlich‘. 30 % Arbeitsverminderung trat durch die Verletzung ein. Das hat nicht nur meine Arbeit beeinflußt sondern auch meine gesellschaftliche Aktivi-

tät. Seit meinem 13. Lebensjahr bin ich begeisterter Fußballspieler. 15 Jahre habe ich Fußball gespielt, zwei- bis dreimal wöchentlich. Jetzt ist mir das total verwehrt. Das fällt mir sehr schwer. Ich kann nur noch mit den Augen daran teilnehmen.“

Ähnliche Opfer gibt es weit mehr als Hundert.

Für die „Ausschreitungen“ am Tag des Bodens 1976 macht die israelische Regierung einen von Kommunisten angestifteten und gesteuerten Streik, bestenfalls „Fehlentscheidungen einiger Beamter“ verantwortlich. Doch die Wirklichkeit sieht ganz anders aus.

Die nationale Diskriminierung der Araber . . .

Am 13. 2. 1976 verordnete die Regierung: Es ist absolut verboten, den Bezirk 9 zu betreten. Jeder der das Land betritt macht sich strafbar. Der gesamte Bezirk 9 wird zum militärischen Gebiet erklärt.

Diese Politik, die einer völligen Enteignung der arabischen Bauern gleichkommt, hat Tradition. 1948 beschlagnahmte die Regierung Ländereien, die die britische Mandatsmacht als Gemeindegelände deklariert hatte, und machte es zum militärischen Übungsgelände. Explosivstoffe und Minen forderten „nicht weniger als 100 Opfer. Der letzte war mein Sohn Machmud. 1975 starb er als 12jähriger Junge“, berichtet Machmud Naamne, Bürgermeister von Arabe.

Einen Teil der beschlagnahmten Ländereien verpachtet die israelische Regierung heute an die ehemaligen arabischen Besitzer. Dafür kassiert sie vom Einkommen jährlich 2 bis 4 % Pachtzinsen, die sie alle sieben Jahre um 35 % erhöhen kann. Als Antwort auf die Verordnung vom 13. 2. 1976, die sich zunehmend verschlechternde soziale Lage und nationale Diskriminierung beschlossen tausende Araber auf einer Konferenz in Sachnin die umfassende Arbeitsniederlegung und friedliche Demonstrationen. Ihre Forderungen lauteten:

1. Sofortige Zurücknahme der Bodenbeschlagnahmungen,
2. Beendigung der nationalen Diskriminierung und ihre Ersetzung durch eine Politik der Gleichberechtigung.

„Der totale Streik am Tag des Bodens war ein Ergebnis der israelischen Politik, der nationalen Diskriminierung, die nunmehr seit 28 Jahren andauert und deren brisantester Ausdruck die Beschlagnahmung arabischen Bodens ist. Seit seiner Gründung hat der Staat Millionen von Dunumen (1 Dunum = 0,1 ha) arabischen Bodens beschlagnahmt, so daß

die arabischen Städte und Dörfer ihren natürlichen Zuwachs nicht mehr sichern können. Es gibt keinen Boden für den Wohnungsbau, der angesichts der Bevölkerungsexplosion dringendst notwendig wäre. Der Staat war darauf bedacht, den Arabern eine Lektion zu erteilen. Mit brutaler Gewalt wollte er sie einschüchtern und alle Möglichkeiten der Fortführung des Kampfes im Keim ersticken.

Daß er die Gründung einer von demokratischen und fortschrittlichen Arabern und Juden geforderten Untersuchungskommission zur Erforschung der Ereignisse am Tag des Bodens ablehnt, ist Beweis dafür, daß die Aktion geplant war. Der Königsplan (siehe Kasten) beweist ebenfalls, daß die „nationale Diskriminierung der Araber nicht den Fehlritten einiger Beamter geschuldet ist, sondern offizielle und allgemeine Politik des Staates Israel ist,“ so Taufik Sayad, Oberbürgermeister von Nazareth.

Wie im vergangenen Jahr versuchten Polizei und Armee die arabische Bevölkerung auch 1977 zu provozieren. So diente beispielsweise ein in Ateibe von Provokateuren verbrannter Bus als Vorwand für die Verhaftung von 7 Jungkommunisten. Eine Woche waren sie in den Händen der Polizei. Bekannt ist, daß die Geschlechtsteile der Jugendlichen mit Messern verletzt wurden.

. . . ist offizielle Politik des Staates Israel

In der Nähe von Ateibe, in Baka el Gharbiya, zerschlugen Soldaten am Tag des Bodens ein Café und verprügelten die Gäste.

Abd-el-Halim Ghanayim, 27 Jahre, verheiratet, 2 Kinder; Arni Ayorb, 42 Jahre, verheiratet, 10 Kinder; und Mohammed Jusuf Sawan, 31 Jahre, 6 Kinder, berichten:

„Wir saßen im Café und haben uns unterhalten. Plötzlich kam die Armee ins Café, mit Stöcken und Waffen. Grundlos und ohne Warnung überfielen sie uns mit Schlägen. Sie schlugen uns bis sie uns fertig gemacht hatten. Wir haben gesagt: ‚Bei Gott, hört auf!‘ Daraufhin haben sie unsere Religion beschimpft, die Religion Mohammeds und die Religion der Araber. Sie ließen erst von uns ab, als wir auf dem Boden lagen. Als sie rausgingen haben wir die Tür zugemacht, um uns in Sicherheit zu bringen. Sie kamen aber nochmal auf uns los, bis wir alle am Boden lagen. Sie waren ungefähr 30 und ließen uns alle verletzt zurück. Sie haben uns bestialisch behandelt, so wie die Schwarzen in Südafrika, Rhodesien und den USA behandelt werden“.



Protestmanifestation für die Opfer des 30. März in Nazareth; Bürgermeister Soyad

Der Plan König

In einem geheimen „Memorandum zur Behandlung der Araber in Israel“ hatte der für den israelischen Norddistrikt Galiläa verantwortliche Regierungsbeamte König (faktischer Gouverneur der nördlichen Region) 1976 ein detailliertes Programm zur „Judaisierung“ Galiläas, d. h. zur Niederhaltung der hier konzentrierten arabischen Minderheit entworfen. Dieser sogenannte König-Plan wurde an den Tel Aviver Innenminister und Ministerpräsidenten gerichtet und ist von offizieller Seite nach seiner Enthüllung keiner Verurteilung unterzogen worden.

Das Memorandum geht davon aus, daß die Gesamtbevölkerung Galiläas 1978 erstmals eine zahlenmäßige arabische Mehrheit erreichen und damit zu einer Gefährdung des israelischen Staates würde. König schlug daher verschiedene politische, wirtschaftliche und Bildungsmaßnahmen zur Reduzierung des arabischen Bevölkerungsanteils sowie die Absage an eine „liberale Politik“ gegenüber der nationalen Minderheit vor (ca. 600 000 Araber leben in Israel bei einer Gesamtbevölkerung von rund 3,4 Mio). In Einschätzung der als „chauvinistisch“ diffamierten Massen- und Streikkämpfe des 30. März 1976 wertet das Geheimdokument diese Kämpfe um die nationalen und sozialen Rechte der Araber als großen Erfolg der KP Israels („RAKAH“) und der Anhänger der Palästinensischen Befreiungsorganisation. Als Gegenmaßnahmen schlug König u. a. die Gründung einer neuen, von israelischen Geheimagenten zu durchsetzenden politischen Organisation vor, die als Gegengewicht zur „RAKAH“ und zur Spaltung der progressiven Kräfte gehandhabt werden könnte. U. a. heißt es im König-Plan:

(. . .) Es müssen einige hervorragende Erfolge dieses arabischen Chauvinismus, von der RAKAH angeführt, hervorgehoben werden, die als Ergebnis des Streiktages (dem „Tag des Bodens“ vom März 1976, d. Red.) gelten können, sowie die Unruhen, die ihn begleitet haben und die während dieses Tages zum Ausdruck kamen:

a) Zum ersten Male seit der Errichtung des Staates (Israel 1948, d. Red.) hatte sich eine Situation hergestellt, mit der sich die gesamte arabische Bevölkerung identifizieren konnte, bewußt und offen gegen die Regierung aufzutreten und die verbunden mit einer politisch-chauvinistischen Forderung.

Dabei wurde auch die gesinnungsmäßige Bereitschaft bezeugt, zu handeln um dies zu erreichen. Mehr als das, die Mehrheit der arabischen Bevölkerung hat dies gerechtfertigt und rechtfertigt sogar die Störenfriede und diejenigen, die die Sicherheitskräfte angriffen. Sie identifizieren sich offen mit ihnen und erklären dies sogar. (. . .)

d) Die offenen gewalttätigen Handlungen mit all den traurigen Ergebnissen, die sie über die arabische Bevölkerung gebracht haben, haben nichtdestoweniger jene mit einer Art von Stolz und zu einem Selbstbewußtsein geführt, das mit den Begriffen des aufrechten Ganges bezeichnet werden kann. Sie sind stolz, daß sie den Mut hatten, sich mit den Sicherheitskräften des Staates auseinanderzusetzen.

Man sollte nicht vergessen, daß solch ein Bewußtsein – obendrein in der Atmosphäre, in der sich ein solches entwickelt – viele Möglichkeiten für berufsmäßige Propagandisten schafft, deren Ziel es ist, zurückzukehren „zum aufrechten Gang des beleidigten Arabertums“ der israelischen Araber. (. . .)

Die zu erwartenden Folgen

A. Die Bedingungen und die Tatsachen, die durch den „Tag des Bodens“ geschaffen wurden und das was ihm folgte, erlauben es der RAKAH und den Chauvinisten weiterhin Unruhen in Israel zu schaffen, sowie Spannungen zwischen den einzelnen Volksgruppen herzustellen. Es ist sicher, daß sich diese Ereignisse wiederholen werden und daß dieselben Taktiken sowie die gleichen Parolen benutzt werden, um die Massen aufzupeitschen und sie zu veranlassen, auf die Straße zu gehen, wann auch immer die verantwortlichen Elemente dies entscheiden mögen.

B. Die Kampagne der Beunruhigung wird sich verschärfen bis hin zu Drohungen und der Anwendung von Gewalt gegen diejenigen Araber, die mit der Regierung zusammenarbeiten und zwar mit dem Ziel, sie zum Schweigen zu bringen sowie jegliche Opposition, die eine gemäßigte Meinung zum Ausdruck bringt.



C. Entsprechend den Stimmen, die im arabischen Bereich nach den letzten Zusammenstößen laut werden, werden die Massen wieder auf die Straße geholt werden, mit dem klaren Ziel: Zusammenstöße mit den Sicherheitskräften herbeizuführen und so viel wie möglich arabische Opfer heraufzubeschwören, um dann die Rachegefühle zu verstärken, die dann in der Bevölkerung gegen die Sicherheitskräfte empfunden werden und auch international ein Echo herbeizuführen über die Unruhen, die in Israel existieren und die Unterdrückung, die die arabische Bevölkerung durch das Besatzungssystem in Israel erleidet.

D. Solche Zusammenstöße werden noch des öfteren stattfinden und das Identitätsgefühl unter den Arabern Israels mit den Opfern verstärken. Und das bedeutet eine Infiltrierung derjenigen Kreise, die aus den verschiedensten Gründen noch zögern, sich an diesem Kampf zu beteiligen. Im allgemeinen werden solche Aktivitäten den Extremismus steigern und zu einem Zusammenbruch der gegenwärtigen Situation führen. Es ist zu betonen, daß es durchaus eine akzeptierte Meinung in jenen Kreisen ist, daß die gegenwärtige Situation den Interessen der israelischen Arabern widerspricht. Und daß nur in solchen Situationen, d. h. die Situation allgemeiner Unsicherheit im Staate, eine Möglichkeit für einen Wandel besteht, und daß langfristig oder sogar in einem Zeitraum, der bereits abschätzbar ist, die Desintegration Israels vom inneren Erfolg haben kann. Das bedeutet die Palästinisierung des Staates.

Man hat zuzugeben, daß mit Sicherheit die PLO oder manche ihrer Teilorganisationen diese Umstände analysieren werden und ihre extremistischen Aktivitäten steigern. Auch wenn es durch die Aktivitäten der RAKAH geschieht, werden die Aktivisten der PLO tatsächlich die Fäden ziehen und sich im Hintergrund halten. Die Hauptlast wird auf den Schultern der arabischen Chauvinisten unter der arabischen Bevölkerung lasten, insbesondere auf denen der Intelligenz, die nur danach drängt, ihren „Arabismus“ unter Beweis zu stellen und die bereit ist, gegen die israelische Herrschaft zu kämpfen.

E. Der Bruch, der durch die letzten Unruhen geschaffen wurde und die jüdische und arabische Bevölkerung weiter von einander trennt, wird zur gänze ausgenutzt werden und Versuche werden nicht auf sich warten lassen, diesen Bruch noch zu vertiefen und zu erweitern. Man muß also in Betracht ziehen, daß im Sinne der erreichten Ziele Provokationen aller Art geschaffen werden, eingeschlossen Streiks, Demonstrationen, gewalttätige Aktionen und sogar die Anwendung von Terror (mit den „feindseligen terroristischen Aktivitäten“). Meiner Meinung nach wird während der nächsten Massenkämpfe sogar die Anwendung von Waffen aufkommen und dies zum Zwecke einer weiteren Verstärkung des bereits bestehenden Bruches und dessen Deutlichmachung. (. . .)

(Quelle: Israel Information, Stuttgart, Nr. 2/Sondernummer „Das Geheime König-Dokument“, S. 16-19; der gesamte Text ist zu beziehen bei ESG-Ökumenereferat, Kniebisstr. 29, 7 Stuttgart 1)

Am selben Tag überfiel die israelische Armee mit Panzerwagen und Helikoptern eine Schule in Baka el Garbiya. Mohammed Abdula Ali Mowarse, 15 Jahre, Schüler, schwere Gehirnerschütterung, erzählt:

„Wir waren in der Schule. Nach der zweiten Stunde sind wir Falafe holen gegangen. Wir haben gesehen wie die Gasbomben reinkamen. Wir sind beinahe erstickt. Wir konnten nicht mehr atmen. Wir rannten aus der Schulklasse weg und dann haben sie uns geprügelt – die Soldaten der israelischen Armee. Sie kamen mit Flugzeugen und Panzerwagen. Das war am Mittwoch. Sie schlugen mich auf den Kopf, auf mein Auge, auf meinen Rücken, auf mein Bein. Sie haben mich mit dem Gewehrkolben auf den Kopf geschlagen, auf meinen Bauch. Als sie sahen, daß ich fertig war, packte mich einer an den Füßen und einer an den Händen und warfen mich an die Wand. Als ich wieder zu mir kam, lag ich im Krankenhaus.“

Die Mutter von Mohammed Abdula Ali Mowars:

„Ich war allein. Mein Mann und meine Söhne waren alle an der Arbeit. Meine kleinen Kinder waren in der Schule. Plötzlich sah ich, wie sich die Armee der Wohnung näherte und angriff – ungefähr 10 bis 15 Mann. Sie versuchten, die Tür mit den Füßen einzutreten. Zu dieser Zeit hat der kleine Nachbarjunge den Kopf aus der Tür gestreckt. Als sie ihn sahen und das mit unserer Tür nicht schafften sind sie zu unseren Nachbarn gegangen. Sie haben die Tür eingeschlagen. Die Arme war allein. Es war niemand bei ihr. Unseren Sohn haben sie halbtot auf dem Rücken nach Hause getragen. In ihm war kaum ein Atemzug.“

Adel Abdul Latif Mowarse erzählt:

„Ich bin 14 1/2 und gehe in die Mittelschule. Ich war zuhause und habe gelernt. Meine Brüder und Cousins spielten draußen. Dann hörte ich wie einer meiner Cousins schrie: ‚Die Armee, die Armee!‘ Ich wollte die Tür abschließen. Aber ein Soldat war schneller. Er hat die Tür eingedrückt und mich gegen den Schrank gepreßt. Er packte mich an den Haaren und riß mich hin und her und fing an mich zu boxen.

Nachdem er mich zur Polizeistation schleppte, schlug man mich überall hin, auf meinen Rücken, auf meinen Bauch.“

Sein gleichaltriger Freund:

„Sie haben mich von draußen zur Polizeistation mitgenommen. Dort schlugen sie mich auf den Bauch, auf die Füße, auf den Rücken. Ich wurde an den Haaren zur Polizeistation geschleppt. Ein Soldat empfing mich mit Schlägen auf die Füße, die ich aber gar nicht spürte. Fünfmal schlug er mich, immer auf die Füße. Einer hat mich geschlagen, da habe ich das Bewußtsein verloren.“ Trotz dieser und ähnlicher rassistischer Provokationen gelang es der israelischen Regierung nicht, die friedlich geplante Demonstration und Kundgebung in Arabe zu eskalieren. 17 000 israelische Bürger, vorwiegend Araber aber auch jüdische Demokraten forderten mit disziplinierten Demonstrationen und einer eindrucksvollen Manifestation in Arabe die Beendigung der Bodenbeschlagnahmen und der nationalen Diskriminierung.

Taufik Sayad, Oberbürgermeister von Nazareth:

„Der Tag des Bodens hat eine große Rolle für die Vereinigung aller ehrlichen und guten Kräfte in der arabischen Bevölkerung, die unter der Politik der nationalen Diskriminierung leiden, gespielt. Gleichzeitig hat er die Solidarität der fortschrittlichen und der demokratischen jüdischen Kräfte mit dem gerechten Kampf der arabischen Bevölkerung vereinigt und vertieft.

Zusätzlich hat er eine internationale Wirkung gehabt. Er hat die Dimension der kriminellen israelischen Politik gegenüber der arabischen Bevölkerung bloßgestellt. Er hat der Weltöffentlichkeit insbesondere der jüdischen die Frage gestellt: Wie soll die israelische Politik zu einem Frieden mit den arabischen Völkern führen, solange Israel es nicht schafft, mit einer halben Million Arabern israelischer Staatsangehörigkeit in Frieden zu leben?

Vielen demokratisch und rational gesinnten Israelis wurden die Augen geöffnet. Sie sehen, daß für den Frieden eine grundlegende Änderung der israelischen Politik erfolgen muß.“

Memorandum des Weltfriedensrates

Menschenrechtsverletzungen Israels

Der Weltfriedensrat sandte an die UN-Menschenrechtskommission folgendes Memorandum zur Frage der Verletzung von Menschenrechten in den Territorien, die im Ergebnis der Feindseligkeiten im Nahen Osten, besetzt worden sind:

1. Der Weltfriedensrat hat bis jetzt eingehend und mit großer Sorge die Verletzung der Menschenrechte in den von Israel seit Juni 1967 besetzten arabischen Gebieten verfolgt. Eine besondere internationale Untersuchungskommission aus Persönlichkeiten mit weltweitem Ruf und mit unterschiedlichen politischen und religiösen Überzeugungen wurde vom Weltfriedensrat 1974 gebildet, um diese Menschenrechtsverletzungen und ihre Auswirkungen auf das Leben der Einwohner der besetzten arabischen Gebiete eingehend zu untersuchen. Die Kommission hat bis jetzt zwei öffentliche Sitzungen abgehalten und bereitet sich zur Zeit darauf vor, eine dritte Sitzung in naher Zukunft einzuberufen. Während dieser zwei Sitzungen hat die Kommission zahlreiche Augenzeugen angehört, Opfer der israelischen Unterdrückung in den besetzten Gebieten und bekannte israelische Persönlichkeiten, die im Bereich der Menschenrechte tätig sind. Die Ergebnisse, die die Kommission erzielte, sind in zwei Berichten veröffentlicht worden, die hier beigefügt sind¹.

2. Der Weltfriedensrat hat aufschlußreiche Zeugnisse über die tägliche und systematische Verletzung der Menschenrechte durch die israelischen Behörden in den besetzten arabischen Gebieten. Festnahmen, Haft über einen unbestimmten Zeitraum, Folter, Einschränkungen der Freizügigkeit, Deportationen, Konfiszierung von Eigentum, Zerstörung von Häusern, Requirierung von Land und andere ähnliche Maßnahmen werden von den israelischen Behörden häufig und wahllos durchgeführt. Gerade jene Gesetze, die von den israelischen Behörden in den besetzten Gebieten angewandt werden – die Bestimmungen für den Verteidigungsfall von 1945 die von der britischen Kolonialmacht in Palästina übernommen wurden – stellen eine flagrante Verletzung aller Abkommen über die Menschenrechte dar. Sie bieten die Grundlage für die Verletzung der Menschenrechte in den besetzten Gebieten. Die israelische Knesset (Parlament) verabschiedete 1951 einstimmig eine Resolution, die die Anwendung dieser Regulierungen auf Juden in Israel verbietet, da „sie im Gegensatz zu allen Prinzipien elementarer Demokratie stehen“. Diese Notstandsbestimmungen gewähren dem israelischen Verteidigungsminister und seinen Vertretern unbeschränkte Vollmachten, Verhaftungen ohne Gerichtsverfahren durchzuführen, Vermögen einzuziehen, Menschen zu

deportieren, die Freizügigkeit von Individuen einzuschränken, Häuser zu zerstören, Kollektivstrafen und ähnliche Unterdrückungsmaßnahmen anzuwenden.

3. Die israelischen Behörden haben Festnahmen und administrative Haftstrafen gegen Tausende von Einwohnern der besetzten arabischen Gebiete angewandt, besonders gegen politische Führer, Intellektuelle, Gewerkschafter, Frauen und Studenten. Die dem Weltfriedensrat zur Verfügung stehenden Zahlen zeigen, daß ca. 27 000 Personen aus den besetzten Gebieten seit dem Beginn der Besetzung im Juni 1967 ins Gefängnis geworfen oder mit administrativen Haftstrafen belegt worden sind. 4000 von ihnen sitzen immer noch – wie berichtet wird – lange Haftstrafen ab. Ungefähr 40 Personen sind seit den letzten 33 Monaten ohne Anklage, Verfahren und Urteil zwangsweise festgehalten worden. Gefangene und Häftlinge unterliegen einer unmenschlichen Behandlung einschließlich Folterungen. In mehreren Fällen haben die Gefangenen Hungerstreiks aus Protest gegen ihre schlechte Behandlung durchgeführt. Während der letzten zwei Monate standen die 450 Gefangenen aus den besetzten Gebieten im Gefängnis von Aschkelon im Hungerstreik aus Protest gegen die unmenschlichen Bedingungen, denen sie durch die Gefängnisverwaltung ausgesetzt werden. Diese schließen brutales Schlagen, Rassendiskriminierung, unzureichendes Essen und Gesundheitsversorgung mit ein. Seit Anfang Januar 1977 haben sich andere Gefangene aus den besetzten Gebieten in anderen israelischen Gefängnissen ihrem Hungerstreik angeschlossen.

4. Die Folter wird gegen Personen, die verhaftet oder eingekerkert sind, wahllos angewandt. Die raffiniertesten Methoden der Folter werden benutzt wie Schlagen, Anbringen elektrischen Stroms an empfindlichen Teile des Körpers, Aufhängen an der Decke, Haft in Dunkelheit, luftleere Kerker, Verbrennen mit Zigarettenstummeln, sexuelle Vergehen einschließlich der Vergewaltigung von Frauen, Ziehen der Fingernägel, Verhinderung des Schlafs und andere barbarische Maßnahmen. Der Weltfriedensrat ist darüber informiert, daß zahlreiche Menschen durch die Folter psychisch erkrankt sind, daß mindestens 27 Personen unter der Folter oder danach gestorben sind. Andere sind dauerhaft behindert worden oder befinden sich zur Zeit in Behandlung wegen infolge der Folter aufgetretener physischer Verletzungen und psychischer Störungen.

5. Politische Prozesse in den besetzten arabischen Gebieten



Politische Gefangene der israelischen Besatzer

werden nur von Militärtribunalen durchgeführt, die von den israelischen Militärbehörden ernannt worden sind. Das Recht auf Berufung wird verweigert. Urteile stützen sich ausschließlich auf Geständnisse, die durch Drohungen, Einschüchterung und andere gewaltsame Methoden erpreßt wurden, welche strikt verboten sind, ja im Widerspruch stehen zur Allgemeinen Menschenrechtserklärung, zur Genfer Konvention über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten (1949) und zu den elementaren Prinzipien der Rechtsprechung und einer gerechten Prozeßführung. Die Militärtribunale und -gerichte sind an keine Verfahrensregeln gebunden.

6. Die israelischen Besatzungsbehörden führen in großem Stil eine Politik der Deportation und Vertreibung von Bürgern aus den besetzten Gebieten in benachbarte Länder durch. Mehr als 1600 bekannte Persönlichkeiten und politisch aktive Personen sind bislang deportiert worden. Die Praxis der Deportationen ist besonders nach der 29. Sitzung der UN-Vollversammlung angewachsen, die über das Palästina-Problem diskutierte.

7. Unter Verstoß gegen internationales Recht haben die israelischen Behörden Land von der Größe eines Drittels des Gaza-Streifens und eines Sechstels des Westufers in den besetzten Gebieten beschlagnahmt. Israelische Siedlungen sind auf diesem Land erbaut worden. Nach Informationen des Weltfriedensrats sind 52 israelische Siedlungen auf dem Land errichtet worden, das in den besetzten arabischen Gebieten beschlagnahmt wurde. Zur gleichen Zeit haben die israelischen Behörden in großem Umfang die Massenvertreibung von Menschen aus den besetzten Gebieten (22 000 allein aus dem Gaza-Streifen) in benachbarte Länder durchgeführt, unter Konfiszierung ihres Landes.

8. Kollektive Bestrafung ist eine andere repressive Maßnahme, die von den israelischen Behörden in den besetzten Gebieten angewandt wird. Diese Art der Bestrafung beinhaltet die Sprengung von Häusern, die Verhängung von Ausgangssperren, Massenvertreibungen und Massenverhaftungen. Statistiken, die dem Weltfriedensrat zur Verfügung stehen, zeigen daß als Vergeltung für Taten, die von Individuen begangen wurden, über 19 000 Häuser zerstört und ganze Dörfer dem Erdboden gleichgemacht worden sind. Unter den ausradierten Dörfern befinden sich Amwas, Yalo, Beit Nuba und Beit Awa.

9. Die besetzten arabischen Gebiete leben unter einem Regime von offen terroristischem Charakter. Menschenrechtsverletzungen werden täglich praktiziert und stellen einen Verstoß gegen alle Abkommen über die Menschenrechte dar. Der Terror wird eingesetzt, um die Besetzung zu verlängern, die Einwohner der besetzten Gebiete zu unterwerfen und um dem palästinensischen Volk sein Recht auf Selbstbestimmung, Unabhängigkeit und Souveränität vorzuenthalten. Der Weltfriedensrat möchte die Aufmerksamkeit der UN-Menschenrechtskommission auf diese Menschenrechtsverletzungen lenken in der Hoffnung, daß geeignete Maßnahmen ergriffen werden, um ihnen ein Ende zu setzen.

Anmerkung der Redaktion:

1) Der Untersuchungskommission gehören an: Romesh Chandra, Generalsekretär des Weltfriedensrates; R. Bathia, Abgeordneter der indischen Kongreßpartei; Leo Kothala, Abgeordneter der Sozialdemokratischen Partei Finnlands; Jean Offredo, französischer Journalist; A. K. Orlov, Vizepräsident des sowjetischen Juristenverbandes; A. Zanini, Abgeordneter der Christlich-Demokratischen Partei Italiens.

Die Schlußerklärung der 2. Kommissionssitzung vom 19.-21. Mai 1975 in Helsinki findet sich im Wortlaut in: Palästina, Nr. 1/September 1975, Vierteljahrszeitschrift der Informationsstelle Palästina (53 Bonn, Buschstr. 20), S. 25-28

(Quelle: World Peace Council, Documents, Helsinki, Nr. 1, Januar 1977, S. 8/9)

Naim el Ashhab

Die Entwicklung der PLO und der Kampf gegen die Okkupation



Die Gründung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) im Jahre 1964 auf Beschluß der 1. Arabischen Gipfelkonferenz erfolgte unter dem Einfluß von zwei Faktoren:

1. der festen Entschlossenheit des palästinensischen Volkes, seine Identität zu bewahren, seiner Ablehnung und seines Widerstandes gegen alle imperialistisch-zionistischen Projekte, es außerhalb der Grenzen seines Vaterlandes anzusiedeln;
2. der Absicht einiger arabischer Regimes, sich allmählich aus der Verantwortung für die Sache dieses Volkes zurückzuziehen und sie allein den Palästinensern aufzuerlegen.

Als es zu der imperialistisch-israelischen Aggression im Jahre 1967 kam, war die Reaktion der palästinensischen Volksmassen der Logik dieses Krieges vollkommen entgegengesetzt. Denn sein wesentliches Ziel bestand darin, die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes endgültig zu annullieren. Das palästinensische Volk widerstrebte auch der Logik der Niederlage, die die arabischen Armeen einstecken mußten. Es erhob sich aus den Trümmern dieser Niederlage und bekundete die feste Entschlossenheit, gegen die israelische Okkupation zu kämpfen. Die Bewegung des bewaffneten palästinensischen Widerstandes bildete sich als eine breite Massenbewegung heraus.

Aus der Niederlage 1967 erwuchs eine bewaffnete palästinensische Massenbewegung

Diese revolutionäre Erscheinung spiegelte nicht nur den Willen unseres palästinensischen Volkes wider, sich mit der militärischen Niederlage nicht abzufinden, sondern war zugleich Ausdruck des Gewissens aller arabischen Völker.

Es war kein Zufall, daß der Hauptstützpunkt für diese Bewegung sich gerade in Jordanien befand. Dafür gab es zwei Gründe: Zum einen gab es in Jordanien die größte Konzentration von Palästinensern außerhalb der besetzten Gebiete. Zum anderen bestand wenig Vertrauen in die Haltung der jordanischen Machthaber hinsichtlich des künftigen Kampfes gegen die israelische Okkupation, obwohl sie für das Westufer als das größte verbleibende palästinensische Territorium außerhalb Israels verantwortlich waren.

Natürlich weckte das Auftauchen des palästinensischen Widerstandes – zumal auf diese revolutionäre Weise und in dieser Breite – tiefe Beunruhigung bei den imperialistisch-israelischen Kreisen und der arabischen Reaktion. Dies veranlaßte sie dazu, das Blutbad vom September 1970 in Jordanien gegen diese Bewegung anzuzetteln. Dabei benutzten sie einige extremistische Praktiken und Positionen innerhalb der palästinensischen Bewegung als Alibi, um dieses schänd-

liche Blutbad zu rechtfertigen, in dessen Ergebnis damals die militärische Präsenz der palästinensischen Widerstandsbewegung liquidiert wurde.

Lehren des September-Massaker in Jordanien

Jedoch diese Bewegung, deren Hauptkonzentration sich von Jordanien nach Libanon verlagerte, zog aus den Erfahrungen des September-Blutbades einige sehr wichtige Schlußfolgerungen, die den gesamten nationalen Kampf der Palästinenser in der Folgezeit beeinflussten. Die wichtigsten dieser Schlußfolgerungen waren:

1. Man wurde sich der Bedeutung anderer, nichtmilitärischer Formen des Kampfes bewußt. Dies bedeutete praktisch ein Abrücken von der unrealistischen Losung: „Alles wird von der Gewehrmündung entschieden“¹, öffnete den Weg zur Erringung wesentlicher Siege der palästinensischen Sache, insbesondere auf internationaler Ebene. Sie schuf ein günstigeres Klima für die Zusammenarbeit mit den palästinensischen Kommunisten, die an der Spitze des Massenkampfes in den besetzten Gebieten standen und stehen, sowie für die Teilnahme ihrer Partei – der Jordanischen Kommunistischen Partei (JKP) – an den bewaffneten Aktivitäten der Feddayin, nachdem sich die JKP von der rechtsrevisionistischen Clique losgesagt hatte, die diese Teilnahme anfänglich verhindert hatte.

2. Man erkannte die Bedeutung des festen Bündnisses mit der libanesischen nationalen Bewegung, in deren Reihen die Libanesische Kommunistische Partei (LKP) ein aktives Element darstellt. Man wurde sich bewußt, daß die Bedeutung dieses Bündnisses nicht unterschätzt werden darf, wie es die Bewegung während ihrer Präsenz in Jordanien wiederholt getan hatte, was es der jordanischen Reaktion erleichtert hatte, das September-Blutbad gegen sie anzuzetteln.

Der Befreiungskrieg im Jahre 1973, der erstmals seit der Gründung Israels dessen absolute militärische Überlegenheit in dieser Region erschütterte, schuf eine reale Möglichkeit, das Palästina-Problem – das den Kernpunkt der Nahostkrise bildet – auf der Grundlage der Anerkennung der legitimen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes zu lösen. Ausgehend von diesem Faktor und unter Berücksichtigung der Siege, die die palästinensische Sache auf gesamtarabischer und internationaler Ebene erringen konnte, wurde es dringend erforderlich, daß die PLO einen machtvollen und mutigen Schritt tut, um eine klare und zugleich realistische Zielstellung für den Kampf des arabischen Volkes von Palästina festzulegen.

In dem 10-Punkte-Programm oder, wie es damals genannt

wurde, dem Etappenprogramm, das die 12. Tagung des Palästinensischen Nationalrats im Juni 1974 beschloß, wurde diesem Bedürfnis im allgemeinen Rechnung getragen. In Punkt 2 dieses Programms hieß es: „Die PLO kämpft mit allen Mitteln, vor allem durch den bewaffneten Kampf, um die Befreiung des palästinensischen Territoriums und die **Errichtung der unabhängigen nationalen Volksmacht** in allen freige kämpften Teilen des palästinensischen Territoriums.“ Dies war, praktisch gesehen, ein Abrücken von der Losung: „Alles oder nichts“, die in der Palästinensischen Nationalcharta aufgestellt worden war².

Dieser mutige Schritt erfolgte jedoch nicht ohne bis heute andauernde scharfe Auseinandersetzungen innerhalb der palästinensischen nationalen Bewegung.

Neue Etappe nach dem Oktoberkrieg (1973)

Einerseits stellte sich diesem Schritt der extremistische Flügel entgegen, der als der Flügel der „Ablehnung“ (auch „Ablehnungsfront“ genannt, d. Red.) bekannt wurde und dem einige kleinere Organisationen der Feddayin, vor allem die Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) unter Führung von Dr. Georges Habasch, bis hin selbst zu einem Flügel der Fatah – der größten Organisation der Feddayin – angehören. Andererseits stellten sich diesem Schritt rechte Elemente entgegen, die praktisch bestrebt waren, das Schicksal des arabischen Volkes von Palästina erneut an das reaktionäre jordanische Regime zu ketten. Diese Elemente bemäntelten zumeist ihre wahre Position mit den gleichen extremistischen Losungen, die der genannte Flügel der „Ablehnung“ vertrat. Somit begegnen sich die äußerste „Linke“ und die äußerste Rechte ungeachtet ihrer jeweiligen Ausgangspunkte auf einer Position, die dem Kampf des palästinensischen Volkes schadet und praktisch dazu führt, daß ihre hohen Opfer umsonst waren.

Natürlich ermangelte es in dieser Auseinandersetzung auch nicht an Kräften, die sich den nationalen Rechten des arabischen Volkes von Palästina entgegenstellen. Sie bemühten sich vielmehr mit verschiedenen Mitteln, die Dinge in eine Richtung zu drängen, die der realistischen Linie entgegengesetzt war. Doch der Sieg der realistischen Linie durchkreuzte ihre verschwörerischen Aktivitäten, engte ihren Manöverspielraum ein und brachte viele ihrer Vorwände zu Fall, hinter denen sich ihre Feindschaft gegenüber dem palästinensischen Volk und seinen nationalen Rechten verbarg.

In Wahrheit war die Haltung zu diesem bedeutsamen Schritt eine Schicksalsprüfung für die nationale palästinensische Führung. Wäre sie mit diesem Schritt gescheitert, so hätte dies den Bankrott dieser Führung bedeutet. Ihr wäre in diesem Fall letztlich das gleich Schicksal beschert gewesen wie der vorhergehenden feudal-bürgerlichen palästinensischen Führung, die sich insbesondere im Jahre 1948 als unfähig erwiesen hatte, eine realistische und verantwortungsbewußte Position zu beziehen, um das palästinensische Volk vor der Vertreibung und vor dem Verlust aller nationalen Rechte seit



jener Zeit zu bewahren.

Der lokale und der internationale Faktor spielten eine entscheidende Rolle bei der Entscheidung über diesen bedeutenden Schritt.

Der lokale Faktor beinhaltet die aktive Rolle der Bevölkerung der besetzten Gebiete. Die Massen in den besetzten Gebieten führten von Anfang an den Kampf in all seinen Formen. Angesichts der spezifischen Situation in diesem Gebiet, in denen die Möglichkeiten der militärischen Aktivität gegen die Besatzung begrenzt sind, spielten die politische Aktivität und die Massenerhebung eine entscheidende Rolle. In den besetzten Gebieten wurden breitere Schichten unseres Volkes für die Aktionen gewonnen, die mehr und mehr den Charakter von Massenerhebungen annahm. Dieser Kampf und sein Anwachsen waren kein willkürlicher Prozeß. Von den ersten Tagen der Besetzung an bemühte sich die Zweigorganisation der Jordanischen Kommunistischen Partei in den besetzten Gebieten in Zusammenarbeit mit den übrigen nationalen Kräften und Schichten darum, eine Führung in diesem Kampf zu gewährleisten, die den Charakter einer breiten Front trug. Dieser Frontcharakter nahm stufenweise zu und erreichte seine Krönung mit der Bildung der Palästinensischen Nationalen Front und der Proklamierung ihrer Charta im August 1973.

Diese Charta spiegelte eine im Vergleich zur Palästinensischen Nationalcharta der PLO aus dem Jahre 1965 fortgeschrittenere Position wider³. Das war logisch und zugleich natürlich. Die Charta der Nationalen Front war das Ergebnis einer täglichen Konfrontation mit der israelischen Okkupation über eine Periode von mehr als sechs Jahren, wodurch die Massen in den besetzten Gebieten nicht nur fähiger und realistischer bei der Wahl der geeignetsten Kampfmethoden gegen die Besatzung vorgingen, sondern auch die Perspektiven einer Lösung mit mehr Verantwortungsbewußtsein ins Auge faßten.

Die Rolle der Palästinensischen Nationalen Front

In Wahrheit beschränkte sich die Rolle der Palästinensischen Nationalen Front nicht auf die Führung des Massenkampfes innerhalb der besetzten Gebiete, sondern sie zeitigte zugleich Auswirkungen auf die Positionen der PLO. Ihre Charta, die von den übrigen Kräften der Nationalen Front, einschließlich der Fatah und der Demokratischen Front⁴ übernommen wurde, übte in Gestalt zahlreicher veröffentlichter Memoranden und Petitionen Einfluß aus.

Nach dem Oktoberkrieg im Jahre 1973 richtete sie an das Exekutivkomitee der PLO ein wichtiges Memorandum mit dem Titel „Wegzeichen“⁵, das einen hervorragenden Beitrag zur Annahme des 10 Punkte-Programms leistete. Die Petition trug die Unterschriften von Hunderten Persönlichkeiten aus dem besetzten Gebiet, die diese Front gesammelt hatte und vom Oktober 1974 an die arabische Gipfelkonferenz in Rabat richtete. Sie beeinflusste entscheidend die Antwort auf den Anspruch der jordanischen Machthaber, die Bewohner der besetzten Gebiete zu vertreten und veranlaßte die Gipfelkonferenz, ihren wichtigen Beschluß zu fassen, der die PLO zum einzigen rechtmäßigen Vertreter des arabischen Volkes von Palästina erklärte.

Weiterhin richtete die Nationale Front ein wichtiges Memorandum an die jüngste 13. Tagung des Palästinensischen Nationalrates⁶, zusammen mit den Tausenden Unterschriften, die diese Front in den besetzten Gebieten gesammelt hatte und die von hervorragender Wirkung auf die gegenüber den Beschlüssen der vorhergehenden Tagung fortgeschrittenen Beschlüsse der jüngsten 13. Tagung waren.

Die JKP⁷ hatte einen hervorragenden Anteil an diesen Wandlungen, insbesondere von ihren Positionen im besetzten Gebiet aus. Eine aktive Rolle in dieser Hinsicht spielten auch

– nachdem sie allmählich ihre extremistischen Positionen aufgegeben hatten – die progressiven palästinensischen Kräfte, insbesondere die Demokratische Front unter Führung von Najef Hawatmeh und ein breiter Flügel der Fatah.

Was die Palästinensische Nationale Front in den besetzten Gebieten betrifft, so war und ist die Kommunistische Partei bestrebt, sie nicht als Ersatz und nicht als Rivalen der PLO zu betrachten, sondern – wie es in der Charta dieser Front selbst heißt – „... die Palästinensische Nationale Front ist ein untrennbarer Bestandteil der palästinensischen nationalen Bewegung, die durch die PLO vertreten wird...“. Das gilt gerade angesichts der zunehmenden Herausforderungen gegen die PLO und angesichts der fieberhaften Versuche, die Kampfeinheit unseres arabischen Volkes von Palästina zu spalten, Scheinalternativen zur PLO sowie rivalisierende Splitterführungen zu schaffen.

Somit ordnen sich die Bemühungen der Kommunistischen Partei im besonderen und der Nationalen Front im allgemeinen in den Rahmen der PLO selbst ein und dienen dem Ziel, ihre Positionen weiterzuentwickeln, um den Sieg der Sache zu gewährleisten, für die die PLO kämpft.

Das äußere Element, das einen positiven Einfluß auf die Annahme des 10 Punkte-Etappenprogramms im Juni 1974 ausübte, ist die zunehmende Annäherung an die revolutionären Kräfte in der Welt und die sich entwickelnden Beziehungen zu ihnen. Das trifft insbesondere auf die Sowjetunion und die übrigen Länder des sozialistischen Weltsystems zu, die der gerechten Sache des arabischen Volkes von Palästina große Sympathie und Unterstützung zuteil werden ließen. Diese Beziehungen bewirkten, daß die nationale palästinensische Führung in ihrer Konzeption den Zusammenhängen der internationalen Situation und ihrem deutlichen Einfluß auf den Verlauf des Nahostkonflikts ebenso Rechnung trug wie der Rolle der internationalen Öffentlichkeit.

Zugleich übten die bedeutenden Siege, die die palästinensische Sache in den UN-Gremien errang, einen positiven Einfluß auf die Position der nationalen palästinensischen Führung und die Vertiefung des verantwortungsbewußten und realistischen Geistes bei der Darlegung und Behandlung dieser Frage aus.

Erhöhter Druck auf die PLO nach dem Libanonkrieg

Als sich die imperialistisch-zionistisch-reaktionäre Verschwörung nach dem ägyptisch-israelischen Sinai-Abkommen (von 1975) verschärfte, um eine Kapitulationslösung im Nahostkonflikt zu erzwingen – die den Plänen der USA in dieser Region entgegenkommt und die nationalen Rechte des arabischen Volkes von Palästina fallenläßt –, erwies sich die palästinensische nationale Bewegung und insbesondere die Bewegung des bewaffneten Widerstandes als Hindernis für die Verwirklichung dieser Pläne.

Deshalb war das vorrangige Ziel des Krieges im Libanon, der von der imperialistisch-zionistisch-reaktionären Verschwörung entfacht wurde, die Liquidierung dieser Bewegung oder zumindest ihre Schwächung bis zu einem Punkt, an dem sie nicht mehr die Kraft hätte, diesen Kapitulationslösungen irgendeinen wirksamen Widerstand entgegenzusetzen. Bekanntlich waren an diesem Prozeß des Ausblutens verschiedene Kräfte beteiligt, darunter auch die syrische Armee.

Von daher erlangte die 13. Tagung des Palästinensischen Nationalrates eine besondere Bedeutung und lenkte die Aufmerksamkeit der an der Palästinafrage interessierten Beobachter auf sich, da sie nach diesem gefährlichen Ausbluten und unter Bedingungen verschärften Drucks stattfand⁸.

Eine Form dieses Drucks bestand darin, in den Palästinensischen Nationalrat unter dem Vorwand, ihn zu erweitern und seine Repräsentanz des palästinensischen Volkes zu verbessern, schwache Elemente einzuschleusen, um die führende



Protestdemonstration gegen die Okkupanten in Ramallah

Rolle der Organisationen der Feddayin in diesem Rat zu unterminieren. Als Führer in diesem Einschleusungsprozeß spielte sich die der syrischen Baath-Partei nahestehende Organisation Al Saika auf. Diese Organisation stand auch an der Spitze des wütenden Widerstandes gegen die Erhöhung der Zahl der Kommunisten in diesem Rat zu gleichen Teilen wie die der übrigen Gruppierungen und Organisationen. Die Zahl des Rates stieg durch die Erhöhung der Mitgliederzahl des Rates von 195 auf 295.

Bei der Einberufung dieser Tagung des Palästinensischen Nationalrates vom 12.-20. März 1977 unter diesen konkreten Bedingungen setzten die Feinde des palästinensischen Volkes und seiner gerechten Sache auf zwei Möglichkeiten: Entweder würden die Beschlüsse dieser Tagung dem Druck entgegenkommen und den Weg öffnen, um die legitimen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes zu sabotieren. Oder der Nationalrat würde von innen her auseinanderbrechen, was die Bildung mehrerer Splitterführungen bewirken würde. In beiden Fällen wäre ein wesentliches Ziel der Feinde des palästinensischen Volkes realisiert worden.

Doch trotz alledem bewirkten die Einheit und Wachsamkeit der entschlossenen revolutionären und nationalen Elemente innerhalb des Rates und der Einfluß der zahlreichen Memoranden und Petitionen – die dieser Tagung durch die Palästinensische Nationale Front im besetzten Gebiet und durch das Zentralkomitee der JKP und die Führung der Palästinensischen Kommunistischen Organisation im besetzten Gebiet (der Zweigorganisation der JKP) zugeleitet wurden und die Tausenden Unterschriften, die innerhalb und außerhalb des besetzten Gebietes gesammelt worden waren – nicht nur das Scheitern der Ziele dieser Erpressungsversuche und Manöver. Sondern sie veranlaßten den Rat darüber hinaus, Positionen zu beziehen, die einen Fortschritt gegenüber früheren Positionen darstellten: Mehr Geschlossenheit gegen die amerikanische Verschwörung, mehr Elastizität gegenüber Friedensmöglichkeiten mit dem Ziel der Sicherung der legitimen nationalen Rechte des arabischen Volkes von Palästina.

Die 15 Punkte, die diese Tagung annahm (Wortlaut in diesem Heft), enthielten die Ablehnung „aller Spielarten kapitulationalistischer amerikanischer Lösungen und Liquidierungsvorhaben“ (Punkt 4). Präziser definiert wurde das Ziel des palästinensischen Kampfes als „Errichtung eines unabhängigen nationalen Staates...“ (Punkt 11), anstelle der Formulierung von der nationalen Macht, die im 10 Punkte-Programm im Jahre 1974 gebraucht worden war. Bezüglich der politischen Regelung unterstrich die Tagung „das Recht der PLO auf Teilnahme in unabhängiger und gleichberechtigter

Form an allen internationalen Konferenzen, Foren und Anstrengungen, die sich mit der Palästina-Frage und mit dem arabisch-zionistischen Konflikt befassen“ (Punkt 15).

In diesen Beschlüssen wird zum ersten Male die „Bedeutung der Beziehungen und der Koordinierung mit den demokratischen und progressiven jüdischen Kräften“⁹ innerhalb und außerhalb Israels unterstrichen.

Die Fortgeschrittenen Position der 13. Nationalratsstagung

Die Bedeutung dieser fortgeschrittenen Positionen wird keineswegs durch die Tatsache gemindert, daß diese Beschlüsse auch einige schwache und mehrdeutige Punkte enthalten. Beispielsweise wird es unterlassen, die Teilnahme an der Genfer Konferenz ausdrücklich zu fordern, mit der Behauptung, daß diese Konferenz im Rahmen des Sicherheitsratsbeschlusses Nr. 242 stattfindet, der die Palästinafrage als ein Flüchtlingsproblem behandle. Es wird auch nicht deutlich genug – in einem eigenen Punkt – das Ziel hervorgehoben, einen unabhängigen Nationalstaat zu errichten. Es fehlt eine ausreichende Einschätzung der Rolle der Palästinensischen Nationalen Front in den besetzten Gebieten aufgrund des Drucks der antikommunistischen Kreise, was sich auch darin widerspiegelt, daß weiterhin die Kommunisten von der Mitarbeit im Exekutivkomitee der PLO ausgeschlossen sind.

Deshalb besteht ein besonderes Erfordernis zu diesem Zeitpunkt, nach dieser bedeutsamen Tagung darin, die gefaßten Beschlüsse ohne Abstriche und ohne Ausflüchte, unter den Bedingungen der sich komplizierenden arabischen Situation und der Verschärfung des Drucks auf die nationale palästinensische Bewegung – sowohl seitens der Imperialisten und Zionisten als auch aus dem Lager der arabischen Reaktion und Rechtskräfte –, einzuhalten. Dies erfordert erhöhte Wachsamkeit und Geschlossenheit aller progressiven, revolutionären und nationalen Kräfte und Schichten des palästinensischen Volkes.

Anmerkungen:

- 1) In Artikel 9 der Palästinensischen Nationalcharta, die der Palästinensische Konstitutionsrat im Jahre 1965 beschlossen hat, heißt es: „Der bewaffnete Kampf ist der einzige Weg zur Befreiung Palästinas.“
- 2) In Artikel 2 der Palästinensischen Nationalcharta heißt es: „Palä-

stina in den Grenzen zur Zeit des britischen Mandats ist eine unteilbare territoriale Einheit.“ In Artikel 21 der gleichen Charta hieß es: „Das arabische Volk von Palästina findet seinen Ausdruck in der bewaffneten palästinensischen Revolution und lehnt jegliche andere Lösung als die vollständige Befreiung Palästinas ab.“

- 3) Zur Frage des Kampfes hieß es in Artikel 1 der Charta der Front: „Widerstand gegen die zionistische Besatzung und Kampf um die Befreiung unserer besetzten arabischen Gebiete.“ In Punkt 2 hieß es: „Sicherung der legitimen Rechte für unser arabisches Volk von Palästina, vor allem seines Rechtes auf Selbstbestimmung auf seinem Territorium und Rückkehr in seine Heimstätten.“ Zu den Formen des Kampfes um die Realisierung dieses Zieles hieß es: „... dieser Widerstand beschränkt sich nicht auf einen Bereich, sondern umfaßt alle Bereiche...“ Die Entwicklung der Position seit der Palästinensischen Nationalcharta der PLO aus dem Jahre 1965 ist eindeutig.
- 4) Von Najef Hawatmeh geführte und marxistisch orientierte Palästinenserorganisation. Siehe AIB, Nr. 6/1976; d. Red.
- 5) Dieses Memorandum wurde im Januar 1974 übersandt.
- 6) Neben der Aufforderung zur Teilnahme an der Genfer Konferenz enthielt dieses Memorandum an den Nationalrat vom 30. 3. 1977 folgendes: „Wir halten deshalb an einem Programm fest, das unsere Forderungen enthält nach dem vollständigen israelischen Rückzug aus den arabischen Gebieten bis auf die Grenzen vom 4. 6. 1967 und nach Bildung eines vollkommen unabhängigen palästinensischen Staates sowie nach Einhaltung aller UN-Resolutionen bezüglich der Rechte und der Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Heimstätten, nach Sicherung der Unabhängigkeit und Integrität aller Staaten und Völker der gesamten Region, im Rahmen der Charta und der Beschlüsse der UNO.“
- 7) Die JKP ging dabei von einer realistischen Einschätzung der Umstände des Palästina-Problems und der Nahostkrise aus und stellte sich auf den Boden der UN-Beschlüsse zu diesen Fragen, einschließlich des Sicherheitsratsbeschlusses Nr. 242. Sie entwickelte nach dem Befreiungskrieg von 1973 ihre Konzeption über das Selbstbestimmungsrecht für das arabische Volk von Palästina und rief ständig dazu auf, das Recht dieses Volkes auf Errichtung seines unabhängigen Nationalstaates anzuerkennen. Sie tat dies in ihren offiziellen Dokumenten, die die Tagung des Zentralkomitees im Mai 1974 unter dem Namen „Dringende Aufgaben“ beschloß, d. h. bereits einen Monat bevor die 12. Tagung des Palästinensischen Nationalrates das 10 Punkte-Etappenprogramm annahm.
- 8) Eine Form dieses Drucks war die Forderung an die Palästinenser, wie sie Anwar Al Sadat mehrfach verkündete, sich mit Jordanien zu verbinden; eine andere Form war die syrische Forderung, die Palästinenser sollten im Rahmen einer gemeinsamen arabischen Delegation und nicht als selbständige palästinensische Delegation nach Genf gehen.
- 9) Im Juni vergangenen Jahres fand ein Treffen zwischen den Führungen der Jordanischen Kommunistischen Partei und der Kommunistischen Partei Israels statt, auf dem ein wichtiges Kommuniqué verabschiedet wurde. Knapp ein Jahr später fand Anfang Mai 1977 ein Treffen zwischen einer Delegation von Vertretern der PLO und der Kommunistischen Partei Israels statt.

Kommuniqué des 13. Nationalrats

Ausgehend von der Palästinensischen Nationalcharta (von 1968, d. Rd.) und den Beschlüssen des vorangegangenen Nationalrates; bezugnehmend auf die Beschlüsse und politischen Errungenschaften, die die PLO auf arabischer und internationaler Ebene nach der 12. Ratstagung (siehe AIB, Nr. 7-8/1975) erzielt hat; in Auswertung der Diskussion und Einschätzung der jüngsten Entwicklungen der Palästina-Frage und die erneute Zusicherung der Unterstützung des Vormarsches des nationalen palästinensischen Kampfes durch arabische und internationale Institutionen unterstreichend, bekräftigt der Palästinensische Nationalrat folgendes:

1. Der Rat bekräftigt, daß die Palästina-Frage den Kern und die Grundlage des arabisch-zionistischen Konfliktes darstellt und daß die UN-Sicherheitsratsresolution 242 das palästinensische Volk und seine unveräußerlichen Rechte ignoriert, weshalb der Rat seine Ablehnung dieser Resolution und von Verhandlungen auf arabischer oder internationaler Ebene auf der Grundlage dieser Resolution bekräftigt.

2. Der Rat bekräftigt die Entschlossenheit der PLO, den

bewaffneten Kampf, begleitet von verschiedenen Formen des politischen und Massenkampfes fortzusetzen, um die unverzichtbaren nationalen Rechte des palästinensisch-arabischen Volkes zu verwirklichen.

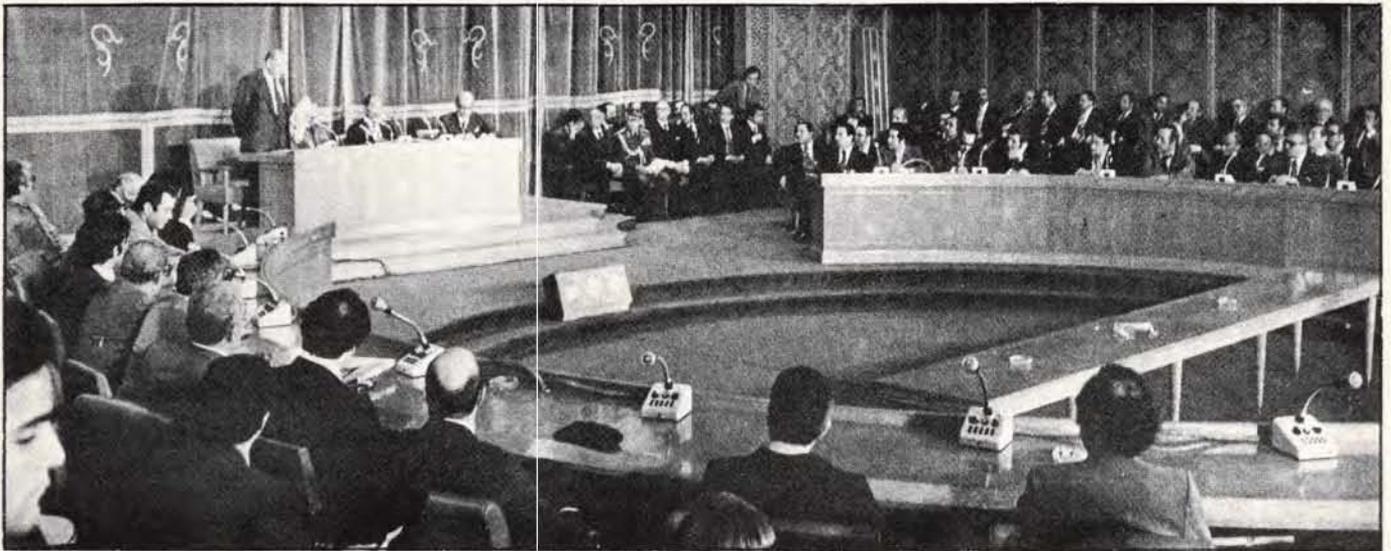
3. Daß allen Kampfformen im besetzten Gebiet – militärisch, politisch oder den Volksverbunden – eine zentrale Rolle im Kampfprogramm zukommt. Auf dieser Grundlage kämpft die PLO um die Ausweitung des bewaffneten Kampfes in den besetzten Gebieten ebenso wie aller anderen ihn begleitenden Kampfformen, um für die Bereitstellung jeder möglichen moralischen Unterstützung unserer Massen in den besetzten Gebieten zu wirken, um seinen Kampf auszuweiten und seine Standhaftigkeit zu fördern bis zur Beendigung und Vernichtung der Besatzung.

4. Der Rat bekräftigt die Haltung der PLO, alle Spielarten kapitulanten amerikanischer Lösungen und Liquidierungsvorhaben abzulehnen. Er bekräftigt auch die Entschlossenheit der PLO, jeglichen Lösungen entgegenzutreten, die auf Kosten der unveräußerlichen Rechte unseres Volkes ge-

hen. Er fordert die arabische Nation dazu auf, ihre nationale Verantwortung zu tragen und alle ihr Potential zu mobilisieren, um diesen imperialistisch-zionistischen Kornplotten zu begegnen.

5. Der Rat bekräftigt die Wichtigkeit und Notwendigkeit der nationalen Einheit – sowohl militärisch als auch politisch – zwischen allen Parteien der palästinensischen Revolution im Rahmen der PLO, da die nationale Einheit eine grundlegende Voraussetzung für den Sieg ist. Deshalb muß die nationale Einheit auf allen Ebenen gefestigt werden auf der Basis der Verbindlichkeit dieser Beschlüsse und Programme, die die Verwirklichung dieser Beschlüsse garantieren.

6. Der Rat bekräftigt das Recht der palästinensischen Revolution auf Präsenz auf dem Boden des brüderlichen Libanon entsprechend dem Kairoer Abkommen (von 1969, d. Red.) und seiner Zusatzbestimmungen zwischen der PLO und den libanesischen Behörden; und er bekräftigt sein Festhalten an der buchstabengetreuen Durchführung des Abkommens, unter Aufrechterhaltung der Verteidigungsfähigkeit der Revolution und der Sicherheit der palästinensischen Lager; und



er lehnt jeglicher einseitige Interpretation dieses Abkommens und seiner Zusatzbestimmungen ab unter Wahrung der Souveränität und Sicherheit des Libanon.

7. Der Rat begrüßt das heroische brüderliche libanesisches Volk und er bekräftigt, daß die PLO an der Einheit seines Volkes, seiner Sicherheit, Unabhängigkeit und Souveränität und an seinem arabischen Charakter festhält; er drückt seinen Stolz über die Unterstützung aus, die die PLO von diesem heroischen brüderlichen Volk für ihren Kampf um die Wiedergewinnung der nationalen Rechte unseres Volkes in seinem Heimatland und auf das Recht auf Rückkehr in seine Heimat erfährt; und er bekräftigt entschieden die Notwendigkeit der Vertiefung und Festigung der Einheit zwischen allen nationalen libanesischen Kräften und der palästinensischen Revolution.

8. Der Rat bekräftigt die Notwendigkeit der Stärkung der Arabischen Front zur Unterstützung der palästinensischen Revolution und die Vertiefung der Einheit mit allen daran teilhabenden Kräften in den arabischen Ländern. Er bekräftigt auch die Notwendigkeit der Ausweitung des gemeinsamen arabischen Kampfes und des Findens einer Formel zur Unterstützung der palästinensischen Revolution, um den imperialistisch-zionistischen Plänen entgegenzutreten.

9. Der Rat beschließt die Forcierung des arabischen Kampfes und der Solidarität auf der Grundlage des antiimperialistischen, antizionistischen Kampfes für die Befreiung aller besetzten arabischen Gebiete und in Unterstützung der Revolu-

tion zur Wiederherstellung der unveräußerlichen nationalen Rechte des arabisch-palästinensischen Volkes, ohne Frieden oder Anerkennung.

10. Der Rat erneuert das Recht der PLO, ihren kämpferischen Verpflichtungen auf gesamtarabischer Ebene nachzukommen, um das besetzte Land zu befreien.

11. Der Rat beschließt die Fortsetzung des Kampfes zur Wiedererlangung der nationalen Rechte unseres Volkes, angeführt von dem Recht auf Rückkehr, auf Ausübung der Selbstbestimmung und auf die Errichtung seines unabhängigen nationalen Staates auf seinem nationalen Boden.

12. Der Rat bekräftigt die Notwendigkeit zur Festigung der Zusammenarbeit und Solidarität mit den sozialistischen Ländern, den nichtpaktgebundenen Staaten, den islamischen Staaten, den afrikanischen Staaten und mit allen nationalen Befreiungsbewegungen der Welt.

13. Der Rat begrüßt die Haltung und den Kampf aller Staaten und Kräfte, die Position bezogen gegen den Zionismus als eine Form des Rassismus und seine aggressiven Praktiken.

14. Der Rat bekräftigt die Wichtigkeit der Beziehungen und Koordination mit den jüdischen demokratischen und fortschrittlichen Kräften innerhalb und außerhalb der besetzten Heimat, die gegen den Zionismus als Ideologie und Praxis kämpfen; und er ruft alle Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit liebenden Kräfte und Staaten der Welt auf, alle Formen der Hilfe für und Zusammenarbeit mit dem rassistischen Zionisten-Regime abubrechen und jegliche Kontakte mit ihm und seinen Institutionen abzulehnen.

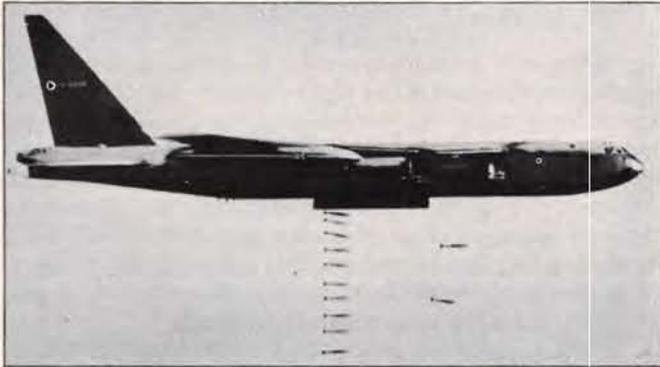
15. Unter Berücksichtigung der allgemeinen Errungenschaften, die auf arabischer und internationaler Ebene seit der 12. Nationalratstagung erzielt wurden, und nach Anhörung des politischen Berichtes des Exekutivkomitees, beschließt der Rat folgendes:

A. Er bekräftigt erneut das Recht der PLO auf Teilnahme in unabhängiger und gleichberechtigter Form an allen internationalen Konferenzen, Foren und Anstrengungen, die sich mit der Palästina-Frage und mit dem arabisch-zionistischen Konflikt befassen, um unsere unveräußerlichen nationalen Rechte, die von der UN-Vollversammlung 1974 in der Resolution 3236 bestätigt worden sind, durchzusetzen.

B. Er erklärt alle Abkommen oder Vereinbarungen, die die Rechte unseres palästinensischen Volkes berühren und in seiner Abwesenheit getroffen werden, grundsätzlich für ungültig.

(Quelle: Palestine. PLO Information Bulletin, Beirut, Jahrgang 3, Nr. 5/1. 4. 1977, S. 6-7)

Helga Quynh **Die Moral der Verlierer**



US-Bombenteppiche auf Vietnam — schon vergessen?

Der amerikanische Imperialismus hat einen unbeirrbaren Drang, sich überall dort in der Welt zu engagieren, wo die Dinge nicht in Ordnung sind.

Das bisher eindrucksvollste US-Engagement stellte der Versuch dar, ein Volk in die Steinzeit zurückzubomben, da es sich mit den Mitteln des gewöhnlichen Neokolonialismus nicht vom Wert der Exportartikel Freiheit und Demokratie überzeugen ließ. Die USA sahen sich im Falle Vietnam gezwungen, der Verbreitung ihrer Ideale u. a. durch den Abwurf von über 10 Mio Tonnen Bomben mehr Überzeugungskraft zu verleihen. Dieser bestialische Irrsinn kostete Millionen von Vietnamesen das Leben und verwüstete das Land auf viele Jahre hinaus. Unter dem Risiko seiner Fortexistenz als Volk nahm sich Vietnam die Freiheit, an seinen eigenen Vorstellungen von Demokratie, Unabhängigkeit und Menschenwürde festzuhalten. Der Freiheit des Konsums und der Demokratie des Wortes setzten die vietnamesischen Sieger ihre sozialistische Freiheit und die Demokratie des Volkes entgegen.

Was in Vietnam an jenem 30. April 1975 passierte, war nicht das Ende eines „gewöhnlichen“ Krieges, sondern der Sieg des überlegenen Systems im Bündnis mit den fortschrittlichen Kräften der Welt.

Wenn Kommunismus Barbarei ist, ein Synonym für Unfreiheit schlechthin, die USA hingegen ein Hort der Freiheit und des Menschenglücks — wie konnte die Beweisführung in ihr Gegenteil verkehrt werden?

Der Schock für die USA war groß. Aber die Verlierer hatten noch einen Trumpf in der Hand: das angekündigte Blutbad, die Rache der Sieger an den im Lande verbliebenen Besiegten. Die amerikanischen Machthaber waren infam genug, noch auf dieses Blutbad zu hoffen, hätte es doch die eigene Barbarei wenigstens nachträglich als ehrenhaft legitimiert, der Legende vom vietnamesischen Bürgerkrieg Glaubwürdigkeit verliehen.

Am Ende von Vietnam, Watergate und CIA-Skandalen erhielt Jimmy Carter Hochkonjunktur. Dieser moralische Wanderprediger rief auf, die Selbstquälerei zu beenden, den Blick nach Osten zu lenken und die schönsten Ideale der amerikanischen Demokratie wieder neu zu entdecken. Amerika, so verkündet der neue Präsident, müsse endlich wieder die Führung übernehmen im weltweiten Kampf für die Rechte des Menschen.

Das große Showbusiness der Menschenrechtskampagne trifft nun auch Vietnam, was nicht verwunderlich ist, da es eine

sozialistische Republik geworden ist. Bestürzend ist allein, daß sich von diesem Spektakel auch Menschen einfangen lassen, von denen man hätte annehmen können, daß sie durch ihr aktives Eintreten gegen den amerikanischen Aggressionskrieg in Vietnam schlechterdings prädestiniert sein müßten, die psychologische Kriegführung ihrer Regierungen und Geheimdienste zu durchschauen.

Eine Gruppe von 90 ehemaligen Kriegsgegnern hat an Vietnam appelliert, „die bedrückenden und systematischen Verstöße gegen die Menschenrechte zu beenden“. Die Verfasser beziehen sich bei ihrem Protest auf „Berichte“, nach denen im Süden Vietnams 200 000 bis 300 000 Menschen in Umerziehungslagern festgehalten werden. Einige ehemalige Angestellte der amerikanischen Regierung unterstützen diese Aktion, um ihre Handlungen im amerikanischen Krieg zu rechtfertigen. Ein Beispiel hierfür ist Theodore Jacquenay, der zusammen mit James Forest Unterschriften sammelt. Jacquenay war Mitarbeiter der amerikanischen Organisation AID (Agentur für Internationale Entwicklung) in Südvietnam, hatte enge Beziehungen zur CIA, war Berater des Bürgermeisters in Da Nang und nahm an zahlreichen Säuberungsaktionen der Amerikaner in Südvietnam teil.

Die Zeitung The Guardian druckte am 12. 1. 1977 eine Stellungnahme der amerikanischen Theologen Daniel, Berri-

Gespräche USA — SR Vietnam

Ende April/Anfang Mai d. J. verhandelten Regierungsdelegationen der Sozialistischen Republik Vietnam (SRV) mit den beiden Ländern, die dem vietnamesischen Volk in den zurückliegenden Jahrzehnten unermeßliches Leid zugefügt haben: mit der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich und den der neokolonialistischen Aggression schuldigen USA.

Die Gespräche von Ministerpräsident Pham Van Dong mit der französischen Regierung in Paris verliefen relativ unproblematisch und führten zu konkreten Vereinbarungen.

Weitaus schwieriger gestalten sich die Verhandlungen mit den USA, die am 3. Mai in Paris begannen. Dabei geht es vornehmlich um drei Grundfragen: die Normalisierung der beiderseitigen Beziehungen, die Suche nach Informationen über im Krieg vermißte Amerikaner sowie um die Beteiligung der USA an der Heilung der Kriegswunden und am Wiederaufbau in Vietnam.

Nachdem die USA 1976 durch ihr Veto im Sicherheitsrat die Aufnahme der SRV in die Vereinten Nationen blockiert hatten, erklärten sie sich nunmehr zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen ebenso bereit wie zur Bejahung einer UNO-Aufnahme der SRV. Die SRV hat sich ihrerseits seit langem bemüht, das Schicksal der vermißten US-Soldaten zu klären.

So bleibt als Streitpunkt die Weigerung der USA, ihren in Artikel 21 des Pariser Vietnam-Abkommens übernommenen Verpflichtungen nachzukommen. Zudem existiert ein Schreiben des damaligen Präsidenten Nixon, in dem er Vietnam insgesamt 4,75 Mio Dollar zugesichert hat. Der Leiter der US-Delegation bei den jetzigen Verhandlungen, Holbrooke, leugnete jedoch die Bindung der USA an die Bestimmungen des Pariser Abkommens; den Brief Nixons vom 1. 2. 1973 bezeichnete er als eine „veraltete historische Kuriosität.“

Die Sozialistische Republik Vietnam hat inzwischen ihren Standpunkt noch einmal bekräftigt: „Die Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern kann nicht erreicht werden,“ heißt es in einem Leitartikel von Nhan Dan, „wenn die Vereinigten Staaten ihre Verpflichtungen und Verantwortung nicht akzeptieren und ihre feindliche Politik gegenüber Vietnam aufgeben.“

gan, Don Luce und Paul Mayer ab, die unter Verweis auf die „in Vietnam seit Kriegsende respektierten und von der vietnamesischen Regierung sehr effektiv verteidigten Menschenrechte“ den Protest der genannten Unterzeichner zurückweist. Dort heißt es: Die heutige Antivietnam-Propaganda habe das Ziel, die Politik Kissingers zu rechtfertigen.

Die Vietnamesen nahmen u. a. am 29. 1. 1977 in der Zeitung Nhan Dan selbst zu den Vorwürfen Stellung und führten aus: „Statt nach der schweren Niederlage in Vietnam ihr Gewissen zu prüfen, versuchen jetzt die US-Aggressoren – denen Gewissen und Moral fremd zu sein scheinen – Legenden in Umlauf zu bringen, um die vietnamesischen Revolutionäre und die Bevölkerung zu diffamieren. Unter der Regie von Washington und den schmutzigen Machenschaften der CIA startete die US-Propagandamaschine eine Kampagne über die sogenannten ‚Probleme der Menschenrechte in Vietnam‘, gerade in dieser Frage stoßen sie aber auf die stärkste, schönste und klarste Seite des Sozialismus in Vietnam. Zunächst sind über 95 % der Angehörigen der Marionettenregierung wieder frei und genießen bereits die Bürgerrechte. Dazu gehören außer fast allen einfachen Soldaten und Beamten auch ehemalige Präsidenten, Vizepräsidenten, Generale und Oberste, die bereits zu ihren Angehörigen zurückkehrten. Jeder Fall wird genau geprüft, um die entsprechenden auf den Einzelfall zugeschnittenen Maßnahmen zu treffen. Mehr als jeder andere begreifen gerade diese Leute die ungeheure Großzügigkeit und Humanität der Bevölkerung. Dank der Revolution werden sie rehabilitiert und Bürger eines unabhängigen Staates.“

Humanität und Großzügigkeit

Knapp 5 % sind noch in den Lagern und auch diese Zahl wird weiter abnehmen. Der weitere Aufenthalt von bestimmten Leuten ist eine Notwendigkeit, die sowohl im Interesse der Revolution als auch ihrer selbst liegt. Es handelt sich um diejenigen, die aus einsichtigen Gründen eine längere Umerziehung brauchen als andere.

Es sind dies ehemalige Offiziere, die tiefgreifend in den von den USA geleiteten ‚Green Berets Einheiten‘ degenerierten. Auf ihr Konto gehen ungeheure Verbrechen: Hunderte Morde, verbrannte Dörfer, getötetes Vieh, verstümmelte Greise und Kinder . . . sie sammelten abgeschnittene Menschenohren als Souvenir und schreckten nicht davor zurück, Menschenblut zu trinken. Diese Leute können nicht so bald frei werden. Solche Angehörigen von Sonderkommandos,

Fallschirmjäger, Polizeichefs und Folterknechte brauchen eine lange Umerziehung, um das Zusammenleben der Menschen nicht zu gefährden. Diejenigen Dorfbürgermeister, Provinzchefs, Gefängnisaufseher und CIA-Agenten, die der Bevölkerung seit 20 Jahren schwersten Schaden zugefügt haben, brauchen Zeit für die Wiedererlangung ihrer Menschlichkeit.“

Falsche Tränen um das Schicksal des vietnamesischen Volkes

Die Teilnehmer der Schulungen werden medizinisch versorgt, unterhalten Briefkontakt zu ihren Familien und dürfen auch Besuch empfangen. Sie werden nicht zur Zwangsarbeit getrieben, sondern arbeiten einen Teil des Tages an der Wiederherstellung des Landes, pflanzen Gemüse und Reis und versorgen sich so z. T. selbst. Weiter heißt es: „Selbstverständlich brauchen diese Menschen kein Mitleid und auch niemanden, der ihre Menschenrechte erkämpft. Sie erlangen selbst die volle Rehabilitation ihrer Menschenwürde bis zur Mitherrschaft in einer neuen Gesellschaft.“

Es ist erstaunlich, daß gerade die Erfinder der Tigerkäfige auf der Insel Con Son – dieses Symbols der US-Zivilisation –, die Erbauer Tausender KZs in strategischen Dörfern, jetzt Tränen um das Schicksal des vietnamesischen Volkes vergießen.“

Erinnern wir uns: Am Tage der Befreiung wurden auf Con Son mehr als 4 000 politische Gefangene freigelassen. Hier hatten die USA unter Mithilfe ihrer Marionetten versucht, Menschen auf die Stufe elender Tiere herabzuwürdigen. In niedrigsten 1,20 m breiten Zellen fesselten sie wenigstens acht Gefangene mit den Beinen an Eisenketten, so daß sie regungslos auf dem kalten Zementboden hockten. Gelegentlich gossen ihre Peiniger durch die oberen Eisengitter ungelöschten Kalk und eisiges Wasser auf die verkrüppelten Körper und fügten ihnen so ätzende Brandwunden zu.

Sicherlich wäre es niemandem zu Zeiten des US-„Engagements“ in Vietnam eingefallen, das Menschenrecht auf Folter, Mord, Mädchenhandel, Analphabetentum, Massenarbeitslosigkeit, Prostitution und Drogensucht zu propagieren, denn das waren kurz bilanziert die Menschenrechte, die der Imperialismus dem vietnamesischen Volk garantiert hat.

„Die von den Imperialisten organisierte Kampagne für Menschenrechte ist ein Verbrechen. Es fügt der Kette von unzähligen Verbrechen, die sie in Vietnam begingen, ein weiteres Glied zu.“



Milde traf selbst solche kaltblütigen Mörder der Thieu-Armee (l.); Thieu-Offiziere im Umerziehungslager (r.)

Brasilien

Die Weigerung der einzig zugelassenen Oppositionspartei Brasiliens, Demokratische Bewegung Brasiliens (MDB), einer Justizreform zuzustimmen, die die Stellung des Obersten Gerichtshofes erheblich stärken sollte, nahm Präsident Geisel Mitte April d. J. zum Anlaß, das Parlament für 14 Tage zu suspendieren. Der vor drei Jahren mit dem Anspruch der „Liberalisierung“ angetretene Geisel ließ neben der Dekretierung der Justizreform zahlreiche Verfassungsänderungen folgen, die besonders das Wahlrecht betreffen. Durch diese Bestimmungen soll in erster Linie ein weiteres Vordringen der MDB, die 1974 und Ende 1976 hohe Wahlerfolge zu verzeichnen hatte, in Abgeordnetenkammer und Senat sowie bei der Wahl der Gouverneure der Bundesstaaten verhindert werden. Die einzelnen Bestimmungen sehen vor, daß die Gouverneure und Senatoren nicht direkt vom Volk, sondern von Gremien gewählt werden, in denen Vertreter der Regierungspartei Bund der Nationalen Erneuerung (ARENA) über die Mehrheit verfügen. Eine weitere Ausdehnung der Machtbefugnisse des Militärregimes bedeutet die Beseitigung des Veto-Rechts der Opposition. Für Verfassungsänderungen ist so in Zukunft nur noch die einfache Mehrheit erforderlich.

Äthiopien

Die äthiopische Militärregierung hat im April d. J. die Vereinigten Staaten aufgefordert, das Büro ihres Informationsdienstes USIS, die militärische Beratungsgruppe, das medizinische Forschungsinstitut der Marine, sowie das US-Generalkonsulat in Asmara und den Spionage- und Horchstützpunkt Kagnew-Station in Eritrea zu schließen. 300 Amerikaner, die diese strategisch bedeutenden Einrichtungen betrieben, wurden ausgewiesen. Außerdem wurden die Konsulate der westlichen Länder und das Sudan in Asmara, der Hauptstadt Eritreas aufgelöst, und die Korrespondenten der westlichen Nachrichtenagenturen Reuter, Agence France Presse sowie der Washington Post angewiesen, innerhalb von 48 Stunden das Land zu verlassen (vgl. Time, New York, 9. 5. 1977).

Diesen Einrichtungen und Personen wird vorgeworfen, sich an konterrevolutionären Aktionen der Reaktion in Äthiopien beteiligt bzw. diese unterstützt zu haben. Zuvor waren bereits zwei CIA-Spione verhaftet und ausgewiesen worden, die der rechtsextremistischen Untergrundorganisation Äthiopisch-Demokratische Union (EDU) zugeteilt worden waren. Die Auseinandersetzungen um den progressiven Kurs des Landes dürften mit der klareren antiimperialistischen Akzentuierung seitens der Regierung Mengistu Haile Mariam eher noch an Heftigkeit zunehmen (siehe Äthiopien-Analyse in: AIB, Nr. 11-12/1976, 1/1977 sowie AIB, Nr. 3/1977).

Chile

Das Verhältnis zwischen Chile und der BRD (eine Gesamtanalyse der Beziehungen siehe in AIB-Sonderdruck 2/1977) ist um eine Affäre reicher, denn von Seiten der Bundesregierung will nicht festgestellt worden sein, daß der jetzige Militärattaché Chiles in Bonn, Ackerknecht, sich eklatanter Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht hat. Das berichten aber mittlerweile in der BRD ansässige Exilchilenen, die von Ackerknecht selbst gefoltert wurden und denen Morde bekannt sind, für die Ackerknecht als Militärbefehlshaber der chilenischen Bergbauprovinz O'Hig-

gins nach dem Militärputsch 1973 verantwortlich zeichnete. Binnen eines Jahres ließ er über 3500 Menschen in das Gefängnis von Rancagua bringen.

Mittlerweile mehren sich auch die Anzeichen dafür, daß der Rommelverehrer Ackerknecht am Aufbau der Geheimpolizei DINA in der BRD beteiligt ist, zumal die gegen ihn aufgetretenen Zeugen von entsprechenden Drohbrieffen heimgesucht wurden.

Umso erschütternder mutet es an, daß Ackerknecht von 1970 bis 1971 an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg ausgebildet wurde, „wo seine Kameraden ihn als guten Akkordeonspieler kennenlernten, der gern Nazi-Lieder wie ‚Wir fahren gen England‘ sang“ (Der Spiegel, 11. 4. 1977). Zahlreiche Personen und Solidaritätskomitees haben von Bundeskanzler Schmidt nachdrücklich die Ausweisung Ackerknechts aus der Bundesrepublik gefordert.



Neue Abonnenten für's AIB werben!

Eine große Hilfe ist Ihre Werbung neuer Abonnenten, wo für wir Ihnen eine Reihe von Buch- und Schallplattenprämien anbieten.

Für einen Abonnenten:

G. Bröner/J. Ostrowsky, Die angolische Revolution. Analyse und Dokumentenanhang, Frankfurt/M. 1976
H. Abdel Hadi u. a., Die BRD, Israel und die Palästinenser
H.-J. Hennecke, Adelante Argentinos!
P. Schütt, Vietnam – 30 Tage danach
Paulo Freire, Pädagogik der Solidarität
E. M. Kohl, Pablo (Chilenisches Kinderbuch)
E. Hackethal, Kreuzweg Chile. Christen, Kirche und Klassenkampf vor und nach dem Militärputsch
Protokoll des Tribunals gegen Kolonialismus und Apartheid im Südlichen Afrika – Bonn 1975
P. Khalatbari, Ökonomische Unterentwicklung
J.-L. Schmidt, Entwicklungsländer

Für zwei Abonnenten:

Ruth Werner, Olga Benario, Geschichte einer deutschen Revolutionärin in Brasilien
M. Uschner, Lateinamerika – Schauplatz revolutionärer Kämpfe
S. Ramirez, Viva Sandino. Leben und Tod des ersten lateinamerikanischen Guerillaführers
K. M. Schreiner, Sklave im eigenen Land. Unterdrückung und Widerstand im Südlichen Afrika
E. Galeano, Die offenen Adern Lateinamerikas. Die Geschichte eines Kontinents von der Entdeckung bis zur Gegenwart
S. I. Tjulpanow, Politische Ökonomie und ihre Anwendung in den Entwicklungsländern
Ali Primera, Venezuela. Lieder aus Lateinamerika
Isabel und Angel Parra, La Pena de los Parra. Lieder aus Chile

Ich habe für ein AIB-Abonnement gewonnen:

Name:

Anschrift:

Meine Adresse:

Name:

Unterschrift:

Buchwunsch:

Noch einmal: Kurdenfrage im Irak

Der auf den Westdeutschen Informationstagen in Oberhausen Ende April d. J. vorgestellte Film „Araber und Kurden“ und seine Autoren um den Kasseler Filmdozenten Manfred Vosz wurden Zielscheibe heftigster Angriffe seitens der Gesellschaft für bedrohte Völker. Die in einer Sonderausgabe ihres Organs „Vierte Welt Aktuell“ Nr. 5 – in der der Text des Films wiedergegeben und heftig kritisiert wird – angehäuft Vorwürfe reichen bis hin zu Bezeichnungen, die Filmemacher seien „noch verlogener als die irakische Baath- und Militärjunta“ und sie machten sich „mitschuldig an völkermordartigen Verbrechen im Irak“. Bei den zur Abstützung der angeblichen „völkermordartigen Verbrechen“ der irakischen Regierung ins Feld geführten Argumenten (siehe Faksimile) handelt es sich im wesentlichen um einen Neuaufguß der schon während des Kurdenkrieges 1974/75 eingehend diskutierter Probleme der Ursachen, Verantwortlichen und Lösungsmöglichkeiten des Konflikts (siehe AIB, Nr. 5/1974, 2, 4, und 6/1975).

Noch „verlogener als die Baath-Regierung“?

Zu den sachlichen Verdrehungen, speziell den persönlichen Angriffen auf Manfred Vosz, hat der Filmverleih Progress Dritte Welt in einem Leserbrief u. a. klargestellt: „Der Film ist keineswegs mit irakischem Geld, wohl aber mit irakischer Reisebegleitung gedreht worden. Falsch ist, daß sich das Filmteam auf die Dolmetscher der Regierung stützte. Vielmehr wurde alles auf arabisch aufgezeichnet und soweit für den Film benötigt später von einem arabisch sprechenden Hochschullehrer aus Frankfurt übersetzt . . . Völlig blödsinnig ist die Behauptung, die Bonner Botschaft des Irak habe eine Kopie gekauft, um damit in der BRD zu agitieren. Auf Anfrage erfuhr ich, daß die Kopie nach Bagdad geschickt wurde, um dort beurteilt zu werden. Vosz schloß bereits in Darmstadt (bei einer Veranstaltung Ende Februar d. J., d. Red.) eine Förderung des Filmes durch die Botschaft aus, weil der Film gerade nicht den Baathisten huldigt, sondern sich an der irakischen KP bzw. der Progressiven Nationalen Front orientiert.“

Gedreht wurde der Film 1974/75 im Kriegsgebiet und im Herbst 1976 an gleicher Stelle als der Wiederaufbau in vollem Gange war. Nicht die Kämpfe sondern die Situation danach steht im Blickpunkt. Gezeigt wird beispielsweise die Neuverteilung von Grund und Boden an arme kurdische Bauern auf einer Massenveranstaltung – ein Resultat des Friedensschlusses und Zeugnis dafür, daß mit der Enteignung feudaler Großgrundbesitzer wie Barsani die Agrarreform endlich auch in den kurdischen Regionen Einzug hielt.

Beteiligte beider Seiten kommen zu Wort. Dokumentarisch festgehalten wird eine optimistische Grundhaltung betroffener Interviewpartner, von Arbeitern und Bauern wie von ehemaligen Partisanen der Barsani-Armee (Peshmerga). Der Film veranschaulicht so die keineswegs problemlosen ersten Schritte des Wiederaufbaus und friedlichen Zusammenlebens von Arabern und Kurden im ersten Nachkriegsjahr, ohne die sozialen Hintergründe und verlustreichen Folgen der militärischen Auseinandersetzungen zu verschweigen – wie ihm von den Kritikern unterstellt wird.

Die Autoren gehen dabei erklärtermaßen von der Notwendigkeit einer friedlichen Lösung durch Verhandlungen der verfeindeten Parteien aus und befürworten das aus dem Jahre 1974 stammende Autonomiegesetz für Irakisch-Kurdistan (Wortlaut in AIB, Nr. 5/1974). Die rechte Kurdenführung um Barsani hatte seinerzeit zum Anlaß für die Eröffnung von Kriegshandlungen eben dieses Autonomieprojekt genommen, gerade weil es weitgehende demokratische

»KURDEN UND ARABER«

Ein Film über ein Nationalitätenproblem im Irak, 30 Min, Color, 16 mm, Comag.

von Christian Fuchs, Diana Hutchinson, Eva Schleusag, Manfred Vosz, Christian Weisenborn

MANFRED VOSZ

Kasseler Filmdozent,
macht Public Relations für die
Irakische Baath- und Militärjunta
oder

wie ein DKP - nahes Filmteam die Kriegsverbrechen
an den Kurden verschleiert

Kein Mitglied des Filmteams ist des Arabischen oder des Kurdischen mächtig. Das Team benutzte einen von der irakischen Baath- und Militärjunta bereitgestellten und bezahlten Dolmetscher, es filmte und bewegte sich nur in Begleitung irakischer Militärs oder Sicherheitsbeamter. Eine Kopie des Films wurde von der Bonner Botschaft der irakischen Baath- und Militärjunta für ihre antikurdische Propagandaaktion im Bundesgebiet angekauft.

„Vierte Welt Aktuell“ Nr. 5 – Sonderausgabe – herausgegeben von der
„Gesellschaft für bedrohte Völker“, 2 Hamburg 13, Parkallee 18.

Selbstverwaltungsprinzipien enthielt und von sozialrevolutionären Umwandlungen auch im kurdischen Teil des Irak kündete. Die „Vierte Welt“-Verfasser votieren hingegen für eine Neuaufnahme der Kampfhandlungen seitens der geschlagenen kurdischen Separatisten-Gruppen. Sie scheuen sich ferner nicht, für die Kriegszerstörungen, Flüchtlingsströme und Menschenopfer wie gehabt ausschließlich die irakische Regierung verantwortlich zu machen.

Die scheinheilige Gleichsetzung von Irak und Iran

Die „Vierte Welt“-Kritiker beharren auf dieser Position, obgleich sie die noch 1974/75 selbst bestrittene Entfesselung der Kriegshandlungen durch Barsani und seine CIA- und SAVAK-Hintermänner heute zugeben müssen, gestand doch der exilierte Barsani am 2. Januar 1977 dem Daily Telegraph, daß die USA die Peshmerga-Armee zu ihrem „offenen militärischen Widerstand veranlaßt hatte“.

Zwei weitere „neue“ Argumente illustrieren den wahren politischen Standort der „Vierte Welt“-Polemiker. Hatte man vormals die massive Militärinvasion des iranischen Regimes auf Seiten Barsanis gutgeheißen und über die Verbrechen der Schah-Diktatur gegen die Menschlichkeit bereitwillig hinweggesehen, so geißelte man nun nach Barsanis militärischer Niederlage und dem irakisch-iranischen Normalisierungsabkommen vom Mai 1975 scheinheilig die iranische Politik. Zugleich erklärte man den Abschluß dieses Friedensabkommens zwischen dem antiimperialistischen, sozialistisch orientierten Irak und dem faschistischen, proimperialistischen Iran zum Beweis schlechthin für eine Gleichartigkeit der beiden Gesellschaftssysteme. Ist etwa das Pariser Vietnam-Abkommen Beleg dafür, daß das befreite Vietnam zum imperialistischen Staat wie die USA heruntergekommen ist?

Zuguterletzt attackiert wird auch ein von 1975 datierender Bericht des Weltkirchenrates (Wortlaut in AIB, Nr. 6/1975) nebst seines Generalsekretärs Potter, weil er die Bescheinigung einer echten, positiven Normalisierung in Irakisch-Kurdistan bis heute nicht offiziell revidierte. „Vierte Welt“ zieht den Schluß: „Das Unrecht, das der Weltkirchenrat . . . durch aktive Leugnung von Kriegsverbrechen gegen die Kurden und durch die Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen duldet, ist unerträglich geworden.“

Keineswegs unerträglich erscheint es den antiirakischen Stimmungsmachern hingegen, sich in trauter Gesellschaft mit den Akteuren des US-Imperialismus, speziell den CIA-Helfern Barsanis, wiederzufinden.